Englands Haltung in der Bosnischen Annexionskrise

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Philosophischen Fakultät
der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Ingo Burisch
aus Halle (Saale)

Halle (Saale) 1935

Eduard Klinz Buchdruck-Werkstätten Halle (Saale), Dölauer Straße 14

Englands Haltung in der Bosnischen Annexionskrise

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Philosophischen Fakultät
der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Ingo Burisch
aus Halle (Saale)

Halle (Saale) 1935

Eduard Klinz Buchdruck-Werkstätten Halle (Saale), Dölauer Straße 14

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Berichterstatter: Prof. Dr. H. Herzfeld
Mitberichterstatter: Prof. Dr. Kaehler
Tag der mündlichen Prüfung 13. Februar 1935

Meinen Eltern

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544723_0070

Inhaltsübersicht

Seite

I. Kapitel: Die Entwicklung der englischen Außenpolitik vom Beginn des Jahrhunderts bis zur bosnischen Krise . . . 1

II. Kapitel: Die österreichisch-russische Annäherung und ihre Bedeutung für die englisch-russische Entente 9

III. Kapitel: Die Ankündigung der Annexion und ihre ersten Auswirkungen für die englische Politik 11

IV. Kapitel: Die Londoner Verhandlungen zwischen Grey und Iswolski 19

V. Kapitel: Englands Vermittlungspolitik
A.) Das Konferenzprogramm und seine Aufnahme . . 25
B.) Iswolskis abwartende Politik 28
C.) Die österreichisch-türkischen Verhandlungen . . . 39
D.) Die bulgarische Frage 40

VI. Kapitel: Die Lösung der Krise
A.) Die serbische Frage und der Besuch Eduards VII. in Berlin 44
B.) Das Scheitern des ersten englischen Vermittlungsversuches. Rußlands Nachgeben in der Frage der serbischen Territorialkompensationen 48
C.) Die zweite englische Vermittlungsaktion. Der deutsche Schritt in Petersburg 57

VII. Kapitel: Zusammenfassung. Der Eindruck der bosnischen Krise in England 69

I. Die Entwicklung der englischen Außenpolitik vom Beginn des Jahrhunderts bis zur bosnischen Krise.

Die englische Politik der Jahre 1908/09 ist in der deutschen Forschung bisher gegenüber etwa den Problemen der englisch-französischen Entente oder der Flottenfrage stark zurückgetreten[1]). Auch das Erscheinen des V. Bandes der englischen Aktenpublikation hat zunächst die Forschung noch nicht in regeren Fluß gebracht. Wenn der Gegensatz der englischen Materialien zu den Auffassungen, die in den österreichischen Dokumenten hervortraten, zu einer Reihe von Aufsätzen geführt hat, so bieten diese doch keinen Ersatz für eine Bearbeitung, die zunächst einmal grundlegend die englische Politik in der Annexionskrise in ihrem ganzen Umfang und ihrer vollen Verflechtung in das Netz der vielseitigen englischen Interessenrichtungen einzuordnen versucht hätte.

England ist nicht nur an der Neuordnung der Balkanlage und am Meerengenproblem unmittelbar interessiert gewesen. Auch das System der Ententen ist durch die unklare Haltung Iswolskis gleich bei Beginn der Krise einer entscheidenden Probe ausgesetzt worden. Bei alledem muß sich die englische Haltung weitgehend von dem Stand der Beziehungen zu Deutschland abhängig erweisen. Denn dieser und die englische Wertschätzung des Ententesystems stehen in enger Wechselwirkung. Der deutsch-englische Gegensatz aber war von 1906—08 in schnell sich steigerndem Grade zu einem der beherrschenden Probleme der englischen Politik geworden, in solchem Maße, daß fraglich erscheinen konnte, ob die Ententen oder das Verhältnis zu Deutschland für England die größere Bedeutung besaßen. Dieser Gegensatz zu Deutschland steht denn auch in der Annexionskrise stets im Hintergrund des englisch-österreichischen Verhältnisses. So sind die Jahre 1908/09 geeignet, klar hervortreten zu lassen, in welchem Maße man in England die Bindung an die Ententen für notwendig hielt. Für Grey insbesondere bekommt die Annexionskrise die Bedeutung einer ersten Generalprobe seines politischen Systems; denn in der Marokkokrise war der Staatssekretär, wenn er auch die bereits eingeschlagene Richtung der Politik ohne Zögern fortsetzte, doch nur der Verwalter des Erbes seiner Vorgänger gewesen. 1914 hat die englische Politik schließlich den Interessen des Ententesystems den Vorzug vor einer zwischen den Mächtegruppierungen im Interesse des Friedens einzunehmenden vermittelnden Haltung gegeben. Diese Entscheidung ist der Abschluß der Entente-

[1]) Mit Ausnahme der Arbeiten von Heinrich Lübbing: Englands Stellung zur bosnischen Krise. Dissertation Münster 1933. Und von James Morgan Read: Das Problem der deutschen Vermittlung beim Ausgang der Bosnischen Krise. Berlin 1933. Desgl.: E. Gottschalk: Die diplomatische Geschichte der serbischen Note vom 31. März 1909. K. S. F. 1932. Bd. 10. S. 776.

politik gewesen, in der die Annexionskrise für die Rußland-Politik Greys die gleiche Bedeutung entscheidender, wenn auch immerhin nicht so eindeutiger und ausschließlicher Festigung erlangte, wie Algeciras für das Verhältnis zu Frankreich.

Die Konvention von 1907 ist gewiß in ihrem Ausgangspunkt der französischen Entente von 1904 darin verwandt, daß sie einen Abbau von Streitpunkten im weltpolitischen Raum bedeutete. Sie ist entsprungen aus der Wendung der englischen Politik um 1900, die aus der Unhaltbarkeit der Isolierung die Folgerung zog, zunächst die wichtigsten Reibungsflächen in Afrika und Asien zu Frankreich und Rußland abzuschwächen [2]).

Mit dem Abschluß der englisch-russischen Konvention fand eine langjährige Tendenz der englischen Politik ihre Erfüllung. Schon bei Gladstone und Rosebery war der Gedanke eines näheren Verhältnisses zu Rußland aufgetaucht. Mit gleichen Plänen hatte sich dann der konservative Salisbury beschäftigt. In dieser Richtung wurde von ihm, noch bevor die Idee eines Bündnisses mit Deutschland der Gegenstand englischer Ueberlegungen geworden war, die Sondierung Rußlands im Jahre 1898 versucht. Selbst Chamberlain, der Hauptvertreter des Anschlusses an Deutschland, kannte die Alternative Deutschland oder Rußland. In den Mittelpunkt der englischen Politik traten die Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu Rußland, als die Entente mit Frankreich zu ihrer Haltbarkeit die entsprechende Ergänzung nach der russischen Seite hin notwendig machte [3]). Für diesen Zweck stellte auch Eduard VII., dessen Sympathien für Rußland vielleicht an sich nicht groß waren, seinen Einfluß zur Verfügung, wozu die dynastischen Beziehungen zu dem Zarenhofe die Handhabe bieten konnten [4]).

Die Zeit des Abschlusses der russischen Entente sah England in einer vorteilhafteren Lage als 1904. Gegenüber Frankreich hatte es sich auf einen gleichwertigen Tausch Aegypten-Marokko einlassen müssen. Das Abkommen mit Rußland dagegen bedeutete in weitem Maße eine Resignation Rußlands infolge des Zusammenbruches seiner bisherigen Politik nach der Niederlage von 1905. Und doch bekam auch diese Konvention über eine Kolonialentente heraus weltpolitische Bedeutung durch die Behandlung des latent vorhandenen russischen Kompensationswunsches. Da den Russen Asien versperrt wurde, blieb ihnen als Feld politischer Zielsetzungen nur Europa. Die Fragen des Nahen Ostens mußten für Rußland wieder größere Bedeutung gewinnen. In England hatte man diese Konsequenz der russischen Politik frühzeitig erkannt und in der mazedonischen

---

[2]) H. Rothfels: Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik. Arch. f. Pol. 1926. Band 7. S. 607 f. G. Ritter: Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft 1898/1901. S. 13 ff.

[3]) G. Roloff: Die Entstehung der englisch-russischen Entente. K. S. F. 1930. Band 8. S. 806. P. Ostwald: Rußlands Weg in das Lager der Entente. Eur. Gespr. 1930. Band 8. S. 601. Sidney Lee: Eduard VII. II. S. 280 f. Huene: Untersuchungen zur Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems.

[4]) Sidney Lee: Eduard VII. II. S. 278 ff. P. Ostwald: a. a. O. S. 602.

Frage Fühlungnahme mit Rußland gesucht[5]). Aber auch dem Problem der Meerengen konnte England nicht ausweichen, als die Russen während der englisch-russischen Verhandlungen in London darum anklopften. Es mußte sich zu einer Erörterung bereit erklären. Die Initiative aber schob es den Russen zu und verstand es auch für den Augenblick, die Frage auf die unbestimmte Zukunft eines geeigneten Zeitpunktes zu verschieben. Dazu wurde noch die Einschränkung gemacht, daß von einem alleinigen Durchfahrtsrecht für russische Kriegsschiffe nicht die Rede sein könnte. So wenig positiv die englische Antwort war, so hat sie doch die Fortführung und den schließlichen Abschluß der Verhandlungen wesentlich gefördert, ein Zeichen dafür, welchen Wert man in Rußland selbst auf die geringste Zusage legte, die geeignet erschien, den Weg zu den neuen politischen Zielen frei zu machen.

Die englisch-russische Konvention vom 31. August 1907 bekam durch die Rolle, die die Fragen des Nahen Ostens während der Verhandlungen gespielt hatten, einen über den Rahmen eines Abkommens über asiatische Fragen hinausgehenden Sinn. Das war den Engländern auch ganz bewußt. Grey mahnte die Russen kurz vor dem Abschluß der Verhandlungen, als sich eine Stockung ergeben hatte[6]): „Ich hoffe, die russische Regierung wird bedenken, daß indirekt sogar größere Dinge auf dem Spiele stehen, als die direkt mit diesem Abkommen verknüpften; denn wir hegten durchweg Erwartung und Glauben, daß ein in freundschaftlicher Weise ausgeführtes Abkommen über Asien die Stimmung unseres Landes gegenüber Rußland derart beeinflussen würde, daß dadurch freundschaftliche Beziehungen in Fragen, die in Zukunft anderwärts auftauchen können, ermöglicht würden". Und nach erreichtem Ziel sprach Hardinge die Hoffnung aus, „daß die Entwicklungen der russischen auswärtigen Politik in der nahen Zukunft sich im Nahen Osten bemerkbar machen werden, wo für Rußland und Deutschland ein Zusammenarbeiten nicht leicht sein wird"[7]). Er hätte zu Deutschland Oesterreich hinzufügen können. Hardinge sah somit triumphierend die Möglichkeit einer bündnispolitischen Abwendung Rußlands ins deutsche Lager beseitigt. Die Bedeutung der Ententen für England wird hier ganz klar; sie entlasteten das Empire, und stellten zugleich das bei dem Gefühl des deutsch-englischen Gegensatzes gegebene Mittel zur Isolierung Deutschlands dar.

Diese hohe Bewertung der englisch-russischen Entente im Hinblick auf das Verhältnis zu Deutschland lenkt die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen. Schon um die Jahrhundertwende bestand in England Mißtrauen gegen die steigende Macht Deutschlands; doch wirkte damals auf die Ablehnung des Bündnisses die Erkenntnis von der politisch gefährdeten Posi-

---

[5]) Grey: Twenty-fife Years I. S. 161; vgl. E. Rathmann: Die Balkanfrage 1904—1908 und das Werden der Tripleentente. Halle 1932.

[6]) B. D. IV. 507. Grey an Nicolson. 26. 8. 1907.

[7]) B. D. IV. 544. Vermerke zu einem Bericht Nicolsons an Grey. 21. 10. 1907.

tion Deutschlands noch stärker ein. Nach 1900 trat jedoch eine Verschiebung dieses Verhältnisses ein. Die bleibende Sorge vor dem vermuteten Hegemoniestreben Deutschlands auf dem Kontinent wurde ein beherrschender Grundzug der englischen Politik. Zum ersten Male wurde diese Stimmung greifbar während des russisch-japanischen Krieges. In der Doggerbank-Affäre, in der man deutsche Intrigen vermutete, wie in der Begegnung Wilhelms II. mit dem Zaren in Björkö argwöhnte man in England die deutsche Absicht, England und Rußland so zu verfeinden, daß dadurch Rußland vollkommen auf die deutsche Seite gezogen wurde. Von einem deutsch-russischen Bündnis aber, das die eigenen Hoffnungen zunichte machen mußte, da es die Möglichkeit eines Ausgleiches mit Rußland nahm und sogar rückwirkend die Entente mit Frankreich gefährden konnte, befürchtete man in England die schlimmsten Folgen für das englische Imperium [8]). Verstärkt wurde die Abneigung gegen Deutschland, als der Marokkokonflikt dazu führte, die Sache Frankreichs bis an den Rand eines Krieges zu vertreten [9]). Die Verheißungen Greys an Deutschland, nach der Erledigung der Marokkofrage eine Entspannung eintreten zu lassen, wurden nicht erfüllt [10]). Die englische Politik hielt, was hier zum ersten Male ganz scharf hervortrat, zäh an dem Primat der Entente fest. Die klassische Formulierung fand das Mißtrauen gegen Deutschland in dem Memorandum Eyre Crowes vom 1. Januar 1907 [11]). Aus ihm ging klar hervor, daß die englische Politik auf der Basis einer, wie Crowe es ausdrückte, fast „naturgesetzlichen" Gegnerschaft gegen Deutschland aufgebaut war. Grey erkannte die Ausführungen als richtig und als Grundlage für die englische Politik an. Bezeichnend, daß er das Memorandum Mitgliedern des Kabinettes zur Kenntnisnahme übermitteln ließ, ein Gegenmemorandum Sandersons aber, das Einwände gegen die Darstellung erhob, zurückhielt [12]).

Die endgültige Verhärtung der deutsch-englischen Beziehungen trat dann ein, als die Flottenfrage durch den Dreadnought-Bau brennend wurde. Die deutsche Flotte hatte in dem Verhältnis beider Länder bis 1907 keine große Rolle gespielt. Sie hatte weder auf das Scheitern der deutsch-englischen Besprechungen um die Jahr-

[8]) So: Hardinge. Roloff K. S. F. 1930. S. 809. Nicolson. H. Nicolson: Sir Arthur Nicolson. S. 234 ff. Spring Rice. Stephen Gwynn: The Letters and Friendships of Sir Cecil Spring-Rice. I. S. 395 f.

[9]) M. Montgelas: Die englische Garantie an Frankreich 1904 05. K. S. F. 1928. Band 6. S. 978. H. Oncken: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges. II. S. 574. 576. 590. 593.

[10]) H. Oncken II. S. 598 f.

[11]) B. D. III. Anhang A. S. 397. Vergl. dazu Fr. Thimme: Das Memorandum E. A. Crowes vom 1. Januar 1907. K. S. F. 1929. Bd. 7. S. 732.

[12]) B. D. III. Anhang B. S. 420. Nach Thimme (s. Anm. 11) und H. Lutz: Eyre Crowe, Der böse Geist des Foreign Office. S. 9 wurde das Memorandum nur solchen Mitgliedern des Kabinettes vorgelegt, die gegen die Politik einer zu engen Bindung an Frankreich eingestellt waren. Vielleicht war das Memorandum überhaupt nur zu dem Zwecke geschrieben worden, diese Männer von der Notwendigkeit der Politik des Foreign Office zu überzeugen.

hundertwende noch auf den Abschluß der Ententen einen merklichen Einfluß ausgeübt [13]). Noch das Memorandum Crowes beschäftigte sich kaum mit ihr. Das wurde jetzt anders. Man sollte sich bald daran gewöhnen, an dem Maßstab der Flottenfrage den Stand der englisch-deutschen Beziehungen abzulesen. Der Anlaß zu der starken Betonung dieser Frage war der im Jahre 1905 einsetzende englische Dreadnought-Bau. Im Jahre 1907 folgte Deutschland dem Beispiel. Mit der aus dieser Wandlung sich ergebenden Entwertung der älteren Schiffstypen drohte der historische Vorsprung Englands mit einem Schlage verloren zu gehen oder mußte zum mindesten eine starke Verminderung erfahren. Die starke Beunruhigung, die man in England seit diesem Zeitpunkt über den deutschen Flottenbau empfand, steigerte sich noch, als bereits im April 1908 die deutsche Flottennovelle zur Annahme kam, die das Dienstalter der Schiffe herabsetzte. Die Erregung konnte auch durch den Versuch Wilhelms II., durch einen Brief an den ersten Lord der Admiralität, Tweedmouth, beruhigend einzuwirken, nicht beseitigt werden, ein Schritt, der sich vielmehr als völliger Mißgriff erwies und nur neue Verstimmung und Erbitterung verursachte. Nachdem dann auch der Versuch der liberalen Regierung, im Interesse ihrer sozialen Pläne Deutschland zu einer Einstellung oder Abschwächung des Flottenbaues zu bewegen [14]), mit der Kronberger Bewegung endgültig gescheitert war, mußte das Flottenproblem auf den Beziehungen beider Länder mit doppelter Schwere lasten.

Als Fazit der ganzen englischen Aktion um eine Flottenverständigung kam Hardinge zu der Auffassung, daß die deutsche Ablehnung bedauerlich sei; doch — so setzte er mit Gleichmut hinzu — man wisse wenigstens, woran man sei, und vor allem habe man vor dem Parlament die Rechtfertigung für notwendig werdende Gegenmaßnahmen [15]). Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dies der Sinn der ganzen englischen Bemühungen war. Denn England konnte und wollte nicht den Preis bezahlen, den Deutschland für sein Nachgeben gefordert haben würde: englisches Entgegenkommen auf politischem Gebiet. Jedes solche englische Zugeständnis berührte ja die Frage der Ententen. Diese um eines besseren Verhältnisses zu Deutschland willen zu gefährden, konnte England nicht wünschen angesichts der Vorteile, die sie ihm boten, und im Hinblick auf das Mißtrauen, mit dem es die deutsche Politik verfolgte. Es ist damals nicht zu einer abschließenden Erörterung des Problems gekommen. Die Besprechungen wurden nicht fortgesetzt. Aber aus der Haltung der Männer des Foreign Office im Herbst 1909, als die Flottenfrage wiederum zur Diskussion ge-

---

[13]) H. Herzfeld: Der deutsche Flottenbau und die englische Politik. Arch. f. Pol. 1926. Band 6. S. 119. England besaß das Gefühl der Ueberlegenheit.

[14]) W. Becker: Fürst Bülow und England 1897—1908. S. 331, 339, 343.

[15]) B. D. VI. 117. S. 184. Das Memorandum Hardinges über die Begegnungen von Cronberg und Ischl vom 16. 8. 1908.

langte, kann wohl geschlossen werden, daß sie auch im Jahre 1908 nicht gesonnen gewesen wären, für ein deutsches Nachgeben in der Flottenfrage politische Konzessionen zu gewähren, durch die die Ententen gefährdet werden mußten, die sie zu Grundlagen der englischen Politik gemacht hatten [16]).

———

Die sorgfältige Pflege der Ententebeziehungen, die Frankreich gegenüber schon seit 1904 das stärkste Moment der Grenschen Politik war, sollte daher im Verlauf der orientalischen Krise sich für die Beziehungen zu Rußland in verwandter Stärke durchsetzen. Vorbereitet worden war diese Wendung bereits durch die schon vor dem August 1907 einsetzenden Bemühungen der englischen Politik, eine enge Zusammenarbeit mit Rußland auf dem Balkan zu erreichen. Durch sorgfältige Pflege der Beziehungen war es denn auch bereits geglückt, die österreichisch-russische Entente auf dem Balkan immer stärker auszuhöhlen und durch eine englisch-russische zu ersetzen [17]). Den Höhepunkt und den sichtbarsten Ausdruck dieser Zusammenarbeit bildete die Zusammenkunft Eduards VII. mit dem Zaren in Reval, am 9./10. Juni 1908. Hier wurde von beiden Seiten die Identität der englischen und russischen Interessen in Persien, Afghanistan und vor allem in der mazedonischen Frage festgestellt [18]). Doch darüber hinaus dokumentiert sich uns in den Besprechungen englischer und russischer Staatsmänner die Hoffnung, die man in England in Zukunft auf Rußland setzte. Die deutsche Gefahr ließ den Engländern ein starkes Rußland erwünscht erscheinen für eine Auseinandersetzung, von der Hardinge fürchtete, daß sie in 7 oder 8 Jahren erfolgen könnte [19]) [20]). Zu dieser pessimistischen Auffassung über die kommende Entwicklung des deutsch-englischen Verhältnisses stimmt die niederschmetternde Stimmung, in der sich Eduard VII. nach dem endgültigen Fehlschlagen der englischen Bemühungen um eine Einwirkung auf den deutschen Flottenbau im August 1908 in den böhmischen Bädern befunden haben muß. Denn Clemenceau, der mit dem englischen König dort zusammengetroffen war, sah, jedenfalls wohl unter dessen Einfluß, für die weitere Entwicklung des deutsch-englischen Verhältnisses pessimistisch in die Zukunft und war von Sorge für Frankreichs Lage in einem Kriege zwischen den beiden Ländern erfüllt [21]).

---

[16]) Dies ist mit Herzfeld a. a. O. S. 145 gegen W. Becker S. 376 festzuhalten.

[17]) Dazu E. Rathmann: Die Balkanfrage 1904—08 und das Werden der Tripleentente. S. 184.

[18]) B. D. V. 195. S. 237. Der Bericht Hardinges über die Revaler Begegnung. Sidney Lee: a. a. O. S. 590 ff.

[19]) Benckendorff-Siebert I. 3. S. 11. Iswolski an Benckendorff. 18. 6. 1908.

[20]) Der deutsche Botschafter in Petersburg, Pourtalès, berichtete am 12. 6. 1908 von der Auffassung, daß in Reval England der werbende Teil gewesen sein soll. G. P. XXV. 2. 8807. S. 451.

[21]) G. P. XXVI. 1. 8934. S. 35. Aehrenthal an Bülow. 26. 9. 1908. G. P. XXVI. 1. 8935. S. 39. Schoen an Bülow. 26. 9. 1908. G. P. XXVI. 1. 8937. S. 45. Bülow an das Auswärtige Amt. 30. 9. 1908.

Das Zusammenarbeiten der englischen und russischen Politik in den Balkanfragen hatte auf der Voraussetzung beruht, daß England mit der Türkei verfeindet war. Man hatte mit der Regierung eines Abdul Hamid ausgesprochen schlecht gestanden. Das dauernde englische Drängen auf Reformen hatte eine tiefe Verstimmung zwischen England und der Türkei zur Folge gehabt. Die im Sommer 1908 ausbrechende türkische Revolution sollte nun aber eine völlige Umkehr der englischen Haltung hervorrufen.

Die von England und Rußland in der mazedonischen Frage bekundete Aktivität hatte in der Türkei starke Beunruhigung hervorgerufen. Die Revolution der jungtürkischen Bewegung stellte eine Reaktion gegen die Einmischungen der Mächte in die innertürkischen Angelegenheiten dar; ihr Erfolg mußte notwendig auf die Politik der Mächte zurückwirken. Am radikalsten änderte sich die englische Haltung gegenüber der Türkei. Der Haupthinderungsgrund für gute Beziehungen zur Pforte, die Herrschaft des Systems Abdul Hamids, war zusammengebrochen. Damit stellte sich die öffentliche Meinung in England sofort um. Und die englische offizielle Politik folgte ihr. Sie war bestimmt von der Hoffnung, daß eine freundliche Haltung gegenüber dem Reiche des Kalifen auf die Mohammedaner des englischen Imperiums günstig einwirken werde [22]). Vor allem aber ließ sich wohl England von der Aussicht bestimmen, Deutschland in der Türkei auszuschalten und den eigenen Einfluß an seine Stelle zu setzen. So nahm England seine alte traditionelle türkenfreundliche Politik wieder auf.

Das äußerte sich zunächst darin, daß England das mazedonische Reformprogramm fallen ließ [23]). Die anderen Mächte folgten nach, selbst Rußland, dem dieser Wandel im Augenblick sogar ganz willkommen war, weil es nur Schwierigkeiten mit Oesterreich befürchtete und an eine österreichische Einwilligung zum Reformprogramm doch nicht mehr recht glaubte.

Die Uebereinstimmung mit der russischen Politik blieb also trotz der englischen Schwenkung gewahrt, da Iswolski sich nicht direkt diesem Kurswechsel widersetzte. Immerhin blieb die latente Gefahr bestehen, daß die Wege sich trennen konnten, wenn die letzten Endes doch weiter gegen die Türkei gerichtete Grundtendenz der russischen Politik wieder hervortrat. Indessen sah die auch als Rückwirkung der türkischen Revolution jetzt auftauchende Frage der bulgarischen Unabhängigkeit noch beide Mächte gemeinsam handeln.

Die Vorgänge in der Türkei hatten auch Bulgarien in Spannung versetzt. Nationalistische Kreise hatten sogar eine Verwirklichung ihrer Absichten auf Mazedonien erhofft. Gegen die bulgarische Regierung, die jedoch von einer reservierten und beobachtenden Haltung nicht abging, wurde deshalb im Lande der Vorwurf der Untätigkeit

---

[22]) So Metternich G. p. XXV. 2. 8906. S. 600. Aufzeichnung Metternichs vom 14. 8. 1908.

[23]) B. D. V. 212. 213. S. 308. Grey an O'Beirne und Buchanan vom 27. u. 28. 7. 1908. B. D. V. 215. S. 309. Nicolson an Grey. 13. 8. 1908. G. p. XXV 2. 8906. S. 600.

erhoben[24]). Fürst Ferdinand, der als Leiter der auswärtigen Politik nächste Zielscheibe dieser Kritik war, ging daher von der reservierten Haltung ab, als nach Buchlau die ersten Gerüchte über österreichische Annexionspläne in Bosnien und der Herzegowina auftauchten. Der bulgarische Minister des Auswärtigen, General Paprikow, äußerte zu dem englischen Vertreter Buchanan, daß im Falle der Annexion Bosniens der Berliner Vertrag zerrissen sei, und Bulgarien zu erwägen haben würde, ob nicht die Zeit für die Erklärung seiner Unabhängigkeit gekommen sei[25]).

Zu allem Ueberfluß wurde die Lage durch Zwischenfälle zwischen der Türkei und Bulgarien noch verschärft[26]). England bemühte sich auszugleichen und suchte die Türken von überstürzten Entschlüssen abzuhalten, um es nicht zum Ausbruch eines Krieges kommen zu lassen[27]). Das gelang. Indessen, der Wille zur Erklärung der Unabhängigkeit war in Bulgarien durch die Zwischenfälle entscheidend verstärkt worden. Grey sah es deshalb weiterhin als seine Aufgabe an, auf Bulgarien einzuwirken und es von seinem Vorhaben abzubringen. Man war in England voll Sorge vor den nach einem solchen Schritt Bulgariens drohenden Verwicklungen; Hardinge rechnete mit Ansprüchen Griechenlands und Serbiens und der dann sicher erfolgenden Annexion Bosniens[28]). Von alledem fürchtete man aber eine Erschütterung des neuen Regimes in der Türkei.

Englands Aufforderung an die Mächte zur Teilnahme an seinen Warnungen in Sofia hatte auf russischer Seite eine Aufnahme gefunden, die für die neue Lage charakteristisch war. Iswolski kam dem Ersuchen schließlich nach[29]), freilich, darüber mußte man sich in England nach den Berichten Nicolsons aus Petersburg und Buchanans aus Sofia klar sein, nur zögernd und mit halbem Herzen[30]). Wenn der russische Außenminister gegen die bulgarischen Absichten eine ablehnende Haltung annahm, so geschah das nach Nicolson nur, weil man in Rußland befürchtete, daß Oesterreich den Russen den Rang ablaufen könne[31]). Wurde die Unabhängigkeit aber doch erklärt, so war Buchanans Meinung nach kaum zu zweifeln, daß Rußland sich nicht allzu lange gegen ihre Anerkennung sträuben werde[32]).

Die geschilderten Vorgänge zeigen, daß infolge der veränderten englischen Türkeipolitik die frühere Gemeinsamkeit der englisch-russischen Interessen bereits bedroht war. England war ein Freund des neuen Regimes geworden und suchte es vor Erschütterungen zu wahren.

[24]) B. D. V. 263. S. 359. Buchanan an Grey. 19. 8. 1908.
[25]) B. D. V. 266. S. 363. Buchanan an Grey. 16. 9. 1908.
[26]) B. D. V. Anhang I. S. 816. Auszug aus einem Memorandum Tilleys vom 1. 3. 1909.
[27]) B. D. V. 278, 279. S. 373. Zwei Tel. Greys an Bertie und Goschen vom 2. 10. 1908.
[28]) B. D. V. 274. S. 370. Hardinge an Nicolson. 30. 9. 1908.
[29]) B. D. V. 283. S. 375. Nicolson an Grey. 3. 10. 1908.
[30]) B. D. V. 271. S. 368. Nicolson an Grey. 29. 9. 1908. B. D. V. 272. 277. S. 369 u. 372. Buchanan an Grey vom 29. 9. u. 2. 10. 1908.
[31]) B. D. V. 271. S. 368.
[32]) B. D. V. 277. S. 372.

Anders Rußland. Es fürchtete nach Nicolsons Ansicht von den Vorgängen in der Türkei einmal eine Rückwirkung auf die eigenen Moslims. Vor allem aber sahen sich die Russen in der Hoffnung getäuscht, daß das alte Regime allmählich zur Beschneidung der türkischen Herrschaft in Europa zugunsten der slawischen Völker und des russischen Einflusses führen werde[33]).

II. Die österreichisch-russische Annäherung und ihre Bedeutung für die englisch-russische Entente.

Die Entwicklung der bulgarischen Frage zeigt bereits eine Differenz der englischen und russischen Politik, die unwillkürlich mit sachlichem Zwange den Blick wieder auf die Meerengen lenken muß. Wenn Rußland sich jetzt anschickte, dieses älteste und konstanteste Ziel seiner Politik angesichts der beginnenden Krise von neuem aufzunehmen, so mußte es bei der Türkenfreundschaft Englands mehr als zweifelhaft erscheinen, ob dieses auch nur im Rahmen der vagen Zusagen von 1907 noch zum Entgegenkommen bereit war. Nach der Sachlage mußte so im Augenblick einer russischen Initiative das Meerengenproblem als bereits säkulares Element der englisch-russischen Spannung von neuem zum kritischen Punkt in den Beziehungen beider Länder werden. Diese Frage hat auch tatsächlich im Beginn der bosnischen Krise das Verhältnis um so schwerer belastet, weil sich herausstellte, daß Iswolski die Lösung der Meerengenfrage jetzt nicht etwa improvisiert als Folge der neuen günstigen Konstellation aufgriff, sondern bereits seit dem Abschluß der Konvention von 1907 bemüht gewesen war, der Vagheit der englischen Zusagen nachzuhelfen, indem er versuchte, England durch direkte Verhandlung mit Oesterreich unter Druck zu setzen.

Tatsächlich hatte Iswolski bereits im Herbst 1907 den Hauptinteressenten Oesterreich zu sondieren begonnen[34]). Um im Frieden zu dem gewünschten Ziele zu gelangen, war die Zustimmung der Donaumonarchie ja gewiß unumgänglich notwendig. Daß Iswolski diesen Schritt aber tat, ohne England darüber zu informieren, weist doch darauf hin, daß er hier noch eine andere Absicht verfolgte. England hatte, als es seine Zusagen über die Meerengen abgab, die Einschränkung gemacht, daß von einem alleinigen Durchfahrtsrecht für russische Kriegsschiffe keine Rede sein könnte. Darauf kam es den Russen aber gerade an. Denn eine Oeffnung der Meerengen für die Kriegsschiffe aller Mächte hätte bei der Schwäche der russischen Schwarzmeer-Flotte keinen Vorteil, sondern eher eine Schwä-

[33]) B. D. V. 271. S. 368. Nicolson an Grey. 29. 9. 1908.

[34]) G. P. XXII. 7383. S. 79. Aehrenthal an Bülow. 31. 10. 1907. G. P. XXII. 7384. S. 81. Bülow an Aehrenthal. 8. 12. 1907. G. P. XXII. 7385. S. 83. Marschall an Bülow. 14. 12. 1907. Dazu auch H. Rothfels: Studien zur Annexionskrise. 1908/09. H. Z. 147. S. 326 ff. und W. L. Langer: Russia, the Straits Question, and the European Powers 1904—08. The English Historical Review 1929. S. 69 ff.

chung der russischen militärischen Position bedeutet, der gegenüber sie den Verschluß dann schon lieber sahen. Die Sondierung Aehrenthals geschah deshalb in der Absicht, die österreichische Zustimmung für ein alleiniges Durchfahrtsrecht zugunsten Rußlands zu erlangen. Iswolski hoffte also wohl, England, nachdem er die Zustimmung der anderen Mächte zu dieser Lösung im russischen Sinne bekommen hatte, vor ein fait accompli stellen zu können und dadurch zur Aufgabe seines Widerstandes zu zwingen [35]).

Die Aufnahme des russischen Gedankens von österreichischer Seite war eine günstige gewesen. Aehrenthal hatte seinerseits eingesehen, daß er besser daran tat, selbst die Zustimmung zu dem russischen Plan zu geben, als später, vor eine vollendete Tatsache gestellt, notgedrungen doch schließlich zustimmen zu müssen. Ein russisches Vorgehen in der Meerengenfrage konnte außerdem Oesterreich auch unmittelbare Vorteile bringen durch die Koppelung der Meerengenfrage mit der Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina. Es ermöglichte Aehrenthal, dem Gedanken näher zu treten, im Austausch für ein österreichisches Entgegenkommen sich die russische Zustimmung zur Annexion zu verschaffen.

Bis zu einem gewissen Grade schien die österreichische Politik in die Bahnen jener bismarckischen Gedankengänge einzulenken, die eine freiwillige Teilung der Interessensphären auf dem Balkan zwischen Oesterreich und Rußland ins Auge faßten. Und dieses österreichische Entgegenkommen hat im Sinne der bismarckischen Erwartungen tatsächlich eine kritische Lage für die englische Politik heraufbeschworen, bis es England gelang, der russischen Politik endgültig diesen Weg zur Lösung der Meerengenfrage zu versperren, der in der Lage nach 1907 zugleich zu einer Bedrohung des jungen Ententesystems werden mußte.

Denn über die Entspannung des direkten Verhältnisses zu Rußland hinaus hatte man in Oesterreich die leise Hoffnung, daß im Verfolg dieser Pläne Rußland sich vielleicht von England und Frankreich lösen lassen werde. Dieser Gedanke zeigt uns, wie weitgehend die möglichen Folgen von Iswolskis Vorgehen sein konnten. Zugleich wird klar, was dem Russen die Entente mit England war: das Mittel, seine Pläne im Nahen Osten durchzusetzen.

Der sich anbahnende österreichisch-russische Meinungsaustausch wurde durch die Verstimmung, die die Ankündigung des Sandschakbahnprojektes in Rußland auslöste, nur vorübergehend gefährdet. Rußland lenkte bald in die eingeschlagene Bahn zurück [36]).

Ueber die Verhandlungen drang nichts nach außen. Auch in Reval kann Iswolski den Engländern keine Mitteilung gemacht haben. Ist die Meerengenfrage angeschnitten worden, so kann nur in allgemeiner Form und auf der alten Grundlage darüber gesprochen worden sein. Denn in seinem Memorandum über die Besprechungen

[35]) Langer: a. a. O. S. 69.
[36]) Rothfels: a. a. O. S. 330/1. Langer: a. a. O. S. 71.

in Reval erwähnte Hardinge die Meerengenfrage überhaupt nicht[37]). Das wäre doch wohl der Fall gewesen, wenn Iswolski seine Verhandlungen mit Oesterreich auch nur angedeutet hätte. Denn es hätte auf die Engländer zweifellos alarmierend gewirkt, wenn sie erfuhren, daß Rußland hinter ihrem Rücken dabei war, sich mit Oesterreich auf einer ihren Wünschen zuwiderlaufenden Basis zu einigen.

Nach Reval setzten Iswolski und Aehrenthal ihren Meinungsaustausch fort. Die türkische Revolution wirkte auf die Entschließungen beider Staatsmänner beschleunigend ein[38]). Die Begegnung von Buchlau am 16. September 1908 gab den letzten Anstoß[39]). Aehrenthal entschloß sich auf Grund dieser Unterredung zur Annexion.

III. Die Ankündigung der Annexion und ihre ersten Auswirkungen auf die englische Politik.

Schon während des Sommers 1908 waren wiederholt Gerüchte aufgetaucht, daß Oesterreich beabsichtige, zur Annexion Bosniens zu schreiten. Wie wir oben sahen, hatte man nach der Buchlauer Begegnung auch in Bulgarien mit einer solchen Entwicklung der Dinge zu rechnen begonnen[40]). Die englische offizielle Berichterstattung aus Wien jedoch brachte nichts, das alarmierend gewirkt hätte. Man rechnete offensichtlich nicht mit größeren Auswirkungen dieser Besprechung. Im ganzen beschäftigte sich nur die Presse mit der Frage[41]). Positives wurde nicht bekannt. Erst zwei Berichte Whiteheads und Goschens vom 30. September und 1. Oktober enthielten Genaueres. Ersterer berichtete von dem Eindruck, den Milowanowitsch aus Unterredungen mit Iswolski und Aehrenthal bekommen hatte[42]). Der Serbe war der Ueberzeugung, daß die Annexion bereits vorbereitet werde. Und Goschen lenkte die Aufmerksamkeit auf einige beunruhigende österreichische Maßnahmen in Bosnien[43]). Doch sind, nach den englischen Akten zu schließen, beide Berichte in London erst angelangt, als die offizielle Ankündigung der Annexion bereits vorlag.

Es kam also in London ziemlich unerwartet, als am 3. Oktober ein Schreiben Aehrenthals die Mächte von dem Entschluß Oesterreichs, die Annexion zu vollziehen, in Kenntnis setzte[44]). Hardinge konnte somit Mensdorff gegenüber, der das Schriftstück übergab,

---

[37]) B. D. V. 193. S. 237. Der Bericht Hardinges über die Revaler Begegnung.

[38]) Rothfels: a. a. O. S. 333.

[39]) Dazu Rothfels: a. a. O. S. 339 ff.

[40]) Siehe oben S. 8.

[41]) B. D. V. 265. S. 362. Goschen an Grey. 31. 8. 1908. B. D. V. 266. S. 363. Buchanan an Grey. 16. 9. 1908.

[42]) B. D. V. 273. S. 369.

[43]) B. D. V. 276. S. 371.

[44]) B. D. V. 288. S. 378.

keinen festen Standpunkt einnehmen. Mensdorff bekam zwar den Eindruck, daß Hardinge die Gründe, die Oesterreich zur Annexion veranlaßten, würdigte[45]). Doch waren durch das österreichische Vorgehen zweifellos die englischen Interessen gefährdet. Hardinge wandte deshalb auch sofort seine Aufmerksamkeit der Türkei und Rußland zu. Die nunmehr wohl Tatsache werdende Unabhängigkeitserklärung Bulgariens sowie die Kompensationsansprüche anderer Mächte, wie Serbiens, Griechenlands und Italiens, die alle auf Kosten der Türkei gehen würden, mußten die neue Regierung in Konstantinopel erschüttern. Dazu hieß es der russischen Einstellung Rechnung tragen.

Nach dieser Richtung lag noch alles im Ungewissen. Hardinge sah die österreichische Aktion zunächst wohl als einen Schlag gegen die russischen Interessen an. Er hielt einen Sturz Iswolskis für möglich[46]). Dann aber schien England mit der vollen Zustimmung Rußlands zur Annexion rechnen zu müssen. Mensdorff hatte freilich auf eine dahingehende Frage nur gesagt, daß nach dem Eindruck der österreichischen Regierung Rußlands und Italiens Haltung wohl eine günstige und freundliche sein werde[47]). Nach Khevenhüllers Worten jedoch schien neben Deutschland und Italien Rußland seine Zustimmung zu dem österreichischen Vorgehen bereits gegeben zu haben[48]). Doch erwies sich bald aus Informationen, die man in London einzog, daß diese Behauptung über das tatsächliche Maß hinausging[49]).

Erst als man in England hierin — besonders nach der russischen Seite hin — klarer sah, konnte man zu den Ereignissen Stellung nehmen. Grey ließ Oesterreich wissen, daß „England eine offene Verletzung des Berliner Vertrages nicht gutheißen noch eine Abänderung desselben anerkennen könne, wenn nicht die anderen Mächte und in diesem Falle speziell die Türkei befragt worden seien". Er ließ dabei Aehrenthal energisch die Notwendigkeit vor Augen führen, den Entschluß einer nochmaligen Erwägung zu unterziehen[50]). Dieselbe Stellung nahm er gegenüber der am 5. Oktober erfolgten Unabhängigkeitserklärung Bulgariens ein[51]).

Grey verfolgte mit dieser ablehnenden Haltung den Zweck, als Beschützer der neuen Türkei aufzutreten, um ihr eine Entschädigung verschaffen zu können. Nachdem er die ziemlich ratlosen Türken von dem abenteuerlichen Beginnen, einen Krieg anzufangen, abgemahnt hatte, riet er ihnen vielmehr, gegen die Aktionen Oesterreichs

[45]) B. D. V. 287. S. 377. Das Memorandum Hardinges über seine Unterredung mit Mensdorff. Oesterr. Akt. I. 114. 115. S. 122. Zwei Tel. Mensdorffs aus London vom 3. 10. 1908. Das ist gegen Lübbing S. 10 und 13 festzuhalten. England hatte Verständnis für diae österreichische Lage. Nur konnte und wollte es im eigenen Interesse darauf keine Rücksicht nehmen.

[46]) Oesterr. Akt. I. 115. S. 122.

[47]) B. D. V. 287. S. 377.

[48]) B. D. V. 285. S. 376. Bertie an Grey. 3. 10. 1908.

[49]) B. D. V. 299. S. 389. Grey an Goschen. 5. 10. 1908. Schon Pichon hatte an den Worten Khevenhüllers Zweifel gehegt; er war neugierig zu erfahren, worin die Entlohnungen Rußlands und Italiens bestünden. B. D. V. 285. S. 376.

[50]) B. D. V. 302. S. 390. Grey an Goschen. 5. 10. 1908.

[51]) B. D. V. 319. S. 398. Grey an Buchanan. 6. 10. 1908.

und Bulgariens zu protestieren und Kompensationen anzustreben, die seiner Meinung nach am besten in Geld bestanden[52]). Die Nichtanerkennung des Geschehenen sollte England das Druckmittel in die Hand geben, das es brauchte, um dem Gedanken einer Entschädigung für die Türkei Geltung zu verschaffen.

Die Lage schien für die Ausführung dieses Gedankens um so günstiger zu sein, als auch Iswolski eine Entschädigung für die Türkei in Erwägung zog[53]). Er dachte dabei an eine Aenderung der Kapitulationen und der Zölle. Das rief jedoch in London und Paris Bedenken hervor. Grey hielt demgegenüber an dem Gedanken einer Geldentschädigung fest. Auf jeden Fall waren Grey und Iswolski einig in dem Wunsche, eine Kompensation zu finden. So schienen England und Rußland die gleiche Politik zu verfolgen.

Diese überraschend entgegenkommende Haltung Iswolskis gegenüber der neuen Türkei erklärt sich aus dem Bestreben, die Türken der von ihm angestrebten Lösung der Meerengenfrage geneigt zu machen. Diese Absicht wurde den Engländern alsbald klar. Am 4. Oktober nahm Iswolski in einem Memorandum[54]), das er dem englischen Botschafter Bertie in Paris, wohin er auf seiner Rundreise inzwischen gekommen war, überreichte, zu den Ereignissen Stellung. Danach hatte er mit Aehrenthal wohl einen Gedankenaustausch gehabt, Endgültiges war jedoch nicht festgelegt worden. Bertie bekam aber sofort den Eindruck, daß Iswolski nicht die volle Wahrheit sagte[55]). Ihm schien der russische Minister über inner-österreichische Fragen, die mit der Annexion im Zusammenhang standen, zu gut informiert. Er zog daraus den Schluß, daß die Annexionsfrage mit „recht netter Vollständigkeit" durchgesprochen worden war, und daß nur der Zeitpunkt noch nicht festgelegt worden sei. Ebenso war Nicolson in Petersburg überzeugt, daß Iswolski wohl weiter gegangen sei, als in Rußland selbst erwartet worden war, und daß Tscharykoff sich jetzt ihm gegenüber bemühte, seinen Chef zu decken[56]). Tilley zog im Foreign Office aus alledem die Folgerung, es sei wenig zweifelhaft, daß Rußland dem Vorgehen Oesterreichs und Bulgariens zugestimmt habe[57]). Diese Auffassung mußte um so berechtigter erscheinen, als das Memorandum Iswolskis auch erkennen ließ, was der Russe als Entgelt erhoffte: Kompensationen für die Balkanstaaten und vor allem für Rußland die Lösung der Meerengenfrage.

Noch ehe England zu den in dem Memorandum enthaltenen Wünschen Stellung nehmen konnte, kam von russischer Seite eine weitere Anregung. Iswolski wollte zur Lösung aller durch die Annexion angeregten Fragen die sofortige Einberufung einer Kon-

---

52) B. D. V. 296. 317. S. 388 u. 397. Grey an Lowther vom 5. u. 6. 10. 1908. B. D. V. 301. S. 390. Grey an Nicolson. 5. 10. 1908.

53) B. D. V. 293. 306. S. 384 u. 392. Bertie an Grey vom 4. u. 5. 10. 1908.

54) B. D. V. 292. Anlage. S. 383.

55) B. D. V. 293. S. 384.

56) B. D. V. 303. 322. S. 390 u. 400. Nicolson an Grey vom 5. 10. 1908.

57) B. D. V. 303. Vermerk. S. 391.

ferenz vorschlagen. Die entsprechende Zirkularnote an die Mächte wurde bereits in Petersburg fertiggestellt [58]).

Der Konferenzgedanke war bereits bei Bekanntgabe der Annexionsabsicht durch Oesterreich aufgetaucht. Clemenceau hatte ihn gegenüber dem englischen Botschafter ausgesprochen [59]). Bertie hatte aber sofort Bedenken dagegen gehabt, weil man zu diesem Zeitpunkt auf Grund der Worte Khevenhüllers noch annehmen mußte, daß Rußland dem österreichischen Vorgehen seine Zustimmung gegeben hatte. Der Engländer wies deshalb auf die ungünstige Rolle hin, die Frankreich und England auf einer solchen Konferenz spielen würden. Auch bei Grey finden wir den Gedanken wieder, „daß eine Konferenz wohl das Ergebnis der gegenwärtigen Verwicklungen sein werde" [60]). Aber seine Neigung zu einer solchen war anfangs gering, von ihm selbst würde sie nicht vorgeschlagen werden.

Als jetzt die russische Absicht bekannt wurde, war die Aufnahme in Frankreich und England eine verschiedene. Von französischer Seite wurde der Gedanke unterstützt [61]). Denn in Paris war man vor allem darauf bedacht, die Gemeinsamkeit des Handelns der Ententemächte der Welt vor Augen zu führen. Den Engländern war dagegen der russische Konferenzplan im höchsten Maße unerwünscht.

Die englische Abneigung war verständlich. England konnte mit Sicherheit darauf rechnen, daß die Meerengenfrage im Konferenzprogramm erschien. Für die Klärung der Lage und die Einnahme eines eigenen Standpunktes brauchte man in England aber zunächst Zeit. Denn einmal mußte die englische Haltung zur Türkei mit der gegenüber Rußland in Einklang gebracht werden. Zum anderen hieß es für England, den Anschein zu verhindern, als ob es den etwa vorhandenen Abmachungen Iswolskis mit den Mittelmächten notgedrungen seine Zustimmung gebe, nachdem es vor ein fait accompli gestellt worden war. Außerdem befürchtete man in London, daß unangenehme Fragen, wie die Abänderung der Kapitulationen in der Türkei aufgeworfen werden könnten [62]).

Grey machte deshalb gegen ein übereiltes Handeln in der Konferenzfrage die schwersten Bedenken geltend [63]). Er legte dar, daß man sich leicht Komplikationen gegenüber befinden könne, wenn keine vorherige Verständigung über die zu besprechenden Angelegenheiten und die Art und Weise ihrer Behandlung stattgefunden hätte. In der Meerengenfrage sei einmal die englische öffentliche Meinung nicht genügend vorbereitet; andrerseits sei man völlig im Unklaren über die Einwände, die etwa von Seiten der Türken kommen könnten. Auch wies Grey darauf hin, daß man sich über die Entschädigungen für die Türkei klar werden müsse. Aus allen diesen

[58]) B. D. V. 297. S. 388. Bertie an Grey. 5. 10. 1908. B. D. V. 303. S. 390. Nicolson an Grey. 5. 10. 1908.
[59]) B. D. V. 294. S. 386. Bertie an Grey. 4. 10. 1908.
[60]) B. D. V. 296. S. 388. Grey an Lowther. 5. 10. 1908.
[61]) B. D. V. 311. S. 395. Bertie an Grey. 6.10. 1908.
[62]) B. D. V. 306. S. 392. Grey an Bertie. 5. 10. 1908.
[63]) B. D. V. 314. 321. S. 396 u. 399. Grey an Bertie vom 6. 10. 1908.

Gründen regte er in Paris an, doch die russische Regierung zu einer Verschiebung des schon vorbereiteten Konferenzvorschlages zu veranlassen.

Die Franzosen ließen sich durch die Argumente Greys bestimmen, ihr Möglichstes zu tun, um den Vorschlag Iswolskis hinauszuschieben [64]). Allerdings gaben sie auch sofort der Hoffnung Ausdruck, daß der Aufschub nur ein kurzer sein möchte, da sie um die Erhaltung des Friedens besorgt waren. Der französischen Vermittlung gelang es dann auch, Rußland zum Zurückhalten der geplanten Zirkularnote zu veranlassen [65]). Die Entscheidung über die Meerengen wie über die anderen von der Konferenz zu behandelnden Fragen sollte nunmehr in London fallen, wohin sich Iswolski nach seinem Besuch in Paris begeben wollte.

England hatte somit Zeit gewonnen. Die eigentlichen Schwierigkeiten waren jedoch damit nicht aus dem Wege geräumt. Nicolson hatte zwar den Eindruck gewonnen, daß Rußland durch die verschiedenen Entwicklungsstadien der entstandenen Situation mit England gehen und sein Bestes tun werde, England bei seinen Bemühungen, der Türkei beizustehen, zu sekundieren [66]). Das geschah dann freilich nicht um der „schönen Augen" der Türken willen, sondern als Abwehr gegen das, was es als Angriff des Germanismus auf die slawischen Interessen ansah. Aber Rußland verlangte Kompensationen, und die beste würde nach russischer Ansicht die freie Ausfahrt aus den Meerengen sein. Nicolson befürchtete, daß eine Ablehnung dieses Wunsches die fernere Zusammenarbeit während der Krise in Frage stellen könnte.

Die Lage war für England um so unangenehmer, als die Türkei sich gegen jedes Aufwerfen der Meerengenfrage stemmte [67]). Gegenüber den Absichten Rußlands, durch einen Verzicht auf die russischen Kriegsentschädigungen und die russischen Postämter in der Türkei das türkische Entgegenkommen in der Meerengenfrage zu erreichen, wünschten die Türken eine Beschränkung des Konferenzprogrammes auf die beiden Fragen der Annexion und der bulgarischen Unabhängigkeit. Daß Rußland mit einer solchen Beschränkung nicht einverstanden sein würde, darüber war man sich in London kar. Für die Engländer hieß es, diesen Widerspruch der Interessen auszugleichen. Tyrrel, der Privatsekretär Greys, stellte den Gedanken zur Debatte, die Mächte sollten der Türkei die internationale Garantie eines Auslandskredites anbieten [68]). Der Vorschlag fand Zustimmung. Hardinge sah dadurch die Möglichkeit gegeben, die englische öffentliche Meinung zu beruhigen und zugleich das neue Regime zu stützen und zu befriedigen. Damit wäre vielleicht die Möglichkeit geschaffen, daß die Türken einer Modifikation in der Meerengenfrage zustimmten. Grey bemerkte zu dem Vorschlag: „Wenn durch-

---

[64]) B. D. V. 333. S. 408. Bertie an Grey. 7. 10. 1908.
[65]) B. D. V. 326. S. 403. Nicolson an Grey. 7. 10. 1908.
[66]) B. D. V. 334. S. 410. Nicolson an Grey. 8. 10. 1908.
[67]) B. D. V. 338. S. 414. Lowther an Grey. 8. 10. 1908.
[68]) B. D. V. 338. Vermerke. S. 414.

führbar, wäre es ein entschiedener Schritt zu Gunsten der Türkei, der die Spannung mildern würde".

Es muß festgestellt werden: Prinzipiell ablehnend war die Haltung Englands gegenüber dem russischen Wunsche nach dem Durchfahrtsrecht durch die Meerengen nicht. Darüber ließ Grey die Türken auch nicht im Unklaren. Dem türkischen Botschafter in London gegenüber stellte er fest, daß England seit einigen Jahren das Gefühl habe, daß das Rußland auferlegte internationale Verbot jeglicher Ausfahrt durch die Meerengen eine Sache sei, die sich nicht für immer aufrecht erhalten ließe [69]). Grey bereitete so die Türken auf eine möglicherweise kommende Abänderung der Meerengenbestimmungen vor. Doch gab er ihnen auch die Zusage, daß dabei alle denkbaren Vorkehrungen für ihre Sicherheit getroffen werden sollten, und daß er, wenn die Sache zur Sprache käme, die türkische Regierung im Hinblick auf sie zu Rate ziehen werde. Auf eine bestimmte Linie legte sich Grey aber zunächst nicht fest. Er wartete auf Iswolski [70]).

Vor einem Eingehen auf die Verhandlungen Greys und Iswolskis in London ist es nötig, sich die gesamte Lage im Augenblick seines Eintreffens klarzumachen.

Die bulgarische Unabhängigkeitserklärung und die Annexion waren inzwischen Wirklichkeit geworden. Am 5. Oktober hatte erstere in Tirnowo stattgefunden unter gleichzeitiger Ausrufung des Fürsten Ferdinand zum Zaren [71]). Oesterreich hatte die Annexion Bosniens und der Herzegowina am 7. Oktober vollzogen [72]). Die Vorstellungen Englands in Sofia und Wien, mit denen es den Bulgaren von der Erklärung der Unabhängigkeit abzuraten und in Wien darauf zu dringen versucht hatte, den Entschluß zur Annexion einer nochmaligen Erwägung zu unterziehen, waren erfolglos geblieben. Grey blieb somit bei seiner bereits eingenommenen Haltung: England könne den Bruch eines internationalen Vertrages nicht billigen und die Abänderungen nicht anerkennen, solange nicht die anderen Mächte, speziell die Türkei, befragt worden seien [73]).

Mit dieser Haltung stand England nicht allein da. Frankreich schlug eine Erklärung in Konstantinopel des Inhaltes vor, daß nach Ansicht der die Erklärung abgebenden Mächte der Berliner Vertrag nicht ohne ein Uebereinkommen zwischen den Signatarmächten abgeändert werden könne [74]). Dieser Aktion, die am 12. Oktober erfolgte, schlossen sich außer England auch Rußland und sogar Italien an.

[69]) B. D. V. 349. S. 418. Grey an Lowther. 9. 10. 1908.

[70]) B. D. V. 338. Vermerke. S. 414.

[71]) B. D. V. 295. S. 387. Buchanan an Grey. 5. 10. 1908. B. D. V. 320. S. 399. Grey an Buchanan. 6. 10. 1908.

[72]) B. D. V. 324. S. 402. Goschen an Grey. 7. 10. 1908.

[73]) B. D. V. 319. 320. S. 398 f. Grey an Buchanan. 6. 10. 1908. B. D. V. 330. S. 405. Grey an Goschen. 7. 10. 1908.

[74]) B. D. V. 343. S. 416. Grey an Bertie. 9. 10. 1908. B. D. V. 347. S. 417. Grey an Lowther. 9. 10. 1908. Oesterr. Akt. I. 255. S. 199. Tel. aus Konstantinopel. 12. 10. 1908.

Eine gleiche Erklärung wurde von Frankreich und England der montenegrinischen Regierung gegeben[75]). Von weiteren Vorstellungen gleichen Inhaltes in Belgrad und Sofia, wie Rußland sie vorgeschlagen hatte, wurde jedoch Abstand genommen[76]). Denn in Paris und London war man der Meinung, daß dann grundsätzlich eine solche auch in Wien abgegeben werden müsse. Davon aber befürchteten Pichon und Grey nur Ueberstürzung in Sofia und nutzlose Erregung in Wien. So wurde der Gedanke schließlich mit Zustimmung Rußlands fallen gelassen.

Durch dieses Vorgehen bestärkte man die Türken noch weiter in ihrer Haltung. An ein einfaches Nachgeben den österreichischen Wünschen gegenüber war nicht zu denken. Hatte die Türkei doch bereits am 9. Oktober gegen die Annexion Protest eingelegt[77]). Am gleichen Tage war gegen Oesterreich der Boykott ausgebrochen[78]).

Wir sahen schon, Italien schloß sich den Ententemächten an. Das österreichische Vorgehen hatte die Eifersucht der Italiener wachgerufen. Sie waren deshalb darauf bedacht, ebenfalls einen Erfolg zu erringen. Als geeignete Kompensation hofften sie eine Revision des Artikels 29 des Berliner Vertrages durchzusetzen, der Montenegro gewisse Beschränkungen seiner Souveränität zugunsten Oesterreichs auferlegte[79]). Italien geriet somit in einen gewissen Gegensatz zur Donaumonarchie.

So blieb nur Deutschland, das zu Oesterreich hielt, obgleich es mit seinem Verbündeten nicht zufrieden war[80]). Denn als Verbündeter der Donaumonarchie wurde es in der Türkei für die Politik Aehrenthals mit verantwortlich gemacht und dadurch seine Stellung bei der Pforte erschüttert. Trotz dieser schwierigen Lage bemühte sich Deutschland, in Konstantinopel das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Zu diesem Zweck suchte es einmal die Türken zu überzeugen, daß es auf den Entschluß zur Annexion keinen Einfluß gehabt habe[81]). Zum anderen ging es auf den englischen Gedanken der Kompensationen für die Türkei ein. Diese sah man auf deutscher Seite in einer Entschädigung für die Einbuße des ostrumelischen Tributes und der Orientbahn[82]). Der deutsche Botschafter in London, Metternich, brachte sogar als Anregung die Garantierung der restlichen europäischen Besitzungen der Türkei in Vorschlag. Das blieb

---

[75]) B. D. V. 342. S. 415. Bertie an Grey. 9. 10. 1908. B. D. V. 348. S. 418. Grey an den montenegrinischen Außenminister. 9. 10. 1908.

[76]) B. D. V. 352. S. 421. Bertie an Grey. 10. 10. 1908. B. D. V. 359. S. 425. Grey an Nicolson. 12. 10. 1908 und Anmerkung 2.

[77]) B. D. V. 349. S. 418. Grey an Lowther. 9. 10. 1908. Oesterr. Akt. I, 224. S. 181. Tel. aus Konstantinopel. 10. 10. 1908.

[78]) B. D. V. 357. S. 424.

[79]) B. D. V. 331. 354. S. 407 u. 422. Grey an Egerton vom 7. u. 10. 10. 1908. B. D. V. 336. S. 413. Egerton an Grey. 8. 10. 1908.

[80]) B. D. V. 316. 323. S. 397 u. 402. Lascelles an Grey vom 6. u. 7. 10. 1908. B. D. V. 350. S. 419. Grey an Lascelles. 9. 10. 1908.

[81]) B. D. V. 346. S. 417. Lowther an Grey. 9. 10. 1908. G. P. XXVI. 1. 9002. S. 121. Marschall an das Auswärtige Amt. 9. 10. 1908.

[82]) B. D. V. 355. S. 423. Grey an Lascelles. 10. 10. 1908. G. P. XXVI. 1. 9020. S. 144. Metternich an das Auswärtige Amt. 10. 10. 1908.

freilich alles in akademischen Erörterungen stecken. Denn Grey hatte ja nicht die Absicht, sich festzulegen, ehe er nicht die Aussprache mit Iswolski gehabt hatte.

Nicht anders verhielt sich Grey auch anderen, jetzt auftauchenden Fragen gegenüber. Die Aktionen Oesterreichs und Bulgariens hatten den ganzen Balkan in Erregung versetzt. Besonders in Serbien brachen die nationalen Leidenschaften hervor. Schon vor erfolgter Annexion hatte es in England mitgeteilt, daß ein solches Ereignis als nationale Katastrophe angesehen werde[83]). Zu gleicher Zeit kamen beunruhigende Nachrichten aus Belgrad[84]). Die Erregung der Bevölkerung äußerte sich in Demonstrationen. Aber auch die Regierung ergriff militärische und finanzielle Maßnahmen. War der englische Vertreter Whitehead zunächst noch der Meinung gewesen, daß sich in ein paar Tagen alles beruhigen werde, so wurde das bald durch die Tatsachen widerlegt. Am 8. Oktober protestierte Serbien bei den Signatarmächten des Berliner Vertrages gegen die Annexion[85]). Grey fühlte sich deshalb veranlaßt, ernstlich Mäßigung und Vermeidung von Abenteuern anzuraten; diese Mahnungen wiederholte er zusammen mit Frankreich und Rußland, als Oesterreich angesichts der serbischen Rüstungen eine Erklärung forderte und bei unbefriedigender Antwort mit Gegenmaßnahmen drohte[86]).

Anläßlich der Bekanntgabe des serbischen Protestes in London am 8. Oktober und ebenfalls am 10. Oktober bei der Abgabe friedlicher Versicherungen ließ Serbien durch seinen Geschäftsträger Gruitsch eine Frage anschneiden, die in Zukunft von großer Bedeutung werden sollte[87]). Es forderte Kompensationen. Die Forderungen bestanden in der Gewährung einer Eisenbahn an das Adriatische Meer und in einer Berichtigung der serbischen Grenze auf der bosnischen Seite, in der Art, daß Serbien und Montenegro aneinander grenzten. Hardinge, der von englischer Seite die Gespräche führte, sagte für die Eisenbahn und, nach serbischer Version, auch für die Erlangung wirtschaftlicher Kompensationen die englische Unterstützung zu. Den Gedanken einer Grenzberichtigung lehnte er wohl nicht prinzipiell ab, wenn er auch auf die Schwierigkeit hinwies, Oesterreich zur Aufgabe bereits annektierten Gebietes zu veranlassen; er ließ sich aber nicht weiter auf diese Frage ein.

Ebenso ungeklärt blieb die Frage der Stellung Oesterreichs zur Konferenz. Auf Grund von Bemerkungen Metternichs und Mens-

[83]) B. D. V. 308. S. 394. Grey an Whitehead. 5. 10. 1908. B. D. V. 309. S. 394. Mitteilung des serbischen Geschäftsträgers. 5. 10. 1908.

[84]) B. D. V. 315. S. 397. Whitehead an Grey. 6. 10. 1908.

[85]) Boghitschewitsch I. 8. S. 11. Tel. des serbischen Geschäftsträgers in London, Gruitsch, nach Belgrad. 8. 10. 1908.

[86]) B. D. V. 337. S. 413. Grey an Whitehead. 8. 10. 1908. B. D. V. 341. S. 415. Bertie an Grey. 9. 10. 1908. B. D. V. 345. S. 417. Goschen an Grey. 9. 10. 1908. Oesterr. Akt. I. 181. S. 155. Tel. aus Belgrad. 8. 10. 1908.

[87]) B. D. V. 328. S. 404. Whitehead an Grey. 7. 10. 1908. B. D. V. 353. S. 421. Mitteilung der serbischen Gesandschaft. 10. 10. 1908. B. D. V. 356. S. 423. Grey an Whitehead. 10. 10. 1908. Boghitschewitsch I. 8. 9. S. 11. Zwei Tel. Gruitschs vom 8. u. 10. 10. 1908.

dorffs in London mußte damit gerechnet werden, daß Oesterreich eine Erwähnung der bosnischen Frage auf der Konferenz nicht gestatten würde [88]). Bestätigung fanden diese Vermutungen durch den englischen Botschafter in Konstantinopel, Lowther [89]). Er wußte zu berichten, daß der österreichische Vertreter dem türkischen Minister des Auswärtigen bekanntgegeben hatte, daß Oesterreich nicht auf die Konferenz gehen würde, wenn die Annexionsfrage einen Konferenzpunkt bilde.

Alle diese Fragen traten aber jetzt für England zurück hinter der Aufgabe, die Verhältnisse unter Berücksichtigung der Interessen Rußlands und der Türkei so zu regeln, daß seine Beziehungen zu keinem von beiden litten. Die Lösung dieser Aufgabe war abhängig von der Behandlung der Meerengenfrage.

IV. Die Londoner Verhandlungen zwischen Grey und Iswolski.

Am 9. Oktober traf Iswolski in London ein. Der Empfang war ein glänzender [90]). Es wurde alles getan, was den russischen Minister bei seiner bekannten Anglomanie angenehm berühren konnte. Vom Hof und der Gesellschaft wurde er in auffallender Weise gefeiert. Metternich wollte sich nicht erinnern können, daß in England jemals für einen anderen Staatsmann soviel Mühe aufgebracht worden sei. Auch von der Presse wurde er sympathisch begrüßt. In ihr wurde stark betont, daß Iswolski durch keine Versprechungen an Aehrenthal gebunden sei, sondern frei mit England und Frankreich zusammenwirken könne. Es wurde deutlich, daß die Engländer ihren Gast in gute Laune versetzen wollten; ebenso deutlich war freilich nach den Aeußerungen der englischen Presse, daß die englische Politik von der petitio principii ausgehen würde, daß Rußland die Bindung der englischen Entente vor jeder Verpflichtung gegen Oesterreich zu beachten haben werde.

Die Verhandlungen zwischen Grey und Iswolski begannen am 10. Oktober mit einem Konferenzvorschlag durch den russischen Außenminister [91]). Die ersten drei der neun Punkte des Konferenzprogrammes beschäftigten sich mit der Regelung der durch die Aktionen Oesterreichs und Bulgariens angeschnittenen Fragen: der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung, der Annexion Bosniens und der Räumung des Sandschaks von Nowibasar. Die Punkte 6 bis 8 enthielten die Kompensationen für die Balkanstaaten: Aenderungen des Artikels 29 des Berliner Vertrages zu Gunsten Montenegros, Grenzrektifikationen für dieses und Serbien, und

[88]) B. D. V. 350. 351. S. 419 f. Zwei Tel. Greys an Lascelles und Goschen vom 9. 10. 1908.

[89]) B. D. V. 339. S. 414. Lowther an Grey. 8. 10. 1908.

[90]) G. P. XXVI. 1. 9056. S. 195. Metternich an Bülow. 19. 10. 1908. Oesterr. Akt. I. 228. S. 183. Bericht Mensdorffs vom 10. 10. 1908.

[91]) B. D. V. 358. S. 424. Grey an Nicolson. 12. 10. 1908. B. D. V. 363. S. 427. Memorandum Iswolskis vom 12. 10. 1908.

eine Aenderung in der Zusammensetzung der Donaukommission, die den Donaustaaten das hieß hier Serbien -- größere Rechte gab. Aber auch Vorteile für die Türkei fanden Berücksichtigung. Iswolski schlug eine Aufhebung der Artikel 23 und 61 des Berliner Vertrages vor, die die Türken in den europäischen und armenischen Provinzen in ihrer Aktionsfreiheit behinderten. Dazu sollte auch die Frage der Kapitulationen und der ausländischen Postämter eine Neuregelung finden.

Es überrascht zunächst, daß Iswolski die Kompensationen für Serbien und Montenegro in das Programm setzte, diejenige für Rußland, die Meerengen, aber nicht.

Iswolski hatte noch während seines Aufenthaltes in Paris die kühle Haltung Englands und Frankreichs seinen Plänen gegenüber bemerken können. Pichon war freilich nicht direkt ablehnend gewesen; Einwände zu machen hielt er nicht für seine, sondern für Englands Aufgabe. Aber er hatte doch gegenüber Iswolskis Plänen sich zurückgehalten und nichts dazu geäußert. Dieses Verhalten hatte er auch dem französischen Botschafter in London als Direktive aufgetragen [92]). Und wie die Stimmung in England war, konnte aus dem Drängen nach Aufschub des geplanten Konferenzvorschlages unschwer ersehen werden. Es mußte mit englischem Widerstande gerechnet werden, wenn die Meerengenfrage im Konferenzprogramm erschien. Die Konferenz konnte dadurch überhaupt gefährdet werden. Darauf durfte es Iswolski aber nicht ankommen lassen. Denn einmal hoffte er auf einer Konferenz, Oesterreich auf die Anklagebank zu führen und damit den verhaßten Nebenbuhler zu demütigen [93]). Vor allen Dingen aber brauchte er sie, um die Kompensationen für Serbien und Montenegro durchzusetzen. Denn das war es, was man in Rußland von ihm verlangte.

Dort war ein Sturm gegen Iswolskis Politik losgebrochen. Stolypin hatte sich, unterstützt von anderen Ministern gegen das Tauschgeschäft Annexion Meerengen gewandt und seine Meinung bei dem widerstrebenden Zaren durchgesetzt [94]). Die Folge war, daß Iswolski Instruktionen bekommen hatte, die slawischen Belange zu vertreten und die Zustimmung Rußlands zur Annexion zu verweigern. Der größte Teil der russischen öffentlichen Meinung stellte sich auf denselben Standpunkt [95]). Man wollte auch hier lieber auf eigene Kompensationen verzichten, wenn nur die slawischen Interessen kräftig gefördert würden. Auch tauchte der Gedanke auf, daß die Meerengenfrage außerhalb der Konferenz erledigt werden könnte.

Die innerpolitische Niederlage, die Iswolski durch diesen Vorstoß des russischen Chauvinismus erlitten hatte, hatte das ganze Gesicht der Lage verändert. Sie bedeutete die Preisgabe seiner ganzen bis-

[92]) B. D. V. 368. S. 432. Bertie an Grey. 13. 10. 1908.

[93]) Boghitschewitsch l. 6. S. 5. Bericht des serbischen Gesandten in Paris, Wesnitsch, über eine Unterredung mit Iswolski. 5. 10. 1908.

[94]) Langer: a. a. O. S. 76. N. D. Charykow: Glimpses of High Politics. S. 270.

[95]) Langer: a. a. O. S. 77. B. D. V. 366. S. 431. Ein Bericht Nicolsons über die Lage in Rußland vom 13. 10. 1908.

herigen Politik, die den Versuch gemacht hatte, die zögernde Reserve Englands durch das komplizierte Spiel eines Druckes, der über die Grenzen der Mächtegruppierungen hinausgriff, zu brechen. Wenn Iswolski jetzt die Führung über die Lage in Rußland verlor und sich dem Drängen seiner Ministerkollegen und der öffentlichen Meinung beugte, so schloß das die Preisgabe des Versuches in sich, zur Lösung der Meerengenfrage in gütlicher Verständigung mit Oesterreich zu gelangen. Die damit erzwungene Frontstellung gegen Oesterreich und gegen das fest zu seinem Verbündeten haltende Deutschland stellte ihn vor die Wahl, den Bankrott seiner Politik durch Demission zu erklären oder in die neue russische Front einzuschwenken. Das bedeutete für ihn die unbedingte Abhängigkeit von England, die Notwendigkeit, dieses um jeden Preis für die neue russische Haltung gegen Oesterreich zu gewinnen. Im Grunde ist Iswolski so von vornherein für die Meerengenfrage als Besiegter in London erschienen. Der Verlauf der Besprechungen hat diese Wendung der Lage offenbar auch für seine englischen Verhandlungsgegner geklärt und ihre entschiedene Ablehnung der russischen Wünsche möglich gemacht.

Die Meerengenfrage erschien nicht im Programm und bildete so für England keinen Grund mehr, eine Konferenz abzulehnen. Iswolski wollte diese Frage außerhalb der Konferenz erledigt wissen und durch direkte Verhandlungen mit der Türkei einer Lösung zuführen. Um die Türken geneigter zu machen, hatte er ja schon die Interessen der Türkei in seinem Konferenzplan wahrgenommen.

In der Verhandlung am 10. Oktober[96]) erbat also Iswolski neben der Zustimmung Englands zu dem Konferenzprogramm das englische Versprechen, sich einer Regelung der Meerengenfrage nicht zu widersetzen, wenn die Türkei für die russischen Vorschläge gewonnen würde. Für den Fall einer Ablehnung malte der Russe die weitere Entwicklung des englisch-russischen Verhältnisses in dunklen Farben. Er wies auf die dann drohende Gefährdung der Entente hin, falls nach seinem und Stolypins Sturz reaktionäre Kreise an die Regierung gelangten.

Eine bestimmte Antwort konnte Grey nicht geben, ohne vorher das Kabinett befragt zu haben. Er machte jedoch dem russischen Minister Hoffnung auf eine prinzipielle Zustimmung Englands zum Konferenzprogramm. Reserviert verhielt er sich dagegen zu dem Meerengenvorschlag. Dieser sah eine Lösung ganz in russischem Sinne vor. Den Uferstaaten des Schwarzen Meeres sollte darnach das Recht zustehen, Kriegsschiffe die Meerengen passieren zu lassen, mit der Einschränkung, daß innerhalb 24 Stunden nur einmal höchstens drei Schiffe gleichzeitig durchfahren dürften, die zudem nicht das Recht haben sollten, anzuhalten oder Anker zu werfen. Trotz seiner Zurückhaltung bemerkte man an Grey doch, daß bei ihm die Tendenz vorhanden war, Rußland entgegenzukommen. Der Engländer drang nämlich seinerseits darauf, daß als sofortiger Vertrauensbeweis dem neuen Regime ein durch Bürgschaft gestützter Kredit angeboten werde.

[96]) B. D. V. 372. S. 434. Hardinge an Nicolson. 13. 10. 1908. B. D. V. 379. S. 442. Grey an Nicolson. 14. 10. 1908.

Das war ein Vorschlag im Sinne des Tyrrelschen Planes, der ja aus dem Gedanken heraus entstanden war, die Türkei für eine Aenderung der Meerengenbestimmungen zu gewinnen.

In der Sitzung des Kabinettes am 12. Oktober vormittags [97]) trat dann auch Grey für die Annahme des russischen Meerengenvorschlages ein. Die Meinungen im Kabinett waren indessen geteilt. Auf der Seite Greys stand außer dem Premierminister Asquith nur noch eine kleine Gruppe [98]). Die Mehrheit des Kabinettes widersetzte sich, weil bei einer so einseitig russischen Lösung der Protest der englischen öffentlichen Meinung zu erwarten sei. Diese werde eine Verstärkung der englischen Kräfte im Mittelmeer für notwendig halten und befürchten, daß durch das Vordringen russischer Kreuzer durch die Dardanellen der Handel gestört werden könnte. Der Kreditvorschlag und das Konferenzprogramm wurden dagegen im Prinzip angenommen.

Am Nachmittag desselben Tages machte Grey Iswolski mit dem Ergebnis der Kabinettssitzung und den Bedenken des Kabinettes hinsichtlich der Haltung der öffentlichen Meinung bekannt [99]). Er verfehlte nicht, die tieferen Gründe für die wahrscheinliche Haltung der englischen Oeffentlichkeit klarzulegen und dabei alle Beschwerden Englands gegenüber der russischen Politik vorzubringen. Er beklagte das durch die russische Haltung in Persien bedingte Fehlen einer Vertrauensatmosphäre, wie man sie bei Abschluß der Entente erhofft habe, um eine günstige Regelung der Meerengenfrage zu ermöglichen. Wenn Rußland jetzt aus der gegenwärtigen Krise Nutzen ziehen wolle, werde sich der schlechte Eindruck noch verstärken. Ein selbstloses Einsetzen Rußlands für die Türkei werde die Stimmung dagegen stark verändern. Grey legte somit dar, daß im Ganzen genommen der gegenwärtige Zeitpunkt für die Aufwerfung der Meerengenfrage infolge der in England herrschenden Mißstimmung gegen Rußland so ungeeignet wie möglich sei.

Eine prinzipielle Ablehnung war damit nicht erfolgt. Grey wollte das Thema durchaus nicht als erledigt angesehen wissen [100]). Er bat nur den sehr niedergeschlagenen Iswolski, auch die Schwierigkeiten zu bedenken, die die englische Regierung vor sich sehe. Grey erwartete nunmehr weitere Vorschläge Iswolskis und war auch bereit, auf sie einzugehen, wenn die Einseitigkeit des russischen Vorschlages beseitigt und die Sicherheit der Türkei gewährleistet sei [101]).

Das Erwartete trat ein. Noch am Abend des 12. Oktober machte Iswolski einen zweiten Vorschlag, der die Einseitigkeit des ersten russischen Vorschlages für den Kriegsfall preisgab. Darnach blieb für Friedenszeiten der erste Vorschlag bestehen. Im Kriegs-

[97]) B. D. V. 372. S. 434. Hardinge an Nicolson. 13. 10. 1908.

[98]) Hardinge nennt Grey, Asquith, Mc. Kenna, Morley; Asquith in einem Brief an den König statt Morley Haldane. Lee: a. a. O. II. S. 639 f.

[99]) B. D. V. 364. S. 429. Grey an Nicolson. 12. 10. 1908.

[100]) B. D. V. 364. S. 429

[101]) B. D. V. 358. S. 424. Grey an Nicolson. 12. 10. 1908. Lübbing widerspricht sich S. 22 selbst in seinem Urteil über die Haltung Englands zur Meerengenfrage. Auf jeden Fall ist die Behauptung, daß England die Meerengen unter keinen Umständen zu öffnen gewillt war, nicht richtig.

falle zwischen Rußland und einer anderen Macht jedoch sollten von der Türkei durch eine Erklärung beiden kriegführenden Parteien die gleichen Rechte zugestanden werden[102]).

Die Lösung schien da zu sein. Asquith[103]) und Hardinge[104]) rechneten mit der Zustimmung des Kabinettes zu diesem Vorschlag. Auch der für die Entente fürchtende Eduard VII. setzte sich für die Annahme ein[105]). Aus Frankreich kommende besorgte und warnende Worte[106]) waren dazu angetan, in gleicher Richtung zu wirken. Indessen die Antwort, die Grey nach einer zweiten Kabinettssitzung Iswolski in einem Memorandum gab[107]), lautete anders als man erwarten konnte. Es wurde zwar darin betont, daß England nicht prinzipiell gegen eine Freigabe der Meerengen sei und auch den zweiten Vorschlag, der durch Gleichstellung aller im Kriegsfalle die Einseitigkeit des ursprünglichen russischen Lösungsgedankens beseitigt habe, als Grundlage einer Lösung anerkenne. Dann aber wies das Memorandum auf die Ungunst der augenblicklichen Lage hin. Da war einmal der Eindruck der öffentlichen Meinung, die es nicht verstehen würde, daß Rußland sich Vorteile zu sichern versuche, nachdem es gegen die österreichische Aktion protestiert habe. Und zum anderen müsse mit der Tatsache gerechnet werden, daß in der Türkei, wenn man sie nicht mit der nötigen Rücksichtnahme behandle, ein Sturz des neuen Regimes eintreten könne, der das Chaos im Gefolge haben werde. Es wurde auch bezweifelt, ob die Türkei ihre unumgänglich notwendige freiwillige Zustimmung geben werde. Bei der Uebergabe der Denkschrift betonte Grey noch einmal scharf, daß England wegen des Widerstrebens der Türken jetzt nichts tun könne. Er vertröstete auf die Zukunft und machte Iswolski damit bekannt, daß er den Türken die Notwendigkeit einer gewissen Oeffnung der Meerengen klargelegt habe[108]).

Es gilt die Frage zu klären, wie es zu dieser Antwort gekommen ist, obwohl, wie wir gesehen hatten, im Foreign Office eine den russischen Wünschen günstige Stimmung vorhanden gewesen war. Scheiterte wirklich die englische Zustimmung an der Weigerung der Türken, wie in dem Memorandum betont war? Demgegenüber ist doch festzustellen, daß Grey, wenn er auch den Türken die Freiwilligkeit der Zustimmung zugesichert hatte, doch andrerseits dem türkischen Botschafter die sehr kategorisch klingenden Worte gesagt hatte, daß nur der Umstand, daß noch kein genügender Vorschlag gemacht worden sei, England von der Zustimmung abhalte[109]). Auch darf nicht vergessen werden, daß Grey sich ja schon für die Annahme des ersten Vorschlages eingesetzt hatte. Es ist also anzunehmen,

---

[102]) B. D. V. 371. S. 433. Grey an Nicolson. 13. 10. 1908.
[103]) Lee: a. a. O. II. S. 640.
[104]) B. D. V. 372. S. 434. Hardinge an Nicolson. 13. 10. 1908.
[105]) Lee: a. a. O. II. S. 639/40. Eduard VII. in einem Schreiben an Asquith.
[106]) B. D. V. 368. S. 432. Bertie an Grey. 13. 10. 1908.
[107]) B. D. V. 377. S. 441. Memorandum Greys vom 14. 10. 1908.
[108]) B. D. V. 394. S. 456. Grey an Nicolson. 19. 10. 1908.
[109]) B. D. V. 361. S. 425. Grey an Lowther. 12. 10. 1908.

daß der offizielle Lenker der englischen Außenpolitik sich über alle Bedenken nach türkischer Seite hin hinweggesetzt hätte, wenn es zur Erhaltung der russischen Entente notwendig gewesen wäre. Oder war der Widerstand im Kabinett auch dieses Mal zu groß? Das läßt sich nicht feststellen. War er vorhanden, dann scheint es doch auch so, als ob das Foreign Office keinen großen Kampf um die Durchsetzung der Annahme des russischen Vorschlages geführt habe. Dort muß vielmehr die Größe der Sorge um die weitere Entwicklung des englisch-russischen Verhältnisses abgenommen haben. Zu den Aeußerungen Iswolskis von einem möglich werdenden Auseinanderfallen der Entente, wenn England sich der Verwirklichung seiner Wünsche entgegenstelle, bemerkte Hardinge[110]): Es möge ja etwas Wahres daran sein. Indessen, in der Hauptsache wolle Iswolski nur der Welt zeigen, daß er von Aehrenthal nicht völlig düpiert worden sei. Man sah also Iswolskis Drohungen als Bluff an. Die Berichterstattung Nicolsons und die russische Presse[111]) hatten den Engländern die Ueberzeugung verschafft, daß Iswolski im eigenen Lande ohne Rückhalt war. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß an Iswolski und dem russischen Botschafter Benckendorff selbst eine gewisse Unsicherheit zu bemerken war. So stellte einmal Benckendorff gegenüber Mensdorff erstaunt fest, daß in Rußland mit einem Male alles gegen die Meerengen sei[112]). Stand aber Iswolski mit seinen Wünschen allein, so hatten die Engländer keinen Grund, seinen persönlichen Wünschen zuliebe sich in der Türkei unbeliebt zu machen. Die aufschiebende Antwort wird damit verständlich.

Ohne Rückhalt im eigenen Lande blieb Iswolski nichts anderes übrig, als die englische Denkschrift zu akzeptieren[113]), und damit die Meerengenfrage für jetzt zu begraben. Zudem mußte er sich doch auch sagen, daß es unmöglich war, gegen die Annexion zu protestieren, für Rußland aber die Oeffnung der Meerengen durchsetzen zu wollen; denn auf eine Zustimmung Deutschlands und Oesterreichs war in diesem Falle unter keinen Umständen mehr zu rechnen. So gab er sein ursprüngliches Ziel, die Oeffnung der Meerengen angesichts der aufgetauchten Hindernisse jetzt völlig auf und beschloß lieber, „selbstlos" an der Lösung der Krise zu arbeiten[114]). Er wandte sich damit ganz dem neuen Ziele zu, das ihm von Rußland her vorgeschrieben worden war: Kompensationen für die Balkanstaaten. Und gerade dadurch, daß er den Engländern die Last der Meerengenfrage abnahm, konnte er hoffen, für dieselben die dankbare Unterstützung Englands zu finden.

[110]) B. D. V. 372. S. 434. Hardinge an Nicolson. 13. 10. 1908.
[111]) Siehe oben S. 20 und Anmerkung 95.
[112]) Oesterr. Akt I. 277. S. 213. Tel. Mensdorffs. 14. 10. 1908.
[113]) B. D. V. 378. S. 442. Grey an Nicolson. 14. 10. 1908. B. D. V. 394. S. 456. Grey an Nicolson. 19. 10. 1908.
[114]) Boghitschewitsch I. 13. S. 15. Bericht Gruitschs über eine Unterredung mit Iswolski. 13. 10. 1908. Iswolki tröstete schon kurz vor Empfang der englischen Antwort die Serben: Er werde sich um so leichter für sie einsetzen können, als Rußland gar keine Kompensationen für sich begehre.

V. Englands Vermittlungspolitik.

A. Das Konferenzprogramm und seine Aufnahme.

Das Ergebnis der Londoner Verhandlungen war für die englische Diplomatie ein voller Erfolg gewesen. Sie hatte zwar in der Meerengenfrage gewisse Zusagen machen müssen. In der Hauptsache aber war es England gelungen, seinen Standpunkt festzuhalten. Es hatte erreicht, daß die Lösung der unbequemen Meerengenfrage verschoben und die glänzende englische Stellung in der Türkei somit nicht gefährdet worden war.

Damit aber war England den Verpflichtungen, die das Ententeverhältnis ihm auferlegte, nicht entronnen. Denn die Ausschaltung der Meerengenfrage war ja nur möglich geworden, weil Iswolski sich neuen Zielen zugewandt hatte. Für ihre Verwirklichung hoffte der Russe aber auf die englische Hilfe. Diesen Erwartungen mußte England Rechnung tragen.

Zunächst galt es, den in den Bereich der Möglichkeit gerückten Sturz Iswolskis, der nur zu leicht die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen in neue Gefahr bringen konnte, zu verhindern. Grey leistete deshalb dem Wunsche Iswolskis Folge und übergab diesem einen Privatbrief [115]) zur Verwendung beim Zaren, in dem nochmals die Bereitwilligkeit Englands ausgesprochen wurde, zu gegebener Zeit einem Abkommen nicht im Wege stehen zu wollen, das man vielmehr zur Stärkung von Sympathiegefühlen gern sehen werde. Hielte sich Rußland jetzt zurück, so würde die dadurch gesteigerte Sympathie in England und der Türkei in Zukunft eine Lösung möglich machen. Ein auf den Wunsch Greys an den Zaren gerichtetes Schreiben Eduards VII. verfolgte ebenfalls den Zweck, die Stellung Iswolskis am russischen Hofe zu festigen durch den Hinweis auf den günstigen Eindruck, den der russische Staatsmann in London hinterlassen habe [116]).

Das Hauptmittel, die guten Beziehungen zu Rußland zu erhalten, war die Annahme des russischen Konferenzprogrammes. England war schon vor dem endgültigen Austrag der Meerengenfrage bereit gewesen, durch eine prinzipielle Zustimmung den Russen sein Entgegenkommen zu beweisen [117]), nach der Klärung des Meerengenproblems wurde diese endgültig ausgesprochen [118]). Die Engländer brachten damit ein Opfer; denn das Aufwerfen einer Reihe von Fragen, wie der Erhöhung der türkischen Zölle und der Abänderungen der Kapitulationen, war ihnen nicht sehr angenehm. Frankreich folgte ihrem Beispiel. Beide Mächte stellten sich also hinter ein Programm, das geeignet erschien, den Mißerfolg der russischen Politik einigermaßen zu verdecken und auszugleichen. Denn das Programm, das in dem Artikel 2 die Frage der Anerkennung der

115) B. D. V. 387. S. 451. vom 15. 10. 1908.
116) B. D. V. 409. S. 468. 414. 471. Lee a. a. O. II. S. 642.
117) Siehe oben S. 22.
118) B. D. V. 390. S. 453. vom 16. 10. 1908.

Annexion zur Diskussion stellte und im Artikel 7 die Forderung nach Kompensationen für Serbien und Montenegro aufstellte, sollte nach der Absicht Iswolskis Rußland die Möglichkeit geben, durch demütigende Kritik an der österreichischen Vorgangsweise [119]) und durch Eintreten für die slawischen Interessen, einmal die Stimmung der russischen öffentlichen Meinung zu befriedigen und zum anderen das Prestige Rußlands, das durch die Niederlage Iswolskis gelitten hatte, wiederherzustellen.

Nur eine Aenderung, für die man sich von englischer und französischer Seite einsetzte, erfuhr der russische Entwurf [120]). Aber diese Veränderung zeigte zum ersten Male, vor allem bei England, die Tendenz, auf den schroffen russischen Standpunkt mildernd einzuwirken. Auf Grund von Verhandlungen Greys und Cambons mit Iswolski wurde die unverhüllte Forderung nach territorialer Kompensation für Serbien und Montenegro aufgegeben zugunsten der vagen Form „avantages à pracurer à la Serbie et au Monténégro".

Die Aufgabe der drei Ententemächte war es nunmehr, diesem Programm allgemeine Zustimmung zu verschaffen. Dabei stieß man aber auf Schwierigkeiten. Die Türkei weigerte sich, die Aktionen Oesterreichs und Bulgariens anzuerkennen [121]). Gegenüber der Donaumonarchie wollte sie den Protest gegen die Annexion bestehen und damit die bosnische Frage offen lassen. Die Unabhängigkeit Bulgariens war sie bereit anzuerkennen, nicht aber die Ostrumeliens. Es war die Furcht vor dem Verlust Mazedoniens, die diesen Einwand hervorrief und die Türken auch gegen den Titel „Zar der Bulgaren" Stellung nehmen ließ. Alle Versuche Englands, die Türken von ihrem Festhalten an Formfragen abzuziehen und sie dazu zu bringen, in direkten Verhandlungen mit Oesterreich soviel Greifbares als möglich zu fordern, hatte indessen keinen Erfolg [122]). Die Türken weigerten sich, das Geschehene hinzunehmen [123]).

Ebenso mußte mit einer österreichischen Ablehnung gerechnet werden. Denn, wie wir oben sahen, hatte Oesterreich sich bereits gegen jede Aufnahme der bosnischen Frage in das Konferenzprogramm ausgesprochen [124]). Dieser Standpunkt wurde indessen nicht

[119]) Boghitschewitsch l. 6. S. 5. Bericht Wesnitschs über eine Unterredung mit Iswolski. 5. 10. 1908.

[120]) B. D. V. 363 u. Anmerkung 2. S. 427. B. D. V. 390 u. Anmerkung 2. S. 453. Oesterr. Akt. I. 312. S. 241. Bericht Khevenhüllers aus Paris. 17. 10. 1908. G. P. XXVI. 1. 9044. S. 174. Tel. aus Paris. 15. 10. 1908.

[121]) B. D. V. 362. S. 426. Lowther an Grey. 12. 10. 1908.

[122]) B. D. V. 383. S. 447. Grey an Lowther. 15. 10. 1908. B. D. V. 414. S. 471. Hardinge an Nicolson. 28. 10. 1908.

[123]) B. D. V. 382. S. 447. Lowther an Grey. 15. 10. 1908. Lübbing vertritt die entgegengesetzte Auffassung: „Am goldenen Horn setzte man allen englischen Machenschaften zum Trotz die direkten Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn fort." S. 28. In dem Dokument B. D. V. 456. S. 502, das hier zum Beweise herangezogen wird, ist aber nichts enthalten, aus dem obiger Schluß gezogen werden könnte. Vielmehr lag die Initiative für weitere Verhandlungen ganz auf der Seite der Oesterreicher. Siehe auch unten S. 31.

[124]) Siehe oben S. 18 f.

aufrechterhalten. In Oesterreich siegte schließlich eine andere Auffassung [125]). Aehrenthal war bereit, Bosnien auf einer Konferenz erwähnen zu lassen. Allerdings machte er die Einschränkung, daß die Annexion auf ihr sanktioniert werden solle, ohne diskutiert zu werden. Der österreichische Außenminister dachte sich den Vorgang so, daß Oesterreich durch direkte Verhandlungen mit der Türkei zu einem Einvernehmen gelangen und dann dieses Abkommen der Konferenz vorlegen solle, um es von den Mächten unter Ausscheidung jeder Diskussion sanktionieren zu lassen.

Grey stand diesem Gedanken nicht ablehnend gegenüber. Eine offizielle Einwirkung auf die Türkei lehnte er aber ab. Dazu zwang ihn schon die Rücksicht auf Rußland. Ueberdies war ungewiß, wie die Türkei einen solchen Vorschlag aufnehmen werde. Jeglichen Druck aber wollte er vermieden wissen, um die jetzige englische Stellung in Konstantinopel nicht aufs Spiel zu setzen [126]). In Oesterreich hatte man auf die englische Vermittlung gerechnet und war über die Ablehnung aufs höchste enttäuscht. Es wurde sogar gegen England der Vorwurf erhoben, sich gegen direkte österreichisch-türkische Verhandlungen zu sperren. Diesen Verdacht wies Grey zurück. Und, wie aus den englischen Akten deutlich hervorgeht, mit Recht [127]). So hat Grey Lowther instruiert, daß die Nachricht von einer österreichisch-türkischen Einigung ihm höchst willkommen sein würde [128]). Auch ein Privatbrief Hardinges an Nicolson [129]), sowie andere zwischen Grey und Lowther ausgetauschten Telegramme zeigen, daß England in Konstantinopel ein Uebereinkommen der Türkei mit Oesterreich

[125]) B. D. V. 369. S. 432. Goschen an Grey. 13. 10. 1908. B. D. V. 384. S. 449. Grey an Goschen. 15. 10. 1908.

[126]) B. D. V. 402. S. 463. Grey an Lowther. 24. 10. 1908. B. D. V. 407. S. 466. Grey an Goschen. 26. 10. 1908. B. D. V. 408. S. 466. Grey nach Berlin. 26. 10. 1908.

[127]) (Oester. Akt. I. 605. S. 471. 755. S. 613.= (G. P. XXVI. 1. 9017. S. 142 und XXVI. 2. 9213. S. 428.) (Schwertfeger Belg. Akt. III. 36. 36. S. 114.) B. D. V. 406. S. 465 und 561. S. 592.

[127]) Ich stehe hier im Gegensatz zu der Auffassung Lübbings S. 27. Nach ihm hat England seinen Einfluß in Konstantinopel mit allen Mitteln aufgeboten, um eine österreichisch-türkische Verständigung zu verhindern. Zeugnisse für diese Auffassung findet er in österreichischen (Oesterr. Akt. I. 605. S. 471. 755. S. 613), deutschen (G. P. XXVI. 1. 9017. S. 142 und XXVI. 2. 9213. S. 428) und belgischen Berichten (Schwertfeger Belg. Akt. III. 36. S. 114). Doch enthalten die Aktenstücke nur Vermutungen, die die Schreiber selbst aus recht unsicheren Quellen haben. So nimmt Tschierschky G. P. 9213 seine Kenntnis über das Abraten Lowthers von direkten Verhandlungen mit Oesterreich in Konstantinopel aus der „Wiener Allgemeinen Zeitung". In den von Lübbing angegebenen englischen Aktenstücken B. D. V. 406. S. 465 und 561. S. 592 finde ich nichts, das seine Behauptung stützen könnte. S. 30 muß Lübbing selbst zugeben, daß die Documents die englische Politik harmloser und sachlicher erscheinen lassen. Ich bin der Auffassung, daß diese, die Anweisung Greys an die englischen Vertreter enthalten, schwerer wiegen, als alle Vermutungen und Gerüchte. Siehe auch unten S. 39. Zudem wäre die große Befriedigung Greys über das spätere österreichisch-türkische Abkommen, siehe unten S. 40, die Lübbing S. 34 ja auch feststellt, nicht recht verständlich.

[128]) B. D. V. 402. S. 463. Grey an Lowther. 24. 10. 1908.

[129]) B. D. V. 414. S. 471. Hardinge an Nicolson. 28. 10. 1908.

wie mit Bulgarien befürwortete. Ebenso bekamen in London der deutsche Botschafter Metternich[130]) und der serbische Vertreter Gruitsch[131]), welch' letzterer ja für solche Dinge ein besonders feines Gefühl haben mußte, diesen Eindruck von der englischen Politik.

Noch ein zweiter Punkt mußte den Widerspruch Oesterreichs hervorrufen. Das waren die in dem Artikel 7 des Konferenzprogrammes geforderten Kompensationen für Serbien und Montenegro. England hatte zusammen mit Frankreich, wie wir bereits sahen[132]), den Artikel 7 so umgestaltet, daß eine offene Forderung nach Gebietsentschädigungen in ihm nicht mehr enthalten war. Damit hatte Grey den Gedanken einer territorialen Kompensation nun aber nicht einfach von sich gewiesen. Ein Gespräch Greys mit dem italienischen Botschafter machte das klar[133]). Als letzterer mit einem österreichischen Protest gegen diese Forderungen rechnete, meinte der Engländer, man könne sich mit diesem Widerspruch befassen, wenn er komme. Der Einspruch kam alsbald. Aehrenthal hatte über die Absichten, die sich hinter der vagen Form des Artikels 7 verbargen, Klarheit erlangt durch eine Mitteilung der Havasagentur, in der, wahrscheinlich auf das Betreiben Iswolskis, die alte Fassung des Artikels mit seinen territorialen Forderungen gegeben war. Er nahm darum die Reise des serbischen Außenministers Milowanowitsch, der sich aufmachte, in London, Paris und Rom für die serbischen Wünsche Propaganda zu machen, zum Anlaß, um in einem Memorandum die Mächte zu warnen, in Serbien trügerische Hoffnungen zu erwecken und damit die Situation zu verschärfen[134]). Grey nahm dazu keine Stellung. Er wartete ab, welches Ergebnis Iswolski in Berlin erzielen werde, wohin sich der russische Minister begeben hatte, um Deutschland zu sondieren[135]).

In der serbischen Kompensationsfrage verhielt sich Grey also abwartend. Mehr aus der Reserve war er in der bosnischen Frage herausgegangen. Hier näherte er sich dem österreichischen Standpunkt unter der Voraussetzung, daß die Türkei dabei ihren Vorteil fand.

B. Iswolskis abwartende Politik.

Iswolski war auf seiner Rückreise nach Rußland inzwischen in Berlin eingetroffen. Er suchte Deutschland für die Gedanken einer Diskussion der Annexion und einer territorialen Entschädigung für Serbien und Montenegro im Rahmen einer Konferenz zu gewinnen. Er hätte mit der deutschen Zustimmung einen Hebel gegen Oesterreich

[130]) Oesterr. Akt. I. 410. S. 312. Tel. Mensdorffs 26. 10. 1908.
[131]) Boghitschewitsch I. 18. S. 19. Gruitsch nach Belgrad. 24. 10. 1908.
[132]) Siehe oben S. 26.
[133]) B. D. V. 395. S. 457 vom 19. 10. 1908.
[134]) B. D. V. 393. S. 455. Goschen an Grey. 19. 10. 1908. Oesterr. Ak. I. 335. S. 259. Weisung Aehrenthals an die österreichischen Vertreter. 19. 10. 1908. Oesterr. Akt. I. 344. S. 265. Tel. Mensdorffs. 20. 10. 1908.
[135]) B. D. V. 373. S. 436. Grey an Lascelles. 13. 10 1908. G. P. XXVI. 1. 9035. S. 163. Tel. Metternichs. 13. 10. 1908.

in der Hand gehabt. In England bekam man den Eindruck, daß Milowanowitsch, der zur selben Zeit wie Iswolski in Berlin weilte, von dem Russen die größte Ermutigung bekam[136]). Indessen endete Iswolskis Aufenthalt mit einem vollen Mißerfolg. In Deutschland hielt man fest zu dem deutsch-österreichischen Bündnis. Man wollte keiner Kompensation das Wort reden, die Oesterreich nicht zu gewähren bereit war, und stellte sich in der bosnischen Frage auf den gleichen Standpunkt wie Aehrenthal: man sah die Annexion als ein indiskutables fait accompli an[137]).

Die Aufnahme dieser deutschen Stellungnahme war in Rußland und England eine verschiedene. Die Russen waren über die unbefriedigende Haltung Deutschlands enttäuscht[138]). Ganz anders war die Auffassung in England; und man nahm in London keinen Anstand, das auch in Petersburg wissen zu lassen[139]). Freilich wollte man Iswolski, der sich in der Meerengenfrage so entgegenkommend erwiesen hatte, in der Frage der Territorialkompensation nicht die kalte Schulter zeigen. Das Versprechen der Hilfeleistung wurde jedoch auf eine diplomatische Unterstützung beschränkt. Grey wollte die Dinge nicht bis zum Konflikt getrieben wissen. Solchen Bescheid bekam auch Milowanowitsch, der, inzwischen in London eingetroffen, die Forderungen Serbiens nach Erlangung eines Gebietsstreifens oder nach der Umformung Bosniens und der Herzegowina zu einer besonderen konstitutionellen Einheit vorgebracht hatte[140]). Dazu traten noch die Wünsche nach einer Eisenbahnverbindung zum Adriatischen Meer, der Abtretung Spizzas an Montenegro und nach Konzessionen in der Donaukommission. Diese Erörterung mit dem serbischen Außenminister hielt England innerhalb des Rahmens einer allgemeinen Besprechung. Sie hatte auf englischer Seite mehr den Charakter einer Information. Man vermied es, sich festzulegen. Denn dazu hätte es zum mindesten einer klaren Kenntnis der russischen Ansichten bedurft. Eine solche war aber nicht zu erlangen.

Nach seinem Mißerfolg in Berlin und im Angesicht der englischen Haltung waren Iswolski Zweifel gekommen, ob er mit der Forderung nach territorialer Kompensation werde durchdringen können[141]). Er beschäftigte sich mit dem Gedanken, durch Aufgabe dieser Forderung wenigstens andere Vorteile für Serbien und Montenegro zu erreichen. Denn einen Krieg für die Territorialkompensationen

---

[136]) B. D. V. 405. S. 465. Whitehead an Grey. 26. 10. 1908. Das war auch tatsächlich der Fall: Boghitschewitsch I. 19. S. 21. Bericht Milowanowitschs aus Berlin. 25. 10. 1908.

[137]) G. P. XXVI. 1. 9066. S. 209. Tel. Bülows nach Wien. 25. 10. 1908. B. D. V. 410. S. 469. Tel. aus Berlin an Grey. 27. 10. 1908.

[138]) B. D. V. 410 Vermerke. 411. S. 469. Grey an Nicolson. 27. 10. 1908.

[139]) B. D. V. 416. S. 473. Grey an Nicolson. 29. 10. 1908.

[140]) B. D. V. 417. S. 473. Tel. Greys nach Berlin. 29. 10. 1908. Boghitschewitsch I. 20—22. S. 22 ff. Drei Berichte Milowanowitschs aus London vom 28. und 29. 10. 1908.

[141]) Boghitschewitsch I. 24. S. 25. Aufzeichnung Paschitschs in Petersburg über seine erste Besprechung mit Iswolski. 29. 10. 1908.

zu führen, das, so sah er ein, konnte und wollte Rußland nicht. Der Gedanke des Russen stieß aber bei Paschitsch, der zur Vertretung der serbischen Interessen in Petersburg weilte, auf völlige Ablehnung. Der Serbe hielt es für wertvoller für Serbien, wenn Rußland durch Nichtanerkennen der Annexion die Frage offen hielte, als wenn es für Serbien andere Kompensationen herausschlüge. Gegenüber dem russischen Zweifel an der Möglichkeit, eine Gebietsentschädigung durchzusetzen, wies er darauf hin, daß Rußland neben der Türkei und Serbien drei Großmächte, England, Frankreich und Italien, auf seiner Seite habe. Zugleich reizte er die russische Empfindlichkeit durch die Bemerkung, daß bei einem Zurückweichen Oesterreich alle anderen Mächte besiegt habe. Die Argumente Paschitschs blieben nicht ohne Wirkung. Iswolski machte sich den Gedanken zu eigen, die Annexionsfrage offen zu lassen und den Gedanken der territorialen Entschädigung Serbiens nicht aufzugeben. Den Engländern wurde deshalb auf ihr Bemühen, Klarheit zu gewinnen, von Iswolski nur der Bescheid, daß die Sache eine sehr verwirrende sei und er seinen Weg noch nicht klar sehe. Iswolski wies darauf hin, daß er zunächst einmal Zeit dadurch gewonnen habe, daß er die Serben zur Ruhe gebracht und von Paschitsch die Versicherung erhalten habe, daß Serbien sich so lange ruhig verhalten würde, als die Annexion nicht durch die europäischen Mächte sanktioniert worden sei [142]).

Die russische Absicht, die Annexionsfrage mit Rücksicht auf die serbische Kompensationsfrage offen zu lassen, wurde von englischer Seite sofort erkannt und getadelt. Grey hatte bereits Milowanowitsch in London vor einer solchen Politik gewarnt [143]). Und jetzt machte Nicolson Iswolski darauf aufmerksam, daß ein Hinauszögern der Lösung die Gefahr mit sich bringe, daß Serbien sich in seiner Haltung durch die Aeußerungen der russischen Duma, der Presse und der Oeffentlichkeit ermutigt fühlen könne [144]). Der Engländer ging soweit zu erklären, daß England jede Lösung begrüßen werde, gleichgültig, ob durch eine Konferenz oder durch irgendwelche anderen Mittel. Er trat damit direkt der Ansicht des russischen Außenministers entgegen, der die österreichische, auch von Deutschland vertretene Meinung, daß die Annexion als ein fait accompli auf der Konferenz nicht diskutierbar sein solle, als eine unmögliche Stellungnahme bezeichnete.

Die Lage war nach der Rückkehr Iswolskis nach Petersburg folgende. England will Rußland in der Frage der territorialen Kompensationen Serbiens und Montenegros seine diplomatische Unterstürzung gewähren. Sehr gern tut es das nicht; aber es will sich Iswolski für sein Nachgeben in der Meerengenfrage erkenntlich zeigen. Bis zu einem Konflikt wird die englische Unterstützung jedoch nicht gehen. Einen solchen sieht man aber in England möglicherweise, durch Serbien hervorgerufen, kommen, falls die Lösung der Krise

[142]) B. D. V. 418. 421. S. 474 f. Zwei Berichte Nicolsons an Grey vom 30. und 31. 10. 1908.
[143]) B. D. V. 416. S. 473. Grey an Nicolson. 29. 10. 1908.
[144]) B. D. V. 418. 421. S. 474 f.

hinausgeschoben werde. Die Engländer sind deshalb mit der von Rußland geplanten Politik, die Annexionsfrage offen zu lassen, um damit für die serbische Kompensationsfrage gegen das sich sträubende Oesterreich ein Druckmittel in der Hand zu haben, nicht einverstanden. Nicolson macht den Russen sogar klar, daß es neben einer Konferenz auch noch andere Lösungswege gebe, deren Betreten man sogar begrüßen wird, wenn sie Erfolg versprechen. Er hat Iswolski auch den Aehrenthalschen Gedanken direkter österreichisch-türkischer Verhandlungen angedeutet, der der Ermöglichung einer Diskussion wenig Chancen bot.

England hatte dem russischen Konferenzprogramm seine Zustimmung gegeben. Während der Verhandlungen über seine allgemeine Anerkennung wurde es jedoch klar, daß man trotzdem in London nicht gewillt war, sich von Rußland ins Schlepptau nehmen zu lassen [145]).

Nach seinem Berliner Besuch mußte Iswolski nunmehr, ohne daß er eine günstige Haltung Deutschlands zu seinen Plänen hatte erreichen können, an Wien herantreten. Am 30. Oktober teilte er den Programmentwurf in Wien mit [146]). Zugleich nahm er gegen die österreichische Auffassung von der Annexion als einem indiskutablen fait accompli Stellung, und brachte den Wunsch nach territorialen Kompensationen für Serbien und Montenegro vor. Mit einer entgegenkommenden Haltung Oesterreichs zu diesen Vorschlägen konnte der Russe nicht rechnen. Doch hielt er an ihnen fest; denn dadurch wurde es ihm vielleicht möglich, einen Zeitpunkt abzuwarten, an dem eine günstige Lösung möglich sein konnte. Oesterreich sollte durch das Warten mürbe und durch den weiteren Verlauf der Ereignisse zum Nachgeben bewogen werden.

Zu einem Ereignis dieser Art konnte die sich anbahnende Bildung eines Balkanbundes werden, die im Bereich der Möglichkeit zu liegen schien und dessen Werden von Iswolski mit Interesse verfolgt wurde.

Die Türkei verhielt sich gegenüber dem österreichischen Drängen um die Zustimmung zur Annexion ablehnend [147]), weil einmal die Oesterreicher nichts boten [148]) und zum anderen die Türken für ihre Verhandlungen mit Bulgarien keinen Präcedenzfall schaffen wollten. Sie verlangten von Oesterreich Entschädigungen. In diesem Wunsche

---

[145]) Lübbing ist anderer Ansicht: „Die gesamte englische Politik in der bosnischen Kriese ist durch ein ängstliches Werben um Rußland charakterisiert, daneben erst trat die Sorge um die Wahrung der Interessen am Goldenen Horn." S. 21. Schon die Londoner Verhandlungen ließen das ängstliche Werben vermissen. Lübbing selbst spricht hier von einer vollkommenen diplomatischen Niederlage Iswolskis. S. 24. Ich hoffe, daß auch im Folgenden klar wird, daß England nicht „ängstlich" um Rußland warb.

[146]) Oesterr. Akt. I. 462. S. 355. Tel. Berchtolds aus Petersburg. 30. 10. 1908.

[147]) Siehe oben S. 26.

[148]) B. D. V. 384. S. 449. Grey an Goschen. 15. 10. 1908.

trafen sie sich mit den Serben. Die erste Annäherung an diese hatte stattgefunden, als Serbien und Montenegro durch die Erklärung, daß ihre Kompensationen nicht auf Kosten der Türkei gehen sollten, die Türken von jeder Befürchtung in dieser Hinsicht befreiten [149]). An diese Erklärung der beiden slawischen Staaten schloß sich alsbald ein Meinungsaustausch über ein Bündnis der Türkei mit den beiden Ländern an, zu dem man eventuell noch Bulgarien und Griechenland hinzuzugewinnen hoffte. Es wurde ein Offensiv- und Defensivbündnis geplant [150]). Deutlich zeigte sich die antiösterreichische Tendenz der geplanten Kombination. Doch um nicht übereilt in einen Krieg gerissen zu werden, in dem sie vielleicht für die Bundesgenossen die Kastanien aus dem Feuer zu holen genötigt waren, stellten die Türken die Bedingung, daß Serbien und Montenegro nur mit Zustimmung der Türkei Krieg führen dürften. Zunächst schien man wirklich zum Ziel kommen zu können. Drei serbischen Verbesserungsvorschlägen zu dem Zwecke, in der Frage der Kriegserklärung die Gegenseitigkeit herzustellen, den Vertrag auf Europa zu beschränken und die Lösung der bosnischen Frage von einer vorherigen Verständigung untereinander abhängig zu machen, schienen die Türken, die am 2. November den Gedanken der Uebernahme von Staatsschulden durch Oesterreich als Entschädigung für die Annexion in die Debatte geworfen und von Wien hierbei eine Ablehnung erfahren hatten [151]), bereits zustimmen zu wollen [152]). Da trat eine Wendung ein, die einen Balkanbund unmöglich machte.

Der ursprüngliche Gedanke war gewesen, alle Balkanstaaten, also vor allem auch Bulgarien, in das Bündnis aufzunehmen [153]). England hatte ihm mit Sympathie gegenübergestanden und ihn auch zu fördern gesucht [154]). Versprach es sich doch von dem Bündnis die Erschwerung oder sogar die völlige Beseitigung der Gefahr des Vordringens einer Großmacht auf dem Balkan. Nicht nur Oesterreich [155]), sondern auch Rußland gegenüber konnte der Balkanbund zu einer Barriere werden. Vielleicht hat bei den Engländern der Gedanke eine Rolle gespielt, mit dieser Behinderung der russischen Balkanpolitik auch ein erneutes Anschneiden der Meerengenfrage zu erschweren. Bei aller Sympathie war aber von Grey stets die Forderung aufrechterhalten worden, daß eine solche Konvention de-

[149]) Boghitschewitsch I. 24. S. 25. Der Bericht Paschitschs über seine erste Besprechung mit Iswolski. 29. 10. 1908.

[150]) B. D. V. 404. 405. S. 464 f. Zwei Berichte vom 26. 10. 1908 aus Konstantinopel und Belgrad.

[151]) Oesterr. Akt. I. 482. S. 369. Tel. Pallavicinis, des österreichischen Botschafters in Konstantinopel. 2. 11. 1908.

[152]) B. D. V. 440. S. 492. Whitehead an Grey 10. 11. 1908.

[153]) B. D. V. 404. 405. S. 464 f.

[154]) B. D. V. 432. S. 487. Lowther an Grey. 6. 11. 1908. Nach Lübbing S. 35 hat es den Anschein, als ob der Gedanke des Balkanbundes von England angeregt worden sei. Das war nicht der Fall. Vielmehr ist der Anlaß zur Erörterung dieses Gedankens von Serbien und der Türkei gegeben worden. England hat dann den Plan zu fördern gesucht.

[155]) B. D. V. 427. S. 482. Buchanan an Grey. 4. 11. 1908 und Anmerkung.

fensiver Natur sein müsse[156]). Dieser von England geförderten Idee eines Bündnisses aller Balkanstaaten gegenüber zeigte sich jetzt, daß die Gegensätze der beteiligten Staaten untereinander zu groß waren.

Für Serbien standen in der bosnischen Frage nationale Belange auf dem Spiele. Es war also bereit, in dieser Frage auch Gefahren, die sich aus dem feindlichen Auftreten gegen Oesterreich ergeben mußten, auf sich zu nehmen. Nicht so die Türkei. Sie hatte nur ihr Prestige zu wahren und einige Vorteile, möglichst finanzieller Art, herauszuholen. Für sie blieben, wenn der Weg eines Bündnisses mit Serbien sich als wenig aussichtsreich und dabei gewagt erwies, immer noch andere Möglichkeiten. Und die Türken mußten bald einsehen, daß es nicht ratsam war, ihre Forderungen mit denen der Serben zu verbinden. Denn das Verlangen nach Autonomie oder Gebietsentschädigung, die zu unterstützen die Türkei durch den Abschluß der Konvention sich verpflichtete, mußte beide Staaten in scharfen Gegensatz zu Oesterreich bringen. Dann aber war ein Erfolg nur möglich mit stärkster englischer und russischer Unterstützung. Diese war aber nicht zu bekommen. England wollte die Lage nicht noch verwickelter gestalten. Man kannte ja den Widerstand Oesterreichs gegen jeden Plan, der den neuen Besitz Bosniens anzutasten drohte. Um der serbischen Wünsche willen aber gedachte man sich nicht in eine europäische Krise zu stürzen. Um eine solche zu vermeiden, rieten die Engländer ja vielmehr den Türken zu einem direkten Abkommen mit Oesterreich. Von englischer Seite hatten die Türken also wohl Unterstützung für eine rein defensive Konvention zu erwarten, nicht aber für die geplante, bei der die serbischen Territorialforderungen eine grundlegende Rolle spielten. Und ebenso bekam man in Konstantinopel den Eindruck, daß auf positive russische Hilfe gegen Oesterreich nicht zu rechnen war[157]). Angesichts dieser Lage hielt man es in der Türkei wohl für zu gefährlich, sich mit den unruhigen Serben zu verbinden. Es wurde deshalb von ihr die Bereitwilligkeit zur Hilfeleistung eingeschränkt[158]). Dann aber wurde auch versucht, dem Bündnis, wenn es noch zustande kommen sollte, eine Richtung statt gegen Oesterreich, gegen Bulgarien zu geben.

Denn gerade in diesem Zeitpunkt, Anfang November, war die Türkei mit Bulgarien in stärkste Spannungen durch den Streit über die Höhe des Betrages geraten, der als Entschädigung für die Tributzahlungen gedacht war, die durch die Unabhängigkeitserklärung hinfällig wurden[159]). Die übertriebenen Forderungen der Türken hatten zur bulgarischen Weigerung, und türkischerseits wiederum zu Rüstungen geführt[160]). England hatte sich deshalb schon ver-

[156]) B. D. V. 447. 468. S. 498 u. 514. Grey an Whitehead. 14. 11. u. 1. 12. 1908. B. D. V. 451. S. 500. Grey nach Montenogro. 17. 11. 1908.
[157]) B. D. V. 432. S. 487. Lowther an Grey. 6. 11. 1908.
[158]) B. D. V. 443. 455. 462. S. 496. 502 u. 506. Whitehead an Grey vom 13., 20. und 25. 11. 1908.
[159]) B. D. V. 414. S. 471. Hardinge an Nicolson. 28. 10. 1908.
[160]) Oesterr. Akt. I. 511. S. 386. Tel. aus Sofia. 5. 11. 1908.

anlaßt gesehen, in Konstantinopel zugunsten der Bulgaren Vorstellungen zu erheben[161]). Dieser bulgarisch-türkische Gegensatz machte es den Türken wünschenswert, sich Serbiens zu versichern. Aber Serbien hatte kein Interesse, sich gegen Bulgarien für türkische Belange vorschieben zu lassen. Der Gedanke des Zusammenschlusses der Balkanstaaten wurde so zur Utopie, weil jeder dabei einen anderen Zweck im Auge hatte. Alle englischen Vorstellungen bei den Türken, sich mit Bulgarien zu einigen, um es zum Bundesgenossen zu gewinnen, blieben erfolglos. Und ebenso brachten die Pourparlers zwischen der Türkei und Serbien kein Ergebnis. Sie wurden, besonders von serbischer Seite, zwar noch weiter fortgesetzt in der Hoffnung, doch noch zu einem Ergebnis zu gelangen, und von der Türkei auch nicht abgebrochen. Die Türken verschoben sie jedoch mit dem Hinweis auf serbische Indiskretionen gegenüber den Engländern. Ein fadenscheiniger Grund! Hatten doch die Türken ihrerseits England ebenso ins Vertrauen gezogen. Anfang Dezember schließlich versandeten die Verhandlungen völlig, weil die jetzigen türkischen Regierungsmitglieder der nach den Wahlen zu erwartenden neuen Regierung die Entscheidung überlassen wollten.

Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen konnte aber nicht mehr erwartet werden. Denn Mitte November hatte die Türkei den englischen Ratschlägen Folge geleistet und die Bereitwilligkeit ausgesprochen, das Konferenzprogramm anzunehmen[162]). Nur einzelne Vorbehalte wurden von ihr gemacht, deren wichtigster war, daß die im Artikel 7 des Programmes für Serbien und Montenegro vorgesehenen avantages nicht auf ihre Kosten gehen dürften. England ging, allen ihren Wünschen entgegenkommend, sofort daran, bei den übrigen Mächten sich für die türkischen Vorbehalte einzusetzen. Am 19. November teilte die Türkei in einem Zirkular den Mächten ihre Stellungnahme mit. Die Türkei war mit diesem Entschluß englischen Ratschlägen gefolgt. Damit schloß sich für sie in der bosnischen Frage eine intransigente Haltung aus. Eine solche aber war die Voraussetzung für die geplante türkisch-serbische Konvention gewesen, der somit die Basis entzogen worden war.

Ein Balkanbund war nicht zustande gekommen. Die Hoffnung Iswolskis, hier einen Faktor zu gewinnen, der dazu dienen konnte, Oesterreich Ungelegenheiten zu bereiten und es mürbe zu machen, war für den Augenblick zunichte geworden. Das war nicht zum wenigsten durch die Haltung Englands geschehen. Freilich hatte dabei nicht die Absicht vorgelegen, die russische Politik zu durchkreuzen. Vielmehr hatte England nur verhindern wollen, daß durch den Abschluß eines offensiven Bündnisses ein neues Moment der Unruhe entstand. Darin hatte es nur zu sehr recht. Schon die Aussicht auf das Bündnis zusammen mit der Hoffnung auf russische

[161]) B. D. V. 433. Vermerke. S. 488.

[162]) B. D. V. 446. 454. S. 497 u. 502. Grey an Lowther vom 14. u. 19. 11. 1908. B. D. V. 456. S. 502. Grey an Bertie. 20. 11. 1908. Das muß gegenüber Lübbing, S. 32, festgestellt werden, der nichts von einer türkischen Zustimmung zum Konferenzprogramm weiß.

Hilfe hatten die Auswirkung gehabt, die Serben in ihrem Auftreten gegen Oesterreich zu ermutigen. Dauernde Unruhe war die Folge gewesen.

———

Iswolski spielte also ein gefährliches Spiel, dem zudem seine eigenen Nerven nicht gewachsen sein sollten. Nachrichten von den Absichten einer Kriegspartei in Wien, deren Ermutigung er durch einen Besuch Kaiser Wilhelms II. bei dem österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand, der dann vom 4. bis 7. November stattfand, befürchtete, sowie Gerüchte über einen österreichisch-bulgarischen Vertrag über die Teilung Serbiens, den Buchanan übrigens für nicht wahrscheinlich erklärte, versetzten den russischen Minister in die größte Unruhe[163]). Als darum Italien auf Grund ähnlicher Gerüchte über kriegerische Absichten Oesterreichs vorschlug[164]), in Belgrad vor jeglicher Provokation zu warnen, wurde diese Anregung von Rußland aufs eifrigste aufgenommen[165]). Zusammen mit Italien, England, Frankreich und Deutschland unternahm es die Démarche vom 2. November in Belgrad[166]). Iswolski ließ beeinders eindringlich warnen und darauf hinweisen, daß Rußland jetzt nicht in der Lage sei, einen Krieg zu führen[167]). Serbien sicherte bis zum Zusammentreten einer Konferenz ruhiges Verhalten zu; beschwerte sich jedoch auch seinerseits über österreichische Rüstungen[168]).

Mit dieser Warnung vor Provokationen trat in Iswolskis Haltung aber keine Aenderung ein. Er gab seine Politik des Wartens und Offenlassens nicht auf, auch nicht, als seine Hoffnung auf den Balkanbund sich als trügerisch erwiesen hatte. Um das klar zu erkennen, müssen wir den österreichisch-russischen Meinungsaustausch weiter verfolgen, der, wie wir oben sahen, mit der Mitteilung des Programmentwurfes durch Rußland zusammen mit dem Vorbringen der russischen Wünsche begann, die auf eine Diskussion der Annexion und auf eine territoriale Kompensation für Serbien und Montenegro hinzielten.

Es wurde alsbald klar, daß in Wien für Iswolskis Wünsche kein Entgegenkommen zu finden sein würde. Mit dem österreichischen Widerspruch gegen die Zumutung territorialer Kompensationen war von allem Anfang an gerechnet worden. Aber was man über die ablehnende Haltung Oesterreichs schon gegenüber einer Diskussion der

---

[163]) B. D. V. 418. 421. S. 474 f. Nicolson an Grey vom 30. und 31. 10. 1908. Benckendorff-Siebert I. 6. S. 17. Schreiben Iswolskis an Nelidow in Paris vom 5. 11. 1908.

[164]) B. D. V. 419. 420. S. 475.

[165]) B. D. V. 422. 424. S. 478 f.

[166]) B. D. V. 426. S. 481. Grey an Goschen. 4. 11. 1908. G. P. XXVI. 1. 9109. S. 267. Tel. aus Belgrad. 3. 11. 1908. Oesterr. Akt. I. 478. S. 367, Aehrenthal nach Konstantinopel. 1. 11. 1908.

[167]) Boghitschewitsch I. 27. S. 33. Tel. Paschitschs aus Petersburg. 2. 11. 1908.

[168]) B. D. V. 426. S. 481 Grey an Goschen. 4. 11. 1908. Boghitschewitsch I 28. S. 33. Tel. Gruitschs. 3. 11. 1908.

bosnischen Frage hörte, klang so kategorisch, daß der englische Botschafter in Wien, Goschen, nur besorgt hoffen konnte, daß Iswolski in seiner geplanten Dumarede, in der er seine Politik darzulegen beabsichtigte, nicht verlauten lassen möge, daß er auf einer Konferenz das Vorgehen Aehrenthals kritisieren oder tadeln wolle[169]). Aehrenthals Antwort vom 16. November[170]) bedeutete dann auch eine völlige Ablehnung des russischen Standpunktes; sie wies umgekehrt Iswolski auf den österreichischen Lösungsgedanken direkter Verhandlungen mit der Türkei hin. Die russische Entgegnung vom 22. November[171]) beschränkte sich nur auf die bosnische Frage. Iswolski bestand auf einer Diskussion. Den Artikel 25 des Berliner Vertrages wollte er durch eine andere Klausel ersetzt sehen. Die Entscheidung über die avantages für Serbien und Montenegro wollte er auf einer Konferenz erledigt wissen. Nicolson sah sich auf Grund dieser Antwort veranlaßt, Iswolski auf die Gefahren eines impasse aufmerksam zu machen[172]). Unter den Mächten verbreitete sich ganz allgemein der Eindruck, daß Rußland seine Politik dahin festgelegt hatte, die Entscheidung hinauszuschieben und abzuwarten[173]).

Wie zwischen Rußland und Oesterreich sich die serbische Kompensationsfrage und die Annexionsfrage festgefahren hatten, so war dasselbe in den Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien über die Anerkennung der Unabhängigkeit und die Ablösung der Tributzahlungen geschehen. Und ebenso war man einem österreichisch-türkischen Abkommen als Vorstufe einer endgültigen Lösung noch um keinen Schritt näher gekommen. Gewiß, durch die Aufgabe des Gedankens eines Bündnisses mit Serbien, und durch die Annahme des Konferenzprogrammes durch die Türkei war die Bahn für ein Abkommen mit Oesterreich freier geworden. Doch standen ihm noch große Hindernisse entgegen. Aehrenthal wollte nichts von einer finanziellen Entschädigung wissen. Nur zu Zugeständnissen hauptsächlich wirtschaftlicher Art hatte er, veranlaßt durch die Verluste des türkischen Boykottes, sich bereit erklärt[174]). Doch war für ihn das Aufhören des Boykottes eine conditio sine qua non für weitere Verhandlungen[175]). Damit war aber zunächst nicht zu rechnen. So war auch in dieser Frage ein Uebereinkommen vorläufig nicht möglich.

---

[169]) B. D. V. 428. 430. S. 483 f. Zwei Berichte Goschens vom 5. 11. 1908.

[170]) Oesterr. Akt. I. 576. S. 442. Erlaß Aehrenthals nach Petersburg. 14. 11. 1908. Oesterr. Akt. I. 589. S. 456. Tel. Berchtolds aus Petersburg. 16. 11. 1908.

[171]) Oesterr. Akt. I. 626, Beilage. S. 488. Aide-mémoire Iswolskis. 22. 11. 1908.

[172]) B. D. V. 457. S. 503. Nicolson an Grey. 22. 11. 1908.

[173]) B. D. V. 461. S. 506. Aehrenthal stellte den geringen Eifer Rußlands bei den Verhandlungen fest. Ebenso bekam Pourtalès G. P. XXVI. 1. 9131. S. 291 den Eindruck, daß man in Rußland darauf hinarbeitet, die Konferenz scheitern und die Annexion offen zu lassen. Auch Nicolson glaubte B. D. V. 467. S. 513, daß Iswolski damit rechnete, daß sein Konferenzgedanke durchfallen werde, was letzterer mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht einmal ungern sehen würde.

[174]) B. D. V. 450. S. 499. Grey an Carnegie in Wien. 16. 11. 1908.

[175]) B. D. V. 458. S. 504. Lowther an Grey. 23. 11. 1908.

Von österreichischer Seite hörte bald jedes Entgegenkommen auf. Die bei Annahme des Konferenzprogrammes von der Türkei geforderten Zusicherungen, daß die serbischen Kompensationen nicht auf ihre Kosten gehen sollten, wurden von Aehrenthal nicht gegeben [176]).

Auch das österreichisch-serbische Verhältnis blieb eine dauernde Quelle der Beunruhigung. Zunächst freilich schienen die Vorstellungen der Mächte vom 2. November in Belgrad Eindruck gemacht zu haben. Die russische Mitteilung, keinen Krieg im gegenwärtigen Zeitpunkt führen zu können, hatte die Serben wohl vorsichtiger gemacht. Jedenfalls bat Serbien die Vertreter Englands, Rußlands, Frankreichs und Italiens, die es am 6. November zu einer „intime conférence" lud, darum zu präzisieren, was als Provokation angesehen werde [177]). Die Mächte gingen darauf ein [178]). Sie taten das um so eher, als Oesterreich erneut darauf drang, die Serben ihrer Rüstungen wegen zu mahnen [179]). Iswolski argwöhnte hier sofort wieder einen Vorwand, um Serbien angreifen zu können. Am 18. November erfolgte dann ein nochmalige Démarche der Vertreter der Mächte in Belgrad [180]). Sie sprachen sich für das Zurückziehen der Truppen von der Grenze und gegen die Bandenbildung aus. Anerkannt wurde das Aufhören des Boykottes, der Demonstrationen und der Zeitungsprovokationen.

Die Ruhe an der österreichisch-serbischen Grenze war jedoch damit nicht hergestellt. Die Serben beklagten sich bald wieder über österreichische Rüstungen [181]), die Oesterreich zwar als geringfügig hinstellte, den Engländern indessen doch größeren Stiles zu sein schienen [182]). Auch schufen scharfe Worten Aehrenthals einige Besorgnisse [183]). Dem Wunsche der Serben nach Vorstellungen in Wien kamen sie freilich nicht nach [184]). Die Befürchtung blieb bestehen, daß von hier aus eine Erschütterung des europäischen Friedens ausgehen könne [185]).

Die Lage war somit völlig festgefahren. Den Russen konnte das freilich bei ihrer Politik des Abwartens und Offenlassens nur angenehm sein. Anders dachte man darüber in England. Hier fürchtete man bei Hinauszögern einer Lösung den Ausbruch eines Krieges. Von englischer Seite setzten deshalb Bemühungen ein, einen Ausweg zu finden [186]). Grey regte bei Mensdorff an, man solle nicht prin-

[176]) B. D. V. 461. S. 506. Carnegie an Grey. 25. 11. 1908.
[177]) B. D. V. 431. S. 486. Whitehead an Grey. 6. 11. 1908.
[178]) B. D. V. 434. S. 488. 435. S. 489. 444. S. 497. 448. S. 498. Oesterr. Akt. I. 580—82. S. 447 ff. Berichte Forgách's aus Belgrad vom 15. u. 16. 11. 1908.
[179]) B. D. V. 437. 438. S. 491.
[180]) Oesterr. Akt. 595. 596. S. 459. Berichte Forgách's vom 18. 11. 1908.
[181]) B. D. V. 471. S. 516. Grey an Bertie. 2. 12. 1908.
[182]) B. D. V. 479 und Anlage. 480. S. 521 f. Zwei Schreiben Greys vom 7. 12. 1908 an Nicolson und Carnegie.
[183]) B. D. V. 483. 484. S. 526 f. Cartwright an Grey. 11. 12. 1908.
[184]) B. D. V. 474. S. 517. Grey an Bertie. 4. 12. 1908.
[185]) B. D. V. 486. S. 531. Nicolson an Grey. 15. 12. 1908.
[186]) Oesterr. Akt. I. 661 ff. S. 518 ff. Berichte Mensdorffs vom 27. 11. 1908.

zipiell eine Diskussion ausschließen, sondern sich vertraulich darüber einigen, daß nichts gesagt werde. Und Hardinge schlug eine Einigung über das vor, was gesagt werden dürfe. Die Anregungen verfehlten ihre Wirkung auf Aehrenthal nicht. Am 8. Dezember machte er Iswolski im Verfolg weiterer Verhandlungen den Vorschlag, sich für jeden Programmpunkt auf ein Meritum zu einigen, das für die Annexionsfrage eine Limitierung der Diskussion bedeuten sollte[187]). Iswolski stimmte am 17. Dezember dem Vorschlage Aehrenthals zu. Die weiteren Verhandlungen aber wollte er nunmehr im Kreise aller Mächte geführt wissen, denen er das Ergebnis des österreichisch-russischen Meinungsaustausches durch Mitteilung der gewechselten Noten vorlegte[188]). In England war man mit dem vorgeschlagenen modus procedendi einverstanden[189]). Man schien einen Schritt vorwärtsgekommen zu sein. Da machte eine neue österreichisch-russische Verstimmung jedes Weiterkommen unmöglich. Iswolski war empört über Aehrenthal, der seinerseits die Mächte vom Gang der russisch-österreichischen Verhandlungen unterrichtet hatte, dabei aber russische Memoranden mitgeteilt hatte, die auf frühere österreichisch-russische Verhandlungen über Bosnien Bezug nahmen[190]).

Es muß freilich bezweifelt werden, ob man bei Nichteintreten dieser Verstimmung zum Ziele gelangt wäre. Denn in einer zugleich mit der russischen Antwort auf Aehrenthals Vorschlag bekanntgegebenen Zirkulardepesche Iswolskis an die russischen Auslandsvertreter befand sich wieder ein Passus, der auf die Notwendigkeit hinwies, den Artikel 25 des Berliner Vertrages durch eine Bestimmung zu ersetzen, die in genauer Weise die neue Lage Bosniens und der Herzegowina definiere[191]). Aehrenthal suchte sofort jede Unklarheit auszuschalten und bemerkte dazu, daß unter der neuen Lage nur die durch die Annexion geschaffene verstanden werden könne[192]). Er fand damit die sofortige Zustimmung Hardinges[193]). In Rußland schwieg man dazu. Es ist auf Grund der späteren Entwicklung der Dinge zweifelhaft, ob Iswolski seine Zustimmung gegeben hätte.

C. Die österreichisch-türkischen Verhandlungen.

Mehr Erfolg hatten die englischen Bemühungen, zwischen der Türkei und Oesterreich ein Abkommen zustande zu bringen. In

[187]) B. D. V. 491. S. 541. Oesterreichisches Aide-mémoire vom 8. 12. 1908.

[188]) B. D. V. 488. S. 532. Eine Mitteilung der russischen Botschaft vom 23. 12. 1908.

[189]) B. D. V. 495. S. 544. Grey an Benckendorff. 30. 12. 1908.

[190]) B. D. V. 494. S 544. Nicolson an Grey. 30. 12. 1908. Oesterr. Akt. I. 820. S. 677. Tel. aus Petersburg. 30. 12. 1908.

[191]) Oesterr. Akt. I. 780. S. 643. Erlaß Iswolskis an die russischen Vertretungen. 19. 12. 1908.

[192]) Oesterr. Akt. I. 793. S. 659. Aehrenthal an den russischen Geschäftsträger. 24. 12. 1908.

[193]) Oesterr. Akt. I. 815. S. 671. Tel. aus London. 29. 12. 1908.

England wurde bedauert, daß Aehrenthal sich nicht zu einem finanziellen Angebot entschließen konnte. Denn man hielt es für den einzigen Schritt, der geeignet war, die Verhandlungen vorwärts zu bringen. Auch stellte es ja das einzig wirkliche direkt mögliche Entgegenkommen Oesterreichs dar, da jede andere Kompensation erst wieder von der Zustimmung der Mächte abhängig war[194]). In Frankreich herrschte die gleiche Anschauung. Der neue englische Botschafter für Wien, Cartwright, benutzte das und verabredete in Paris mit Clemenceau gemeinsames Arbeiten zu diesem Ziele. Die augenblickliche Lage schien geeignet zu sein. In Frankreich glaubte man Anzeichen dafür zu haben, daß Deutschland Oesterreich im Stich lassen könne, wenn dieses weiter bei seiner starren Haltung bliebe. Hierein setzte Grey freilich Zweifel. Immerhin erfuhr er alsbald von Cartwright, daß der deutsche Botschafter in Wien die Absicht habe, Aehrenthal zu einem Geldangebot zu raten[195]). Deutschland schien dem englischen Botschafter überhaupt auf dem Umweg über Frankreich Oesterreich zu einer Aenderung seiner Haltung veranlassen zu wollen. Auch P. Cambon und Goschen in Berlin bekamen den Eindruck, daß man in Deutschland gern einen Druck auf Oesterreich in der Frage der türkischen Verhandlungen ausgeübt sehen würde[196]). Aus den österreichischen Akten geht hervor, daß Deutschland damals tatsächlich schonend Ratschläge gegeben hatte[197]).

England ließ es seinerseits an Drängen nicht fehlen. Grey setzte bei Mensdorff[198]) und Cartwright bei Aehrenthal[199]) mit seinen Bemühungen ein. Noch am 10. Dezember lehnte Aehrenthal den Gedanken einer Geldentschädigung ab mit der Bemerkung, daß er dann eine Gegenrechnung über die österreichischen Ausgaben für Bosnien aufstellen werde. Der von Cartwright erneut aufgeworfene Gedanke einer garantierten Anleihe wurde von Aehrenthal sympathischer aufgenommen, konnte indessen nicht den Beifall Greys finden, da dieser Gedanke bereits von der Türkei abgelehnt worden war und er ihn deshalb nicht wiederholt wissen wollte[200]). Die aus London, Paris und Berlin erfolgenden Ratschläge taten schließlich ihre Wirkung. Sobald Grey Anzeichen davon hatte, hielt er sich zurück, um Aehrenthal Zeit zu lassen, den Widerstand Ungarns gegen diese Vorgangsweise zu überwinden[201]). Am 9. Januar 1909 erfolgte dann schließlich ein österreichisches finanzielles Angebot an die Türkei, das von dieser alsbald akzeptiert wurde. Es war

---

194) B. D. V. 475. S. 517. Memorandum Cartwrights vom 4. 12. 1908. über seine Unterredung mit Clemenceau und Pichon. B. D. V. 476. S. 520. Hardinge an Nicolson. 6. 12. 1908.

195) B. D. V. 497. S. 546. Cartwright an Grey. 31. 12. 1908.

196) B. D. V. 506. S. 557. Bertie an Grey. 7. 1. 1909. B. D. VI. 108. S. 169. Goschen an Grey. 10. 12. 1908. B. D. VI. 109. S. 171. Goschen an Hardinge. 11. 12. 1908.

197) Oesterr. Akt. I. 752. S. 606. Bericht aus Berlin. 16. 12. 1908.

198) B. D. V. 480. S. 522. Grey an Carnegie. 7. 12. 1908.

199) B. D. V. 483. 484. S. 526 f. Cartwright an Grey. 11. 12. 1908.

200) B. D. V. 485. S. 530. Cartwright an Grey. 14. 12. 1908.

201) B. D. V. 504. S. 555. Cartwright an Grey. 6. 1. 1909. B. D. V. 506. S. 557 und Vermerk Greys.

in die Form einer Ablösung des Vakufs gekleidet. Oesterreich bot neben einigen anderen kleinen Vorteilen eine Summe von 2 1/2 Millionen türkischen Pfunden [202]).

In England wurde die Nachricht von dem österreichischen Angebot mit Erleichterung aufgenommen [203]). Anders mußte diese Nachricht auf Iswolski wirken. Oesterreich wurde eines Druckes ledig. Die Politik des Abwartens hatte einen Schlag erlitten. Iswolski befürchtete, daß Oesterreich nun noch weniger bereit sein würde, Serbien und Montenegro entgegenzukommen [204]). Dabei war der Urheber dieser Niederlage in nicht geringem Grade England. In Rußland sah man dessen Annäherung an Oesterreich mit Besorgnis. Die Engländer mußten also die Russen darüber beruhigen, daß sie Rußland nicht im Stiche lassen wollten [205]). Mit einem österreichisch-türkischen Abkommen wären andere Schwierigkeiten, wie die serbische Frage, noch nicht aus dem Wege geräumt, sondern benötigten einer besonderen Lösung. Grey sicherte Iswolski deshalb für die serbische Frage, wie bisher unter der Voraussetzung einer friedlichen Lösung, seine Unterstützung zu. Doch bedauerte zu gleicher Zeit Nicolson, daß Iswolski in seinen Zusagen an Serbien zu weit gegangen sei [206]). Er meinte, daß an Worte wie: Rußland werde alles Mögliche tun, um Serbien zu helfen, und: Rußland bewahre sich seine Handlungsfreiheit, was immer für ein Abkommen zwischen Oesterreich und der Türkei geschlossen werden möge, in Belgrad die größten Hoffnungen geknüpft werden mußten.

D. Die bulgarische Frage.

Standen im bisherigen Verlaufe der Krise England und Rußland oft nicht auf einem Standpunkt, ja durchkreuzten englische Anschauungen und Anregungen sogar die russische Politik, so fand England jetzt in der bulgarischen Frage Gelegenheit, sich für russische Ziele einzusetzen.

Die zwischen der Türkei und Bulgarien schwebenden Verhandlungen drängten zu einer Lösung. Die beiden Staaten hatten sich über die Höhe der von Bulgarien zu zahlenden Kompensationssumme bisher nicht einigen können. Bulgarien wollte über die Summe von 82 Mill. fr. nicht hinausgehen, was der Türkei nicht genügte. Die Lage spitzte sich zu, als die Türken militärische Vorbereitungen trafen. Am 22. Dezember bat deshalb Bulgarien die Mächte um Vorstellungen in Konstantinopel, widrigenfalls es Gegenmaßnahmen er-

[202]) B. D. V. 510. 512. S. 562 f. Oesterr. Akt. I. 865. S. 721. Tel. aus Konstantinopel. 9. 1. 1909. Der Vakuf sind die Besitzungen der Toten Hand in den türkischen Gebieten.

[203]) B. D. V. 527. S. 572. Cartwright an Grey. 22. 1. 1909.

[204]) B. D. V. 522. S. 570. Nicolson an Grey. 20. 1. 1909. B. D. V. 522 Anmerkung 1. Hardinge an Nicolson. 20. 1. 1909.

[205]) B. D. V. 528. S. 573. Grey an Nicolson. 23. 1. 1909.

[206]) B. D. V. 525. S. 571. Nicolson an Grey. 21. 1. 1909.

greifen müsse[207]). Von Aehrenthal wurde diese Anregung sofort aufgenommen. In Oesterreich bemühte man sich um eine Entente mit Bulgarien, und stand bereits mit einflußreichen Persönlichkeiten in Gedankenaustausch. Es war also selbstverständlich, daß Aehrenthal jetzt Schritte zugunsten Bulgariens unternommen wissen wollte[208]). Er fand aber in England und Rußland hierfür keine Gegenliebe. Die Engländer stellten die versöhnliche und nachgiebige Haltung der Türkei, die jede politische Forderung aufgegeben hätte, dem mangelnden Entgegenkommen der Bulgaren gegenüber[209]). England trat über das bulgarische Angebot von 82 Mill. fr. hinaus für die Summe von 125 Mill. ein, zu deren Aufbringung es Bulgarien auf die Hilfe der Mächte verwiesen wissen wollte[210]). Iswolski wiederum wollte auf eine österreichische Anregung zugunsten Bulgariens nicht eingehen, argwöhnte er doch ein österreichisch-bulgarisches Einverständnis.

Für kurze Zeit tauchte ein bulgarischer Vermittlungsvorschlag auf[211]). Darnach sollte den Türken durch die Möglichkeit einer Entente mit Bulgarien die ihren Forderungen nicht entsprechende Summe annehmbar gemacht werden. England riet den Türken, diesen Ausgleich für die Unzulänglichkeit des finanziellen Angebotes anzunehmen. Indessen verschwand dieser Gedanke alsbald wieder. Die Voraussetzung für eine solche Entente wäre eine ehrlich gemeinte Aufgabe der bulgarischen Agitation in Mazedonien gewesen. Daran konnte aufrichtig von bulgarischer Seite nicht gedacht werden.

Es mußte also zwischen den türkischen Forderungen und dem bulgarischen Angebot ein Ausgleich erzielt werden. Die Türkei hatte England auf ihrer Seite, das ja den türkischen Wünschen mit der Aufstellung des Mindestsatzes von 125 Mill. entgegenkam. Der Gedanke einer Grenzregulierung, den die Türkei angeregt hatte, wurde allseits als unmöglich bezeichnet. Ein französisches Gutachten stellte sich auf den Standpunkt, daß Bulgarien nicht mehr als 100 Mill. zahlen könne[212]). Dem schloß sich Iswolski an und bedauerte, daß England von seinem Standpunkt nicht abgehen wollte; denn er fürchtete, daß Bulgarien in die Arme Oesterreichs getrieben werde. Sorgte er doch sogar, daß Oesterreich Bulgarien bei der finanziellen Regelung mit der Türkei unterstützen werde[213]). Wenn auch französische Erkundigungen in Wien keine Verdachtsmomente in dieser Hinsicht feststellen konnten, so ließ sich Iswolski dadurch nicht beruhigen.

---

[207]) B. D. V. 492. S. 543. Nicolson an Grey. 27. 12. 1908. Oesterr. Akt. I. 786. S. 653. Tel. aus Sofia. 22. 12. 1908.

[208]) B. D. V. 494. 496. S. 544. Nicolson an Grey. 30. 12. 1908.

[209]) B. D. V. 500. 502. S. 548 und S. 551. Grey an Cartwright. 4. und 6. 1. 1909.

[210]) B. D. V. 511. S. 562. Grey an Nicolson. 11. 1. 1909.

[211]) B. D. V. 511. Die Herausgeber. S. 563. 513. 515. S. 564. 517. S. 566.

[212]) B. D. V. 523. S. 570. Nicolson an Grey. 20. 1. 1909.

[213]) B. D. V. 518. 522. S. 567 und 570. Zwei Tel. Nicolsons vom 17. u. 20. 1. 1909.

Eine erneute Krise beschleunigte die Lösungsversuche. Am 24. Januar 1909 machte Bulgarien teilweise mobil[214]). Rußland forderte jetzt die Mächte zu sofortigen Vorstellungen auf, die am 3. Februar in Sofia und Konstantinopel unternommen wurden[215]). Zugleich beschäftigte sich Iswolski mit dem Gedanken eines Vermittlungsversuches. Er fand ihn in dem Vorschlag einer Uebernahme der türkischen Kriegsentschädigungszahlungen an Rußland durch Bulgarien[216]). Grey, der gleichfalls der Ansicht war, daß die beiden Gegner sich nicht mehr allein überlassen werden dürften[217]), und der daran dachte, gegebenenfalls durch die Mächte beiden Kontrahenten die zu zahlende Summe aufzuzwingen, stimmte dem Gedanken Iswolskis zu[218]). Indessen konnten Grey und Iswolski sich nicht über die Höhe des Betrages einigen. Der Engländer lehnte jeden Druck auf die Türkei zugunsten einer weniger als 100 Mill. betragenden Summe ab[219]). Weder französische Verwendung, noch auch die Möglichkeit, daß bei der bulgarischen Entschlossenheit, nicht mehr als 82 Mill. zu zahlen, der russische Plan fehlschlagen konnte, ließen England von seiner Haltung, die von der Rücksichtnahme auf die Türkei diktiert war, abgehen.

Das sollte sich erst ändern, als Bulgarien erklärte, zu anderen Mitteln greifen zu müssen, wenn die Türkei die Summe von 82 Mill. nicht annehmen wolle. Iswolski sandte nunmehr am 31. Januar unverzüglich seinen Vorschlag nach Sofia[220]). In England fürchtete man jetzt, daß Bulgarien sich auf nichts einlassen werde und daß deshalb eine türkische Weigerung zum Krieg führen könne. Es gab also seinen Widerstand auf und setzte sich wie Frankreich für die Annahme des russischen Vorschlages ein[221]).

Die Bulgaren nahmen den Vorschlag an[222]). In der Türkei jedoch stieß man auf Schwierigkeiten. Diese hatte eben noch vorgeschlagen, 100 Mill. sofort und 25 Mill. später zu zahlen[223]). England riet den Türken jetzt auf das dringendste, das russische Angebot anzunehmen, da nicht mehr zu erreichen sei[224]). Doch zunächst hieß es, die Türken über den Beweggrund des russischen Vorschlages zu beruhigen. Denn diese fürchteten, daß Rußland im Anschluß daran die

214) B. D. V. 531. S. 574. Buchanan an Grey. 24. 1. 1909.

215) B. D. V. 532. S. 575. 537. S. 577. 538. S. 578. 549. S. 585. 556. S. 588.

216) B. D. V. 536. S. 576. Memorandum Benckendorffs vom 27. 1. 1909.

217) B. D. V. 537. S. 577. Grey an Bertie. 27. 1. 1909. B. D. V. 539. S. 580. Ein englisches, Benckendorff übergebenes Memorandum vom 28. 1. 1909.

218) B. D. V. 535. S. 576. Grey an Nicolson. 27. 1. 1909. B. D. V. 537. S. 577.

219) B. D. V. 540. S. 580. Grey an Bertie. 28. 1. 1909.

220) B. D. V. 542. S. 581. Nicolson an Grey. 30. 1. 1909. B. D. V. 556. S. 588. Buchanan an Grey. 3. 2. 1909.

221) B. D. V. 541. S. 581. Grey an Nicolson. 30. 1. 1909. Jetzt erst gab England notgedrungen nach. Von einer besonderen Wärme des englischen Eintretens für die russischen Vorschläge in der bulgarischen Frage, die Lübbing S. 39 behauptet, kann also bis zu diesem Augenblick keine Rede sein.

222) B. D. V. 550. S. 586. Nicolson an Grey. 2. 2. 1909.

223) B. D. V. 548. S. 584. Grey an Lowther. 2. 2. 1909.

224) B. D. V. 546. 548. S. 584. Buchanan an Grey. 2. 2. 1909.

Meerengenfrage erneut aufrollen würde. England wies sie auf die Gewinnung der bulgarischen Sympathien als Beweggrund hin. Auf englischen Wunsch gab Iswolski der Türkei die bestimmteste Versicherung, daß im Zusammenhang mit der geplanten Transaktion keine politische Frage, wie etwa die Meerengenfrage, aufgeworfen werden würde[225]). Mit dieser Erklärung waren jedoch noch nicht alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt. Neben der Forderung nach Demobilisierung Bulgariens[226]) machte die Türkei den Gegenvorschlag, Rußland solle auf sämtliche Kriegsentschädigungszahlungen verzichten[227]). Der erste Hinderungsgrund wurde alsbald beseitigt durch den Beschluß Bulgariens, seine Reserven zu entlassen[228]). Ueber das russische Angebot und den türkischen Gegenvorschlag setzte dafür ein zähes Handeln ein. Grey war im Verlaufe dieser Verhandlungen bemüht, Gegenwirkungen von österreichischer und von deutscher Seite unwirksam zu machen[229]). In Oesterreich sah man sich in seinen Erwartungen getäuscht und mußte dementsprechend mit der Entwicklung der Dinge recht unzufrieden sein[230]). Bei den Türken war der Verdacht wach geworden, daß Rußland durch sein Angebot Bulgarien an ein politisches Gängelband nehmen werde, das für die Türkei nur nachteilige Wirkungen haben könne[231]). England suchte ihnen das auszureden und zugleich vor Ratschlägen falscher Freunde zu warnen. Die Verhandlungen kamen trotzdem zunächst nicht recht vorwärts[232]). In Rußland wollte man von dem ursprünglichen Vorschlag nicht abgehen, obwohl von französischer und englischer Seite darauf hingewiesen wurde, daß der Unterschied zwischen dem russischen und dem türkischen Vorschlag kein sehr großer sei. Doch konnte die Gefahr eines Abbruches der Verhandlungen als gering angesehen werden. In Konstantinopel war eine neue Regierung mit Hilmi Pascha als Ministerpräsidenten ans Ruder gekommen. Von ihr glaubte Lowther, daß sie selbst unter Opfern zu einem Abkommen werde kommen wollen[233]). Der russische Vorschlag stellte somit die prinzipielle Basis für eine endgültige Lösung dar. Als solche wurde sie jedenfalls in England, Frankreich und Rußland angesehen, deren Vertreter sich bereits mit der Frage der endgültigen Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens beschäftigten[234]).

---

225) B. D. V. 548. B. D. V. 551. S. 586. Grey an Nicolson. 2. 2. 1909. B. D. V. 552. S. 586. Grey an Lowther. 2. 2. 1909. B. D. V. 558. S. 591 Nicolson an Grey. 4. 2. 1909.

226) B. D. V. 552. S. 586.

227) B. D. V. 562. S. 593. Lowther an Grey. 6. 2. 1909.

228) B. D. V. 565. S. 595. Grey an Buchanan. 9. 2. 1909.

229) B. D. V. 561. S. 592. Grey an Lowther. 6. 2. 1909.

230) B. D. V. 554. S. 588. Cartwright an Grey. 3. 2. 1909.

231) Oesterr. Akt. I. 953. S. 790. Tel. nach Sofia. 1. 2. 1909.

232) B. D. V. 589. 590. S. 612. Zwei Tel. Lowthers vom 19. 2. 1909.

233) B. D. V. 569. S. 598. Lowther an Grey. 14. 2. 1909.

234) B. D. V. 563. S. 594. Buchanan an Grey. 9. 2. 1909.

VI. Die Lösung der Krise.

A. Die serbische Frage und der Besuch Eduards VII. in Berlin.

Anfang Februar 1909 war man somit auf dem Wege zur Lösung der seit dem Herbst vergangenen Jahres Europa beunruhigenden Fragen einige Schritte weitergekommen. Unter den direkt interessierten Staaten hatte zum großen Teile eine Bereinigung der seit dem Herbst schwebenden Streitpunkte stattgefunden. Noch hieß es aber, die Zustimmung der Mächte zu diesen Aenderungen des Berliner Vertrages zu gewinnen und sich mit dem von Rußland zusammen mit den Westmächten aufgestellten Programm, in dem die Anerkennung der Annexion und die Frage der Kompensationen für Serbien und Montenegro die Hauptrolle spielten, auseinanderzusetzen.

Ende des Jahres 1908 war, wie wir gesehen haben, in dem Meinungsaustausch über das Konferenzprogramm ein völliger Stillstand eingetreten. Aeußerlich hatte eine österreichisch-russische Verstimmung den Anlaß gegeben. Tatsächlich wäre aber auch ohne diesen Konflikt, angesichts der russischen Absicht, die Lösung der Fragen hinauszuschieben, eine Einigung kaum zu erwarten gewesen. In England war man mit dieser Politik, die gefährlich erschien, nicht einverstanden gewesen. Man hatte entgegen dem russischen Standpunkt Lösungen herbeizuführen versucht. Die Anregungen zu einer österreichisch-russischen Einigung hatten freilich bei der Tendenz der russischen Politik naturgemäß scheitern müssen. Erfolg hatten die englischen Bemühungen dagegen in der Frage eines österreichisch-türkischen Abkommens gehabt. Ebenso war es unter Mitwirkung der Engländer gelungen, die Türkei und Bulgarien einem Abkommen näher zu bringen. Hier trafen sie sich mit der Politik Iswolskis, der in diesem Falle selbst die Vermittlung in die Hand nahm, um Bulgarien auf die russische Seite zu ziehen.

Während dieser Zeit, vom Ende des Jahres 1908 bis zum Februar 1909, hatte jeder Meinungsaustausch über die Hauptpunkte des Konferenzprogrammes, die bosnische Frage und die serbische Kompensationsfrage, so gut wie völlig geruht. Von französischer und italienischer Seite war der Gedanke einer Vermittlung zwischen Oesterreich und Serbien gegenüber Deutschland wohl angeregt worden[235]). Doch wurde er nicht weiter erörtert, zumal man in Deutschland, wo sich Kiderlen, der gegen Ende der bosnischen Krise die deutsche auswärtige Politik bestimmte, gegen jede Intervention in Wien aussprach, nicht weiter darauf einging. Auch hatte Whitehead in Belgrad einmal das Terrain für ein österreichisch-serbisches Abkommen sondiert und auf österreichischer Seite die Bereitwilligkeit

[235]) G. p. XXVI. 2. 9365. S. 591. Aufzeichnung Schoens vom 20. 1. 1909. G. p. XXVI. 2. 9366. S. 591. Aufzeichnung Stemrichs vom 22. 1. 1909. G. p. XXVI. 2. 9367. S. 592. Aufzeichnung Kiderlens vom 23. 1. 1909.

zur Gewährung wirtschaftlicher Vorteile gefunden[236]). Aber er hielt infolge der ablehnenden Haltung der serbischen Regierung den Zeitpunkt nicht für geeignet, um etwas Erfolgversprechendes unternehmen zu können. Jetzt, Mitte Februar, sollte die serbische Frage in den Vordergrund treten.

Machen wir uns zuvor noch einmal die Stellung der Mächte zu dieser Frage klar. Oesterreich war bereit, den Serben wirtschaftliche Vorteile zu gewähren; die Zumutung territorialer Kompensationen lehnte es strikt ab. Es hatte dabei den deutschen Bundesgenossen fest auf seiner Seite. Angesichts dieser österreichischen Ablehnung beobachtete Rußland eine abwartende Haltung; es war entschlossen, durch Offenlassen der bosnischen Frage einen Hebel gegen das sich weigernde Oesterreich in der Hand zu behalten. In England muß ein leichter Wandel konstatiert werden. Ende Oktober, nach dem für Iswolski so enttäuschend verlaufenen Berliner Besuch, hatte Grey, wenn er es auch ohne Begeisterung tat, Iswolski die diplomatische Unterstützung seiner territorialen Forderungen zugesagt. Nach erfolgtem finanziellen Angebot Oesterreichs an die Türkei war von Grey abermals die englische Hilfe in der serbischen Frage zugesichert worden. Vermieden jedoch hatte er eine Erwähnung der territorialen Entschädigung. Nicolson bedauerte vielmehr die zuweit gehenden Zusagen von russischer Seite an Serbien. Bald sollte es noch klarer werden, daß man in England begann, den Gedanken einer territorialen Konpensation fallen zu lassen.

Die Serben hatten bereits Ende Januar versucht, sich zur Geltung zu bringen. Während des Höhepunktes der bulgarisch-türkischen Krise tauchte die Nachricht auf, daß der Plan eines bulgarisch-serbischen Defensiv-Abkommens bestünde, mit dem eine sofortige Anerkennung der bulgarischen Unabhängigkeit von serbischer Seite verbunden sei[237]). Bald jedoch stellte sich der ganze Plan, dem man in England nicht unsympathisch gegenüberstand[238]), als eine der persönlichen Initiative des bulgarischen Gesandten in Belgrad entsprungene Anregung heraus, die sich zudem von selbst erledigt hatte, als in der bulgarisch-türkischen Krise eine Wendung zum Besseren eintrat. Zur selben Zeit beabsichtigte Serbien aber, den Mächten seine Ansichten über die bosnische Frage und deren Einfluß auf die Existenzbedingungen Serbiens und Montenegros darzulegen. Es legte Rußland ein Memorandum vor, in dem es unter Ablehnung wirtschaftlicher Vorteile als in Betracht kommende Kompensationsmöglichkeiten, die Autonomie Bosniens und der Herzegowina und territoriale Entschädigungen hinstellte[239]). Von Rußland und England, das von ersterem zu Rate gezogen wurde, wurde das Memorandum

---

[236]) B. D. V. 520. S. 567. Whitehead an Grey. 18. 1. 1909.

[237]) B. D. V. 553 und Anmerkung. S. 587. Whitehead an Grey. 3. 2. 1909.

[238]) B. D. V. 560. S. 592. Grey an Whitehead. 6. 2. 1909.

[239]) Oesterr. Akt. I. 899. 913. S. 749 u. 761. Tel. aus Belgrad vom 18. u. 22. 1. 1909. Boghitschewitsch I. 48. S. 50. Weisung nach Wien. 2. 2. 1909.

schließlich verurteilt[240]). Iswolski freilich hatte sich eine Zeit lang mit dem Gedanken getragen, es unter Voranstellen des Autonomiegedankens doch noch abgehen zu lassen. In England aber machte Grey dem serbischen Gesandten Gruitsch klar, daß er in Zukunft nur „raisonable" Forderungen unterstützen werde[241]). Was damit gemeint war, konnte man sich in Serbien aus den Worten Buxtons, des Vorsitzenden des englischen Balkankomitees, unschwer zusammenreimen. Dieser ließ Gruitsch wissen, daß die Forderung nach territorialer Kompensation nicht befriedigt werden könnte[242]). Ebenso erklärte Grey den Franzosen, daß England daran festhalte, in der Kompensationsfrage Rußland zu unterstützen; gegen Benckendorff aber äußerte er, daß die Forderungen im Interesse des Friedens möglichst eingeschränkt werden müßten[243]).

Doch zunächst hatte man in London nicht vorgehabt, sich mit der serbischen Frage zu befassen. Man wollte die österreichisch-türkischen und die bulgarisch-türkischen Verhandlungen erst endgültig beendet sehen. Die Ereignisse sollten jedoch alsbald zu einer Inangriffnahme dieser Frage zwingen.

Vom 9. bis 12. Februar fand der Besuch Eduards VII. in Berlin statt. Dieses Ereignis wurde für die Weiterführung der serbischen Frage von Bedeutung. Zugleich ließen die daran geknüpften Gedankengänge die grundsätzliche Haltung der englischen Politik erkennen.

Wir sahen, daß England sich zu wiederholten Malen gegen die russische Politik des Abwartens und des Offenlassens der Streitfragen wandte und sie durch seine Haltung in der Frage des österreichisch-türkischen Abkommens auch direkt durchkreuzte. England tat das, weil es von der Gefährlichkeit dieser russischen Politik für den Frieden, den es durchaus erhalten wissen wollte, überzeugt war. Sonst aber war es entschlossen, Rußland diplomatische Unterstützung zu gewähren. Nur mußte der Umfang dessen, wozu England seine Hilfe leihen wollte, angesichts der österreichischen ablehnenden Haltung eben im Interesse einer friedlichen Lösung eingeschränkt werden. Ein Abschwenken von der Seite Rußlands bedeutete das jedoch nicht, wie jetzt anläßlich des Berliner Besuches klar wurde.

Für Iswolki war dieser Besuch, der fast gleichzeitig mit dem Abschluß des deutsch-französischen Marokkoabkommens stattfand, ein Anlaß zur Besorgnis[244]). Er glaubte vor einer Isolierung Rußlands zu stehen. Zu Unrecht, denn noch vor Antritt der Reise mit

---

[240]) Oesterr. Akt. I. 928. 936. 967. 970. Tel aus Belgrad vom 27. u. 29. 1. und vom 6. u. 8. 2. 1909. B. D. V. 544. S. 583. Nicolson an Grey. 31. 1. 1909. B. D. V. 545. S. 583. Grey an Whitehead. 2. 2. 1909.

[241]) Boghitschewitsch I. 50. S. 52. Bericht Gruitschs aus London. 9. 2. 1909.

[242]) Boghitschewitsch I. 49. S. 50. Bericht Gruitschs aus London. 5. 2. 1909.

[243]) Benckendorff-Siebert I. 9. S. 27. Benckendorff an Iswolski. 28. 1. 1909.

[244]) B. D. V. 567. 570. S. 596 u. 598. Nicolson an Grey. 13. u. 14. 2. 1909.

dem König nach Berlin hatte Hardinge Benckendorff versichert, daß die allgemeine Politik Englands sich in keiner Weise ändern werde[245]). Das war die feste Absicht der leitenden Männer des Foreign Office. So hatte Grey mit Hinblick auf diesen Besuch geäußert, daß er keine Zusammenarbeit mit Deutschland in dem Maße wünsche, daß durch sie die Gruppierung der Mächte verändert werde[246]). Hardinge gab Benckendorff auch den Grund an. Solange die Frage der Flottenrüstungen die englische Politik bestimmte, war nach der Meinung des Foreign Office ein Zustand ganz normaler Beziehungen zwischen Deutschland und England unerreichbar[247]). In einem Privatbrief ging Hardinge noch darüber hinaus[248]). Er fand die ganze Zukunft Englands in Asien an die Notwendigkeit gebunden, die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu Rußland zu unterhalten. Diese Beziehungen könne England auch nicht um eines herabgesetzten Flottenprogrammes willen opfern. Dementsprechend wurde während des Besuches denn auch keine Frage erörtert, die geeignet gewesen wäre, den Beziehungen zu Rußland eine grundlegende Aenderung zuteil werden zu lassen[249]). Die einzige Rußland interessierende Frage, die angeschnitten wurde, war die serbische. Hier wurde aber von deutscher Seite nur festgestellt, daß eine territoriale Kompensation auf keinen Fall zu erreichen sei. Die Engländer konnten also mit gutem Gewissen über ihre weitere Politik Iswolski beruhigende Versicherungen geben. Die Zusicherung voller diplomatischer Unterstützung bei der Sicherstellung einer friedlichen Lösung aller Balkanfragen wurde wiederholt[250]). Auch das Marokkoabkommen lernte Iswolski durch Aeußerungen Greys und des französischen Botschafters, P. Cambon, anders ansehen. Grey nannte es ein Fassadenabkommen und nach Cambon hatte es im Grunde nur eine sekundäre und koloniale Bedeutung, nicht dazu angetan, die französische Politik grundlegend zu ändern[251]).

Iswolski ließ sich über die Haltung Englands und Frankreichs beruhigen[252]). Mit stärkster Unruhe blickte er dagegen nach Wien[253]). Er wollte erfahren haben, daß Oesterreich ein Ultimatum plane, dem eine militärische Aktion folgen solle. Auch glaubte er, sichere Nachrichten darüber zu haben, daß Oesterreich Geld für die Mobilmachung bereit halte[254]). In England hatte man selbst schon

---

[245]) Benckendorff-Siebert I. 10. S. 27. Benckendorff an Iswolski. 3. 2. 1909.

[246]) B. D. VI. 143. S. 227. Grey an Bertie. 7. 1. 1909.

[247]) Benckendorf-Siebert I. 10. S. 27.

[248]) B. D. V. 500. Die Herausgeber. S. 549. Hardinge an Nicolson vom 4. 1. 1909.

[249]) B. D. V. 583. Die Herausgeber. S. 608. Ein Memorandum Hardinges vom 11. 2. 1909. B. D. VI. 145. Die Herausgeber. S. 230. Memorandum Hardinges vom 11. 2. 1909.

[250]) B. D. V. 568. S. 597. Grey an Nicolson. 14. 2. 1909.

[251]) Benckendorff-Siebert I. 12. 13. S. 32 f. Zwei Tel. Benckendorffs an Iswolski vom 10. 2. 1909.

[252]) B. D. V. 571. S. 600. Nicolson an Grey. 15. 2. 1909.

[253]) B. D. V. 581. S. 605. Nicolson an Grey. 18. 2. 1909.

[254]) B. D. V. 582. S. 606. Nicolson an Grey. 18. 2. 1909.

von drohenden Worten Aehrenthals vernommen, daß Oesterreich bei einem Festhalten Serbiens an seinen unmöglichen Forderungen bald die Geduld verlieren werde[255]). Aehnliches hörte man auch von französischer Seite. Sogar in Berlin fand Hardinge Bülow voller Besorgnis vor dem Ausbruch eines österreichisch-serbischen Krieges, was letzteren den Gedanken erwägen ließ, ob nicht Oesterreich dann bewogen werden könne, Garantien für die Unabhängigkeit Serbiens nach Abschluß des Kampfes zu geben. Jedenfalls erklärte Bülow angesichts dieser gespannten Lage sich bereit, an der Erhaltung des Friedens mitzuarbeiten[256]).

Die Lage war kritisch. Sie schien es um so mehr zu sein, als man aus Rußland hörte, daß sich selbst nach Stolypins, eines ruhigen Mannes, Meinung die Oeffentlichkeit nicht durch eine österreichische Garantie über eine Nicht-Annexion Serbiens beruhigen lassen würde[257]). Nicolson hielt es gleichfalls für den Gipfel der Unvorsichtigkeit, darauf zu rechnen, daß Rußland passiv bleiben würde. Ihm war sogar wahrscheinlicher, daß Rußland Serbien aktiv unterstützen werde. Auf Grund dieser kritischen Lage und in der Hoffnung auf deutsche Mitarbeit entschloß sich Grey, die Initiative zu ergreifen.

B. Das Scheitern des ersten englischen Vermittlungsversuches.

Rußlands Nachgeben in der Frage der serbischen Territorialkompensation.

Greys Gedanke war, zuerst einmal auf Grund der von Oesterreich zu erfragenden Wiener Beschwerden die Serben zur Ruhe zu mahnen[258]). Vor allem aber wollte er Oesterreich auffordern, vertraulich mitzuteilen, welche Konzessionen zugunsten Serbiens und Montenegros es zu machen bereit sei. Ebenso brauchte er Klarheit über die russischen Wünsche und ließ zu diesem Zweck sofort Nicolson sich in Rußland darnach erkundigen. Eine Antwort wurde ihm auf diese Frage freilich nicht.

Der Gedanke, mit der Vermittlung in Wien zu beginnen, fand den Beifall Frankreichs, Rußlands und Italiens[259]). Doch es war Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Plan in Oesterreich auf Schwierigkeiten stoßen werde. Deshalb wollte Grey sehr vor-

[255]) B. D. V. 567. Die Herausgeber. S. 596. Hardinge an Nicolson vom 16. 2. 1909.

[256]) B. D. V. 567. Die Herausgeber.

[257]) B. D. V. 571. 576. S. 600 u. 603. Nicolson an Grey. 15. u. 17. 2. 1909.

[258]) B. D. V. 585. S. 610. Grey an Cartwright. 19. 2. 1909.

[259]) B. D. V. 577. S. 603. Nicolson an Grey. 17. 2. 1909. B. D. V. 586. S. 611. Grey an Cartwright. 19. 2. 1909. B. D. V. 615. S. 629. Goschen an Grey. 26. 2. 1909.

sichtig vorgehen. Er gedachte den Schritt in Wien von den Mächten gesondert und vertraulich unternehmen zu lassen, um jede Kränkung und jeden Schein eines Druckes zu vermeiden [260]). Aus diesem Grunde sollte auch Rußland als Widerpart Oesterreichs an diesem Schritt nicht teilnehmen. Trotzdem blieben die Vertreter der Mächte, mit denen Cartwright in Wien in Verbindung trat, skeptisch, da Aehrenthal sich bereits gegen den Plan geäußert hatte [261]). Sie hielten es für richtiger, in Belgrad von übertriebenen Forderungen abzumahnen. Angesichts der zu erwartenden Schwierigkeiten sah man in England ein, daß nur die Mitwirkung Deutschlands den Erfolg sicherstellen konnte. Grey beschloß also, zumal im Hinblick auf die Worte Bülows zu Hardinge, zunächst einmal Deutschland zur Mitarbeit aufzufordern.

Am 20. Februar trat England, unterstützt von den Mächten [262]), zu diesem Zweck an Deutschland heran. Iswolski hatte an der Bereitwilligkeit Deutschlands gezweifelt. Er hatte sich nicht getäuscht. In Deutschland wollte man sich nicht gegen den Verbündeten, der das von England geplante Vorgehen als Druck empfinden würde, vorschieben lassen. Den Vertretern Englands, Frankreichs, Rußlands und Italiens wurde deshalb erklärt, daß Deutschland auf die Gefühle seines Verbündeten Rücksicht nehmen müsse. An Stelle des abgelehnten Vorschlages regte man an, den Hebel statt in Wien in Belgrad anzusetzen. Die Serben sollten zu friedlichem Verhalten gemahnt und auf direkte Verhandlungen mit Oesterreich über wirtschaftliche Konzessionen hingewiesen werden. Aber Grey hielt es für unmöglich, von Rußland zu erwarten, den Serben diesen Rat zu geben [263]). Das bedeute, daß es die Serben dazu überreden solle, sich den Oesterreichern rückhaltlos in die Hand zu geben, und ihnen damit jede Hoffnung auf diplomatische Unterstützung nehmen. In England wollte man deshalb von dem eigenen Vorschlag, der geeignet schien, Rußland von einer gerechten Behandlung Serbiens zu überzeugen, nicht abgehen. Nur darin ging Hardinge über den alten Vorschlag hinaus, daß er daran dachte, die Serben, wenn nötig, unter Druck zu der Annahme der von den Mächten etwa gefundenen Lösung zu bringen [264]). Für den äußersten Fall dachte er an die sofortige Einberufung einer Konferenz, über deren geringe Erfolgsaussichten er sich unter diesen Verhältnissen freilich im klaren war [265]). In England wollte man also mit Rücksicht auf Rußland von sich aus nicht weitergehen. Doch erklärte sich Grey bereit, jeden deutschen Vorschlag, sofern er für Rußland annehmbar sei, zu unterstützen.

Zunächst jedoch schien wieder einmal jedes Weiterkommen unmöglich zu sein, zumal, wenn man die Ansichten Aehrenthals dagegen hielt, die zur selben Zeit in London bekannt wurden. Aehren-

---

[260]) B. D. V. 586. S. 611. Grey an Cartwright. 19. 2. 1909.
[261]) B. D. V. 592. S. 613. Cartwright an Grey. 20. 2. 1909.
[262]) B. D. V. 598. S. 616. Goschen an Grey. 23. 2. 1909. B. D. V. 615 u. Anlage. S. 629. Goschen an Grey. 26. 2. 1909.
[263]) B. D. V. 599. S. 618. Grey an Goschen. 24. 2. 1909.
[264]) B. D. V. 598. S. 617. Vermerke zu einem Tel. Goschens vom 23. 2. 1909.
[265]) B. D. V. 607. S. 624. Grey an Rodd in Rom. 24. 2. 1909.

thal wollte zuerst die Mächte um ihre Zustimmung zu dem österreichisch-türkischen Protokoll ersuchen, dessen Unterzeichnung nahe bevorstand und am 26. Februar schließlich stattfand[266]). Dann sollte durch einen Druck der Mächte auch die serbische Zustimmung sichergestellt werden. Hierdurch wie durch die gleichzeitige Abgabe friedlicher Versicherungen glaubte er die Basis für Verhandlungen, und zwar direkt mit Serbien, über wirtschaftliche Fragen gegeben.

In diesem Momente war es Frankreich, das den Fluß der Verhandlungen nicht versanden ließ. Kiderlens Ansicht, daß Frankreich ein starkes Interesse an dem friedlichen Ausgang der Krise habe, sollte sich bestätigen. Der französische Botschafter in Berlin, J. Cambon, suchte von dem durch Deutschland ausgesprochenen Gedanken aus weiterzukommen, den Hebel in Belgrad anzusetzen[267]). Die Sache ließ sich günstig an. Der österreichische Botschafter in Berlin glaubte der Zustimmung seiner Regierung sicher zu sein. Selbst Iswolski stimmte dem Gedanken zu, von Serbien verlangte friedliche Versicherungen zur Kenntnis der österreichischen Regierung zu bringen. Ein serbisches Memorandum vom 22. Februar, das solche Versicherungen gab, wollte er deshalb in Wien mitgeteilt wissen. England stimmte dem zu[268]).

Indessen war es ja klar, daß friedliche Versicherungen allein Oesterreich nicht zufriedenstellen konnten. Für dieses kam es darauf an, daß die territorialen Forderungen fallen gelassen würden. Darauf wies Bülow den englischen Botschafter Goschen hin[269]). In England und Frankreich zog man gleichfalls diese Konsequenz. Grey wollte freilich, um sich nicht vorwerfen lassen zu müssen, seinen Verbündeten im Stiche gelassen zu haben, diesen Rat nicht ohne Einwilligung Rußlands geben[270]). Hardinge aber bezeichnete nicht nur dem serbischen Geschäftsträger gegenüber die Territorialforderung als Unsinn[271]), er wies auch den russischen Vertreter Poklewski darauf hin ‚daß die Lage weniger gespannt sein würde, wenn Rußland Serbien die Unmöglichkeit klarmachen würde, territoriale Zugeständnisse oder die Autonomie Bosniens zu erreichen[272]). Ebenso stellte Poklewski eine gewisse Ungeduld darüber fest, daß Rußland noch nicht auf die Frage geantwortet hatte, mit welchen Zugeständnissen Serbien nach Rußlands Ansicht „sich begnügen müsse". In England fürchtete man eben einen Krieg aus österreichisch-serbischen Spannungen sich entwickeln zu sehen, in den Rußland hineingezogen wer-

[266]) B. D. V. 601. 622 und Anlage. S. 620 u. S. 638. Cartwright an an Grey. 24. u. 27. 2. 1909.

[267]) B. D. V. 615. S. 629. Goschen an Grey. 26. 2. 1909.

[268]) B. D. V. 600. S. 619. Nicolson an Grey. 24. 2. 1909. B. D. V. 609. S. 625. Grey an Nicolson. 25. 2. 1909. B. D. V. 610. S. 626. Serbische Note, mitgeteilt am 25. 2. 1909.

[269]) B. D. V. 615. S. 629. Goschen an Grey. 26. 2. 1909.

[270]) B. D. V. 611. S. 627. Grey an Bertie. 25. 2. 1909.

[271]) B. D. V. 625. S. 640. Grey an Whitehead. 27. 2. 1909. Boghitschewitsch I. 60. S. 62. Tel. Gruitschs vom 27. 2. 1909.

[272]) Benckendorff-Siebert I. 17. S. 41. Benckendorff an Iswolski. 24. 2. 1909.

den konnte. So entschloß sich Grey angesichts der Tatsache, daß Iswolski sich noch immer nicht entscheiden konnte[273]), letzterem den Tatbestand klar zu machen, daß ohne einen erfolgreichen Krieg nur wirtschaftliche Konzessionen für Serbien zu erlangen seien[274]). Einen Krieg für Serbiens Gebietsansprüche, in den ein großer Teil des Kontinents hineingezogen werden konnte, sah Grey selbst vom russischen Standpunkt aus als außer jedem Verhältnis zu den auf dem Spiele stehenden Interessen an. Sollte es Iswolski schwer fallen, den Serben diese Logik der Dinge klar zu machen, so war er bereit, zusammen mit Frankreich diese Aufgabe zu übernehmen.

Noch ehe Nicolson diesen Auftrag ausführen konnte, war Frankreich den Engländern vorausgegangen. Pichon hatte die gleiche Konsequenz gezogen, daß den Serben im Interesse einer friedlichen Lösung die Aufgabe ihrer Territorialforderungen angeraten werden müsse[275]). Damit war ohne weiteres die Beschränkung der serbischen Wünsche auf wirtschaftliche Konzessionen gegeben. Doch in der Frage, auf welchem Wege diese Konzessionen festgestellt werden sollten, forderte der Franzose gegenüber dem österreichischen und deutschen Standpunkt direkter Verhandlungen zwischen Oesterreich und Serbien die Vermittlung der Mächte. In Berlin, wo dieser Gedankengang dargelegt wurde, hatte man sich jedoch die österreichischen Gedanken zu eigen gemacht und hielt deshalb an der Forderung direkter Verhandlungen fest. Ebenso glaubte man wie Aehrenthal die Aufgabe der Territorialforderung und die Abgabe friedlicher Versicherungen von Seiten Serbiens am besten dadurch erreichen zu können, daß die Mächte ihre Zustimmung zum österreichisch-türkischen Protokoll geben und dann die Serben auf die durch dieses Protokoll neu geschaffene Lage hinweisen sollten. Dieser deutsch-französische Meinungsaustausch wurde in Berlin von J. Cambon und Kiderlen unter der Hand geführt, da Bülow es für richtiger hielt, die Franzosen bei dieser Aktion in den Vordergrund treten zu lassen und sich zu stellen, als ob man von dem französischen Druck in Petersburg nichts wisse, um den Russen die Aenderung ihrer Politik zu erleichtern[276]). Das Resultat des Gedankenaustausches war, daß J. Cambon in der Meinung, daß ein französischer Druck Rußland zum Mitgehen veranlassen würde, sich bemühen wollte, Pichon dahin zu bringen, die von deutscher Seite vorgeschlagene Vorgangsweise in Petersburg als französische Ansicht mitzuteilen.

Am 26. Februar wurden durch einen Schritt des französischen Botschafters in Petersburg, Touchard, Iswolski gegenüber die serbischen Forderungen als nicht gerechtfertigt bezeichnet und zugleich darauf hingewiesen, daß die französische öffentliche Meinung es

---

[273]) B. D. V. 613. S. 628. Nicolson an Grey. 26. 2. 1909.

[274]) B. D. V. 617. S. 635. Nicolson an Grey. 27. 2. 1909. B. D. V. 621. S. 637. Grey an Nicolson. 27. 2. 1909.

[275]) G. P. XXVI. 2. 9397—8. S. 628 f. Aufzeichnungen Kiderlens vom 25. u. 26. 2. 1909. G. P. XXVI. 2. 9411. Anlage. S. 641.

[276]) G. P. XXVI. 2. 9395. S. 627. Bülow an Kaiser Wilhelm II. 25. 2. 1909.

nicht verstehen würde, wenn eine derartige Frage zu einem Kriege führe, an dem sich russische und französische Armeen beteiligen mußten[277]). Im Anschluß hieran wurde Iswolski der Kiderlensche Vorschlag direkter Verhandlungen mitgeteilt.

Dieser französische Schritt und die gleichlautenden englischen Aeußerungen brachten Iswolski in eine Zwangslage. Denn der Plan, das serbische Memorandum vom 22. Februar mit seinen friedlichen Versicherungen mitzuteilen, war zu Wasser geworden, da ein neues nicht so befriedigendes Memorandum zur selben Zeit wie die französische Mitteilung eintraf[278]). Iswolski entschloß sich deshalb, am 27. Februar in Serbien den Verzicht auf territoriale Forderungen anzuraten. Zugleich warnte er vor jeglicher sonstiger Provozierung[279]). Die offizielle Weisung Greys, die Rußland gleichfalls zu diesem Entschluß bestimmen sollte, brauchte Nicolson darum nur im Auszug mitzuteilen, soweit sie eine Zustimmung zu dem von Iswolski gefaßten Entschluß bedeutete[280]).

Hatte Iswolski in dieser Frage seinen Wünschen entsagt, so war er nicht gesonnen, der Forderung nach direkten österreichisch-serbischen Verhandlungen nachzugeben. Er sah darin eine Auslieferung Serbiens auf Gnade und Ungnade an die Zentralmächte und berief sich auf die Tatsache, daß Oesterreich sich bereit erklärt hatte, die Punkte des Konferenzprogrammes mit den Mächten zu erörtern, zu denen auch die Frage der avantages zugunsten Serbiens und Montenegros gehörte[281]). Er wies in diesem Sinne auch die Serben an, für alle noch schwebenden Fragen sich auf die Entscheidung der Mächte zu verlassen[282]).

Grey war über den Entschluß Iswolskis sehr erfreut. Er erklärte, seinerseits auf jede Weise für wirtschaftliche Konzessionen auf diplomatischem Wege eintreten zu wollen. Hinsichtlich der Art ihrer Erlangung stimmte er der Ansicht des Russen zu, sie durch Vermittlung der Mächte festzusetzen[283]). Er hoffte, daß Oesterreich nicht alles an einer Formfrage scheitern lassen werde. Ebenso Frankreich. Es sprach sich gegen ein tête à tête Oesterreichs und Serbiens

[277]) Benckendorff-Siebert I. 18. S. 43. Mitteilung der französischen Botschaft an das russische Außenministerium vom 26. 2. 1909. Benckendorff-Siebert I. 20. S. 45. Tel. Iswolskis an Nelidow in Paris. 27. 2. 1909.

[278]) B. D. V. 614. S. 629. Nicolson an Grey. 26. 2. 1909.

[279]) B. D. V. 619. S. 636. Nicolson an Grey. 27. 2. 1909. Benckendorff-Siebert I. 20. S. 45. Benckendorff-Siebert I. 22. S. 47. Tel. Iswolskis nach Belgrad. 27. 2. 1909.

[280]) B. D. V. 631. S. 644. Nicolson an Grey. 1. 3. 1909. Grey hat sich also entgegen der Behauptung Lübbings S. 51 zu einer gleichen energischen Sprache in Petersburg aufgerafft wie Frankreich. S. o. S. 31. Nur der Umstand, daß Frankreich vorangegangen war, und die Geschicklichkeit Nicolsons, der daraufhin die Weisung Greys nur im Auszuge vorlas, machten es England möglich, von einem Mahnen zum Einlenken abzusehen und nur eine Zustimmung zu dem schon unternommenen russischen Schritte zu geben. Die obige Behauptung Lübbings steht mit seiner eigenen Darstellung der Ereignisse S. 51 f. in Widerspruch.

[281]) Benckendorff-Siebert I. 20. S. 45.

[282]) Benckendorff-Siebert I. 22. S. 47.

[283]) B. D. V. 627. 635. S. 642 u. S. 646. Grey an Nicolson. 1. 3. 1909.

aus und bezeichnete die Annahme, daß Frankreich den Kiderlen-Vorschlag angenommen oder empfohlen habe, als ein Mißverständnis [284]). Mit dem Entschluß Rußlands, den Serben von ihren Territorialforderungen abzuraten, glaubte man das Haupthindernis zur Lösung der Krise beseitigt. Man wollte angesichts der erregten Stimmung Iswolskis, der das französische Verhalten sogar als eine Aufgabe des Bündnisses charakterisiert hatte, nicht noch auf weiteren, unbedeutenden, für Rußland jedoch unangenehmen, Vorschlägen bestehen. In der zusammen mit Kiderlen projektierten, in Belgrad von den Mächten abzugebenden Note, wurde darum von Frankreich der Passus gestrichen, in dem Serbien auf direkte Verhandlungen mit Oesterreich verwiesen wurde [285]). Aber Iswolski war auch nicht mit dem Gedanken einverstanden, die serbische Regierung durch den Hinweis auf das österreichisch-türkische Protokoll zu den gewünschten Erklärungen veranlassen zu wollen [286]). Dieses Ansinnen zeigte seiner Meinung nach die Absicht Oesterreichs, das österreichisch-türkische Abkommen als definitive Regelung erscheinen zu lassen. Von einem Gegenvorschlag sah er aber ab. Er wollte zunächst das Ergebnis seines Schrittes in Belgrad abwarten, der am 2. März, unterstützt von den Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens, unternommen wurde. Die ursprünglich mit deutscher Zustimmung von Frankreich geplante gemeinsame Démarche aller Mächte fiel somit ins Wasser [287]).

In Oesterreich blieb man aber auf dem Standpunkt direkter Verhandlungen stehen gegenüber der russischen Forderung nach Behandlung der serbischen wirtschaftlichen Kompensationen vor dem Gremium der Mächte, der sich England und Frankreich angeschlossen hatten [288]). Am 1. März bezeichnete der ungarische Ministerpräsident im Oberhaus diese Frage als eine ausschließlich österreichisch-serbische Angelegenheit und wies jede Einmischung von anderer Seite ab [289]). Deutschland stellte sich hier ganz auf die Seite seines Bundesgenossen [290]). Indessen trat eine Milderung des österreichischen Standpunktes dadurch ein, daß Aehrenthal am 4. März einen Unterschied in dem Charakter der in Frage stehenden Konzessionen machte [291]). Die Fragen des Handelsvertrages und des Eisenbahnzusammenschlusses lagen im Bereich der Staatssouveränität. Für sie bezeichnete er jede andere Verhandlungsweise als die einer direkten

---

[284]) Benckendorff-Siebert I. 24. S. 48. Nelidow in Paris an Iswolski. 28. 2. 1909.

[285]) Benckendorff-Siebert I. 24. 25. S. 49. Nelidow an Iswolski. 28. 2. 1909.

[286]) Benckendorff-Siebert I. 26. S. 50. Iswolski an Benckendorff. 2. 3. 1909.

[287]) B. D. V. 658. S. 662. Grey an Bertie. 6. 3. 1909.

[288]) B. D. V. 619. S. 636. 627. S. 642. 630. S. 643. 631. S. 644. 635. S. 646. 638. S. 648. 643. S. 650.

[289]) B. D. V. 636. 639. S. 647 f. Zwei Tel. Cartwrights vom 2. 3. 1909.

[290]) B. D. V. 647. S. 653. Grey an Goschen. 3. 3. 1909. B. D. V. 648. S. 654. Goschen an Grey. 4. 3. 1909.

[291]) B. D. V. 652. S. 656. Grey an Cartwright. 4. 3. 1909.

Abmachung als undenkbar. Aehrenthal ließ auch sofort durch Forgách in Belgrad einen Schritt unternehmen, der geeignet sein konnte, direkte Verhandlungen in Gang zu bringen. Oesterreich erklärte sich darnach bereit, über einen Handelsvertrag in Gedankenaustausch zu treten, wenn Serbien bereit sei zu versichern, seine Politik ändern und gute Nachbarschaft halten zu wollen[292]). In den internationalen Fragen der Donau-Adriabahn und der Donaustatute kam Aehrenthal dagegen dem Wunsche nach allgemeiner europäischer Behandlung dieser Gegenstände durch die Mächte entgegen. Diese Auffassung fand nicht nur in England und Frankreich Anerkennung[293]), auch Iswolski schloß sich an, der unter Bezugnahme auf die Mission Forgách's den Serben anriet, in ihrer projektierten Note an Oesterreich die Bereitwilligkeit zu direkten Verhandlungen über einen Handelsvertrag auszusprechen.

Soweit schien die Bahn für die endgültige Lösung frei zu sein. Da forderte Oesterreich noch weitere Erklärungen von Serbien. Denn Aehrenthal hatte auf Grund der Berichterstattung Forgách's den Eindruck erhalten, daß Serbien versuchen werde, seinen Rückzug zu verschleiern[294]). Der österreichische Vertreter war der Ansicht, daß der Umschwung zum Besseren, der in den Regierungskreisen eingetreten war, in seiner Auswirkung durch die Stimmung im Lande gehindert wurde[295]). Er konnte Aehrenthal über eine Aeußerung Nowakowitsch's, der seit dem 24. Februar Ministerpräsident war, berichten, wonach dieser von der Absicht Serbiens sprach, von Rußland und den Mächten zu verlangen, sich sofort über das österreichisch-türkische Protokoll auszusprechen, eventuell die Annexion anzuerkennen[296]). Dann könne Serbien den Rückzug finalisieren und Aspirationen auf das Oesterreich zugesprochene Territorium fallen lassen. Um diese Hindernisse aus der Welt zu schaffen und den Serben die Aufgabe ihrer territorialen Forderung zu erleichtern, ließ Aehrenthal unter Bezugnahme auf die Worte des serbischen Ministerpräsidenten am 9. März in Rußland den Vorschlag machen: Rußland solle in Belgrad erklären, daß durch das österreichisch-türkische Protokoll die bosnische Frage im Wesen bereinigt sei. Die formale Seite aber gehe Serbien nichts an[297]). Iswolski gab darauf zunächst keine Antwort. Er hoffte, dem österreichischen Ansinnen durch eine befriedigende serbische Note aus dem Wege gehen zu können[298]).

[292]) B. D. V. 659. S. 663. Grey an Cartwright. 8. 3. 1909. Oesterr. Akt. II. 1109. S. 30. Tel. Aehrenthals nach Belgrad. 5. 3. 1909. Oesterr. Akt. II. 1120. S. 39. Tel. Forgách's aus Belgrad. 6. 3. 1909.

[293]) B. D. V. 658. S. 662. Grey an Bertie. 6. 3. 1909. Oesterr. Akt. II. 1117. S. 34. Bericht Mensdorffs. 5. 3. 1909. Benckendorff-Siebert I. 34. S. 61. Tel. Iswolskis nach Belgrad. 7. 3. 1909.

[294]) Oesterr. Akt. II. 1100. S. 22. Tel. Forgách's aus Belgrad. 4. 3. 1909.

[295]) Oesterr. Akt. II. 1101. S. 22. Tel. Forgách's. 4. 4. 1909.

[296]) Oesterr. Akt. II. 1112. S. 32. Tel. Forgách's. 5. 3. 1909.

[297]) Oesterr. Akt. II. 1146. S. 61. Tel. Aehrenthals nach Petersburg. 8. 3. 1909.

[298]) B. D. V. 663. 666. S. 666 u. 668. Nicolson an Grey vom 10. u. 11. 3. 1909. Oester. Akt. II. 1157. S. 68. 1185. S. 86. Tel. Berchtolds aus Petersburg vom 9. u. 11. 3. 1909.

Die Serben hatten als Antwort auf den von England, Frankreich und Italien unterstützten russischen Schritt vom 2. März eine Mitteilung an die Mächte einschließlich Oesterreichs geplant, und auch den Wortlaut einer solchen alsbald Rußland zur Begutachtung vorgelegt[299]). Serbien stellte darin fest, daß in rechtlicher Beziehung alles normal geblieben sei, daß es ein Verhältnis guter Nachbarschaft wünsche und auf jegliche Kompensationen verzichte. Soweit fand sie die russische Zustimmung[300]). Dann aber schlug Iswolski einige Veränderungen vor, um den serbischen Text für die österreichische Regierung annehmbar zu machen. Von Serbien wurde nämlich auch die Frage der Rüstungen aufgeworfen. Es stellte die seinen als nicht gegen Oesterreich gerichtet hin und erklärte sie nur für Maßnahmen defensiver Natur, die zu unterbrechen und rückgängig zu machen es sich erbot, wenn Österreich dasselbe tue. Iswolski riet aber von jeder Erwähnung der Rüstungen ab. Statt dessen legte er den Serben mit Hinblick auf die Mission Forgách nahe, ihre Bereitwilligkeit zu wirtschaftlichen Verhandlungen auszusprechen. Sodann wollte der Russe noch einen weiteren Passus umgestaltet wissen. Die Serben hatten die Absicht zu erklären, sich jeder Einmischung enthalten zu wollen, sobald die Mächte die bosnische Frage durch das österreichisch-türkische Protokoll als gelöst ansehen oder erklären würden, sich aus irgend einem Grunde über sie nicht äußern zu wollen. Wenn jedoch die Mächte die Frage der Annexion und der neuen Fassung des Artikels 25 des Berliner Vertages in ihre Hände nähmen, würde Serbien ihnen als dem kompetenten Tribunal seinen Standpunkt darlegen. Hier wollte Iswolski folgenden Wortlaut an die Stelle gesetzt wissen: Serbien enthält sich jeder Einmischung und erkennt an, daß die Lösung der bosnischen Frage den Mächten zusteht, in deren Gerechtigkeitssinn es volles Vertrauen setzt. Die Worte wie „Tribunal" und „neue Fassung des Artikels 25", die bei Oesterreich Anstoß erregen mußten, waren damit vermieden worden.

Die serbische Note vom 11. März ließ denn auch die Frage der Rüstungen unerwähnt und sprach die Bereitwilligkeit aus, über gegenseitige materielle Interessen in Verhandlung zu treten[301]). Doch wurde in ihr entgegen dem russischen Rate der serbische Standpunkt festgehalten, nachdem die bosnische Frage als eine europäische Frage angesehen wurde, weswegen den Mächten die Entscheidung über die Annexion und die neue Fassung des Artikels 25 zustünde. Serbien vertraue der Weisheit und Gerechtigkeit der Mächte und überantworte ihnen als dem kompetenten Tribunal vorbehaltlos seine Sache.

Aehrenthal sah in dieser Note eine Wendung zum Guten. Er wollte jedoch noch die Antwort auf seine Mitteilung vom 6. März

---

[299]) B. D. V. 641. S. 649. 653. S. 657. Whitehead an Grey vom 2. u. 4. 3. 1909. Benckendorff-Siebert. I. 30. S. 57. Tel. aus Belgrad. 3. 3. 1909.

[300]) B. D. V. 654. S. 660. Nicolson an Grey. 5. 3. 1909. Benckendorff-Siebert I. 31. S. 59. Tel. Iswolskis nach London. 5. 3. 1909. Benckendorff-Siebert I. 32. S. 60. Tel. Iswolskis nach London. 5. 3. 1909. Benckendorff-Siebert I. 34. S. 61. Tel. Iswolskis nach Belgrad. 7. 3. 1909. Benckendorff-Siebert I. 35. S. 62. Tel. Iswolskis nach Belgrad. 7. 3. 1909.

[301]) B. D. V. 662. S. 666. Gruitsch an Grey. 10. 3. 1909.

abwarten[302]). Denn restlos befriedigte ihn die Note nicht[303]). Er sah in ihr deutlich die Absicht enthalten, die Angelegenheit der Annexion offen zu lassen und einem bedingungslosen Verzicht auf den bisherigen serbischen Standpunkt auszuweichen. Es war ein Verdacht, der durchaus zu Recht bestand. Serbien spielte ein doppeltes Spiel. Auf der einen Seite stand die Aeußerung Nowakowitschs zu Forgách, die den Eindruck erweckte, daß die serbische Regierung ihre bisherige Stellungnahme aufzugeben willens war. Auf der anderen Seite war die Regierung durch die Stimmung im eigenen Lande gehindert und bestrebt, ihren Rückzug nicht mit so radikaler Offenheit erkennbar werden zu lassen. Ja, vielleicht hegten die Serben die Hoffnung, auf einer Konferenz doch noch zum Ziele zu kommen. Gegen Rußland jedenfalls sprachen sie die Hoffnung aus, daß es seinen Verpflichtungen nachkommen und seine Unterschrift nicht unter die Annexion setzen werde[304]). Und Iswolski gab auch wirklich die Versicherung, daß die Tatsache der Annexion letzten Endes Rußlands Zustimmung nicht erhalten werde[305]). Durch die Erklärung, sich nicht einmischen zu wollen, verlor nach Iswolskis Ansicht Serbien nicht das Recht, zu gegebener Zeit seine Wünsche den Mächten bekanntzugeben. Es ist nicht zu verwundern, daß nach solchen Erklärungen Serbien noch nicht einmal eine so entgegenkommende Antwort gab, wie Rußland es wollte.

Aehrenthal war also auf der richtigen Fährte, wenn er die Absicht Serbiens argwöhnte, ausweichen zu wollen. Ein Offenlassen dieser Frage aber wollte er unbedingt verhindern. Er blieb also bei seinem Ansinnen an Rußland, in Belgrad zu erklären, daß durch das österreichisch-türkische Protokoll die bosnische Frage im Wesen bereinigt sei[306]). Iswolski erklärte, von Aeußerungen wie denen des serbischen Ministerpräsidenten nichts zu wissen, und verwies auf die serbische Antwortnote. Auch beklagte er, — diese Worte sind angesichts seiner Aeußerungen zu Serbien bezeichnend für das doppelte Spiel, das der russische Minister spielte — daß die österreichische Presse das Gerücht ausspreng, Rußland verweigere die Anerkennung der Annexion. Iswolski suchte also auszuweichen. Daraufhin drohte Berchtold am 11. März mit der Veröffentlichung geheimer Schriftstücke, die den österreichisch-russischen Gedankenaustausch über die Annexion zum Thema hatten.

---

[302]) B. D. V. 667. S. 669. Cartwright an Grey. 12. 3. 1909.

[303]) Oesterr. Akt. II. 1176. S. 79. Tel. Aehrenthals nach Belgrad. 11. 3. 1909.

[304]) Benckendorff-Siebert I. 29. S. 56. Tel. aus Belgrad. 3. 3. 1909.

[305]) Benckendorff-Siebert I. 36. S. 63. Tel. Iswolskis nach Belgrad. 8. 3. 1909.

[306]) Oesterr. Akt. II. 1185. S. 68. Tel. Berchtolds aus Petersburg. 11. 3. 1909.

C. Die zweite englische Vermittlungsaktion.

Der deutsche Schritt in Petersburg.

Die Drohung Aehrenthals schlug in Rußland wie eine Bombe ein. Hier scheint am 13. März die Frage erwogen worden zu sein, ob man der Krise eine kriegerische Wendung gegen Oesterreich geben könne[307]). Sie wurde verneint. Iswolski wandte sich nunmehr an Deutschland, um die Veröffentlichung der geheimen Schriftstücke zu verhindern[308]). Bülow erklärte sich zur Vermittlung bereit, wenn Rußland Serbien tatsächlich und ernstlich zur Ruhe bringen wolle. Sein Vorschlag basierte auf einer Anregung Aehrenthals[309]), wonach den Mächten nahe gelegt werden sollte, den Artikel 25 des Berliner Vertrages als Antwort auf die österreichische Mitteilung des österreichisch-türkischen Protokolls für aufgehoben zu erklären. Bülow erklärte sich bereit, sich in Oesterreich dafür zu verwenden, daß dieses um die formelle Sanktion der Abänderung des Artikels 25 nachsuche. Es war geplant, darauf die übrigen Mächte für dieses Vorgehen zu gewinnen, um schließlich einen Druck auf Serbien ausüben zu können. Bülow vergaß nicht, darauf hinzuweisen, daß durch diese kollektive Zustimmung dem Grundsatz der europäischen Sanktion Genüge geleistet werde. Andererseits wies er Pourtalès an, keinen Zweifel zu lassen, daß bei Nichtannahme dieses Vorschlages Deutschland den Dingen ihren Lauf lassen müsse. Iswolski hielt die Annahme dieses Vorschlages im Prinzip für möglich, falls Garantien für die Einberufung der Konferenz gegeben würden, deren Ausschließung er durch die vorgeschlagene Vorgangsweise fürchtete. Diesen Willen, an dem Konferenzgedanken festzuhalten, hatte er auch in seiner Antwort vom 15. März auf die Mitteilung des österreichisch-türkischen Protokolls zum Ausdruck gebracht[310]). Er fühlte sich also durch das Abkommen noch in keiner Weise gebunden. Immerhin zeigten die österreichische Drohung und die Erkenntnis der eigenen Schwäche ihre Wirkung. Iswolski riet, wie England, den Serben, in der noch ausstehenden Antwort auf die Mitteilung Forgách vom 6. März eine entgegenkommende Sprache zu führen. Es war gewillt, sogar keinen Widerspruch zu erheben, falls Serbien von sich aus das österreichisch-türkische Protokoll anerkennen wollte[311]).

---

[307]) Oesterr. Akt. II. 1243. S. 120. Tel. Berchtolds aus Petersburg. 16. 3. 1909. G. P. XXVI. 2. 9452. S. 683. Pourtalès an Bülow. 18. 3. 1909. und Fußnote.

[308]) G. P. XXVI. 2. 9437. S. 669. Bülow an Pourtalès. 14. 3. 1909. G. P. XXVI. 2. 9440. S. 672. Pourtalès an Bülow. 16. 3. 1909.

[309]) G. P. XXVI. 2. 9435. S. 667. Tel. Tschirschkys aus Wien. 12. 3. 1909. Oesterr. Akt. II. 1191. S. 91. Erlaß Aehrenthals nach Berlin. 12. 3. 1909.

[310]) Oesterr. Akt. II. 1222. S. 109. Tel. Berchtolds. 15. 3. 1909.

[311]) B. D. V. 682. S. 679. Nicolson an Grey. 14. 3. 1909. B. D. V. 685. S. 681. Grey an Whitehead. 15. 3. 1909. B. D. V. 688. S. 682. Grey an Cartwright. 15. 3. 1909. B. D. V. 690. S. 685. Nicolson an Grey. 15. 3. 1909.

Doch die serbische Antwortnote an Oesterreich vom 14. März [312]) zeigte, daß Serbien nicht bereit war, ohne Druck nachzugeben. Es wurde in ihr auf die Erklärung der letzten serbischen Note hingewiesen. Sodann wurde Oesterreich-Ungarn aufgefordert, den österreichisch-serbischen Handelsvertrag, der am 31. März ablief, den Parlamenten vorzulegen. Gegebenenfalls erklärte sich Serbien mit einer provisorischen Verlängerung einverstanden. Im ganzen war der Ton ein ungebührlicher und klang wie ein Tadel der österreichischen Haltung. In Petersburg und vor allem in London bedauerte man diese Antwort; Serbien habe durch sie sich selbst und die Mächte ins Unrecht gesetzt.

In England skizzierte daraufhin Grey dem österreichischen und dem deutschen Botschafter seine Gedanken über den Text einer von Serbien abzugebenden Note [313]). Er ließ ihn auch alsbald in Wien und Belgrad mitteilen. Darnach wollte der Engländer von Serbien das Versprechen fordern, keine Schwierigkeiten zu bereiten, gute Nachbarschaft zu halten und auf den Vorschlag direkter Verhandlungen mit Oesterreich einzugehen. Sodann sollten die Serben mit der Erklärung, daß ihnen keine Aenderungen am Berliner Vertrag zustünden, und mit der Anerkennung des zu erwartenden Beschlusses der Mächte als einer endgültigen und auch für Serbien bindenden Regelung der bosnischen Frage ihren Verzicht auf eine weitere protestierende Haltung aussprechen. Grey glaubte, daß Serbien einem Drucke, auf den es sich der Stimmung im Innern wegen berufen wolle, in dieser Hinsicht nachgeben werde [314]). Er sollte sich darin nicht getäuscht haben. Milowanowitsch glaubte, seine Regierung fast sicher zu einer solchen Erklärung bewegen zu können, besonders, wenn die Mächte sie kollektiv forderten [315]). Auch Aehrenthal nahm den Gedanken gut auf, verlangte jedoch, daß die Note die Bereitwilligkeit abzurüsten enthalten müsse [316]). Dazu hatte sich Grey bereits entschlossen [317]). Metternich hatte ihn nämlich auf diese Notwendigkeit hingewiesen [318]), und eine serbische Denkschrift [319]), die erklärte, Serbien werde abrüsten, wenn es von den Mächten gemeinsam angeraten werde, hatte ihn ermutigt. So war er bereit, hierin Aehrenthal entgegenzukommen unter der Bedingung, daß Oesterreich die Versicherung abgebe, Serbien nicht anzugreifen. Diesen durch die Frage der Abrüstung erweiterten Textvorschlag sandte Grey an alle Mächte. Rußland, Frankreich und Italien gaben alsbald

[312]) B. D. V. 683. 686. S. 679 u. 681. Whitehead an Grey. 15. 3. 1909.

[313]) B. D. V. 697. S. 690. Grey an Cartwright. 16. 3. 1909. B. D. V. 707. S. 698. Grey an Goschen. 17. 3. 1909.

[314]) Benckendorff-Siebert I. 45. S. 70. Tel. aus London an Iswolski. 17. 3. 1909.

[315]) B. D. V. 699. S. 694. Whitehead an Grey. 17. 3. 1909.

[316]) B. D. V. 704. S. 696. Cartwright an Grey. 17. 3. 1909.

[317]) B. D. V. 702. S. 695. Grey an Nicolson. 17. 3. 1909.

[318]) B. D. V. 707. S. 698. Grey an Goschen. 17. 3. 1909.

[319]) B. D. V. 763 und Anlage. S. 734. Grey an Whitehead. 24. 3. 1909.

ihre Zustimmung[320]). Aehrenthal gab bereitwillig die Versicherung, daß Oesterreich keinen Angriff auf Serbien im Sinne habe, und daß er jetzt nicht durch eine Note an Serbien die Lage komplizieren, sondern England zu seiner Aktion Zeit lassen werde[321]). Zugleich leistete er der englischen Aufforderung Folge und formulierte einen Text, der Oesterreich zufriedenstellen würde[322]): Serbien fühle sich durch das fait accompli bezüglich Bosniens in seinen Rechten nicht berührt und sehe die Angelegenheit durch das österreichisch-türkische Protokoll als erledigt an. Dem folgte die Versicherung, seine protestierende Haltung aufgeben und den Kurs seiner Politik im Sinne guter Nachbarschaft ändern zu wollen. Dementsprechend sollte es seine Bereitwilligkeit aussprechen, seine Armee auf den Stand vom Frühjahr 1908 zu bringen und die Bildung von Banden aufzugeben. Zu dem letzten Punkte versicherte Aehrenthal, damit eine Fesselung der normalen Entwicklung der serbischen Armee nicht zu beabsichtigen.

Was Aehrenthal hier von Serbien forderte, klang Grey wie eine Abbitte für seine bisherige Haltung[323]). Das schien dem Engländer zuviel verlangt. Auch konnte seiner Meinung nach Serbien nicht erklären, durch die Annexion nicht benachteiligt zu sein. Aber schwerer als die Demütigung Serbiens wog die Rücksicht auf Rußland, das durch solche Forderungen an Serbien, hinter dem es ja stand, mitgetroffen wurde. Ebenso könne Oesterreich nicht von den Mächten verlangen, etwas zur Annahme anraten zu sollen, was sie selbst noch nicht angenommen hätten. Auch Iswolski sprach sich gegen den österreichischen Textentwurf aus[324]). Unter Hinweis auf die Billigung, die sein Vorschlag von Seiten der Mächte erfahren hatte, blieb Grey deshalb bei dem von ihm skizzierten Text, dem er nur den österreichischen Passus über die Abrüstung hinzufügte. Gleichfalls wollte er die österreichische Versicherung, die normale Entwicklung der serbischen Armee nicht hindern zu wollen, bei der Vorlegung des Textes zur Erleichterung der Annahme benutzen[325]). Aber Aehrenthal glaubte im Hinblick auf die von den Serben während der Krise eingenommenen Haltung auf seinem Standpunkt beharren zu müssen. Serbien müsse erklären, eine Aenderung in seiner Politik eintreten zu lassen und durch Anerkennung des Protokolls vom gegenwärtigen Augenblick an alle Absichten auf die annektierten Provinzen aufgeben zu wollen. Andernfalls fürchtete er bei weiterem Offenlassen dieser Frage noch fernerhin Schwierig-

---

[320]) B. D. V. 718. S. 706. Grey an Goschen. 19. 3. 1909. B. D. V. 723. S. 708. Rodd an Grey. 20. 3. 1909. B. D. V. 727. S. 710. Grey an Nicolson. 20. 3. 1909.

[321]) B. D. V. 713. S. 701. Cartwright an Grey. 18. 3. 1909. Oesterr. Akt. II. 1278. S. 141. Tel. Aehrenthals nach London. 19. 3. 1909.

[322]) B. D. V. 720. 721. S. 707. Zwei Tel. Cartwrights vom 19. 3. 1909. Oesterr. Akt. II. 1280. S. 143. Notiz für den englischen Botschafter in Wien. 19. 3. 1909.

[323]) B. D. V. 725. S. 709. Grey an Cartwright. 20. 3. 1909. Oesterr. Akt. II. 1315. 1316. S. 164. Zwei Tel. Mensdorffs aus London vom 22. 3. 1909.

[324]) B. D. V. 733. S. 715. Nicolson an Grey. 21. 3. 1909.

[325]) B. D. V. 725. S. 709. Grey an Cartwright. 20. 3. 1909.

keiten von serbischer Seite[326]). Noch einen Weg gab es, um die Erwähnung des österreichisch-türkischen Protokolls in der serbischen Note unnötig zu machen. Aehrenthal mußte über die schließliche Anerkennung der Annexion durch die Mächte beruhigt werden. In dieser Absicht hatte Cartwright einen Gedanken entwickelt, den Aehrenthal sofort aufgriff[327]). Wenn die Mächte ihm vertraulich und schriftlich versicherten, auf einer künftigen Konferenz ihre Zustimmung zu dem österreichisch-türkischen Protokoll zu geben, dann wollte er sich mit der Erklärung Serbiens zufrieden geben, daß es jede von den Mächten gebilligte Aenderung anerkennen werde. Diesen Vorschlag hatte Aehrenthal auf die Anregung des englischen Botschafters hin gemacht, ein Umstand, der in England zunächst unbekannt blieb.

Auf die Nachricht von der österreichischen Ablehnung, und als erst der Umriß, aber noch nicht die genauere Textierung des letzten Vorschlages Aehrenthals nach London gelangt war, hatte Grey seinerseits einen neuen Text entworfen[328]). Serbien, das kein Recht auf Bosnien besitzt, soll jede Aenderung des Berliner Vertrages anerkennen, gleichgültig ob sie durch ein fait accompli, ein österreichisch-türkisches Abkommen oder auf irgend eine andere Art zustande gekommen ist. Sodann kam die englische Formulierung, daß Serbien sich verpflichten solle, keine unfreundlichen Maßnahmen zu ergreifen und vom gegenwärtigen Augenblick an gute Nachbarschaft zu halten, dem österreichischen Standpunkt entgegen, vermied aber die Form einer Abbitte für Vergangenes dadurch, daß sie nicht von einer Kursänderung der Politik sprach. Dazu sollte Serbien auf Grund der Versicherungen Oesterreichs, keine Angriffsabsichten zu hegen, Serbien in seiner Unabhängigkeit und Integrität nicht antasten und die normale Entwicklung der serbischen Armee nicht hindern zu wollen, sich bereit erklären, seine Truppen auf Friedensstand zu setzen und seine Banden zu entwaffnen. Grey ließ diesen Text nach Wien mit der Bemerkung übermitteln, sich nach einem Fehlschlag dieses Angebotes zurückzuziehen und die Verantwortung dann Oesterreich zuschieben zu wollen.

Noch vor der Absendung des letzten englischen Textentwurfes hatten im Foreign Office Mallet und Hardinge den Aehrenthalschen Vorschlag eines sofortigen Versprechens der Mächte, auf einer künftigen Konferenz das österreichisch-türkische Abkommen anzuerkennen, nicht unsympathisch gegenübergestanden[329]). Aber Hardinge hatte bereits darauf hingewiesen, daß die Haltung Englands von der Rußlands abhängig sein müsse. Aus diesem Grunde war es nicht verwunderlich, daß Grey auch noch nach dem Empfang des genauen Textes der von Aehrenthal vorgeschlagenen Erklärung der Mächte

[326]) B. D. V. 732. S. 714. Cartwright an Grey. 21. 3. 1909. Oesterr. Akt. II. 1313. S. 162. Schreiben an den englischen Botschafter in Wien. 22. 3. 1909.

[327]) Oesterr. Akt. II. 1323. S. 168. Tel. Aehrenthals nach London. 23. 3. 1909.

[328]) B. D. V. 739. 741. S. 719 f. Grey an Cartwright. 22. 3. 1909.

[329]) B. D. V. 735. S. 717. Cartwright an Grey. 22. 3. 1909.

und Serbiens, und trotz der Ablehnung seines letzten Textentwurfes durch Aehrenthal, dem er nicht genügte, an ihm dennoch festhielt [330]). Es war die Rücksicht auf Serbien und vor allem auf das hinter diesem stehende Rußland, die Grey zu seiner Haltung bestimmte. Einmal wollte er Rußland eine Demütigung ersparen. Sodann aber war man in England, wie ein Vermerk Hardinges zeigt, der Ansicht, daß die von Oesterreich vorgeschlagene Vorgangsweise dazu führen werde, eine Konferenz zugunsten eines Notenaustausches überflüssig zu machen [331]). In England hielt man nun freilich das letztere für das Bessere. Doch zwang die Rücksicht auf Rußland die Engländer, von dem Konferenzgedanken nicht abzugehen [332]).

Damit rückt die russische Haltung in den Mittelpunkt. Auf den deutschen Vorschlag, Rußland solle sich zum Zwecke der Ermöglichung eines Druckes auf Serbien zur formellen Sanktion der Abänderung des Artikels 25 bereit erklären, wenn Oesterreich es darum ersuche, hatte Iswolski die Antwort geplant, einem solchen Ersuchen „mit dem aufrichtigen Wunsche entgegenzukommen, hierin die Grundlagen einer Lösung zu finden, die für alle Signatarmächte des Berliner Vertrages in gleicher Weise befriedigend wäre" [333]). In England hatte man den deutschen Vorschlag, als man ihn von Aehrenthal erfuhr, als recht günstig angesehen [334]). Er grub der Konferenz das Wasser ab und befreite somit England unter Umständen von der Erörterung einiger für es wenig angenehmer Konferenzpunkte, wie der Frage der türkischen Zollerhöhung und der Kapitulationen. Doch richtete man sich nach der Haltung Rußlands, von dem man nicht annahm, daß es diesen Vorschlag akzeptieren werde. In der russischen Antwort jedoch, die ihm vor der Mitteilung an Deutschland vorgelegt wurde, glaubte Grey die Aufgabe der Konferenz und die Akzeptierung des Gedankens eines Notenaustausches zu sehen [335]). Gegen dieses Verfahren hatte er, so gab er den Russen bekannt, sonst nichts einzuwenden. England habe sich hauptsächlich deshalb für die Konferenz ausgesprochen, weil Rußland dies getan habe [336]). Er sei dazu bereit, wenn die russische Regierung es für möglich halte, auch ihrerseits sich mit der Lösung der bosnischen und bulgarischen Frage sowie der Frage des Artikels 29, auf der besonders Italien bestand, durch einen Notenaustausch einverstanden zu erklären. Doch wollte Grey erst die serbische Frage gelöst wissen, bevor Rußland Deutschland die Antwort mitteilte. Er glaubte wohl sonst, in den Verhandlungen über den Text der serbischen Note allzu sehr ins Hintertreffen zu geraten. Gedrängt von dem deutschen Botschafter aber hatte Iswolski bereits am

330) B. D. V. 750. 756. S. 724 u. 730. Grey an Cartwright. 23. 3. 1909. B. D. V. 755. S. 729. Grey an Goschen. 23. 3. 1909.

331) B. D. V. 735. S. 717. Vermerk zu einem Tel. Cartwright vom 22. 3. 1909.

332) Siehe unten S. 68.

333) Benckendorff-Siebert I. 46. 49. S. 73 u. S. 75. Zwei Tel. Iswolskis nach London u. Paris. 17. 3. 1909.

334) B. D. V. 700. S. 694. Cartwright an Grey. 17. 3. 1909.

335) B. D. V. 714. S. 702. Grey an Nicolson. 18. 3. 1909.

336) Benckendorff-Siebert I. 52. S. 78. Tel. aus London. 19. 3. 1909.

20. März seine Antwort gegeben; er fügte jedoch, da er nicht gewillt war, den Konferenzgedanken aufzugeben, einen Passus hinzu, der feststellte, daß durch diese von Deutschland vorgeschlagene Vorgangsweise eine Konferenz nicht überflüssig gemacht werde[337]). Die Antwort war nach Iswolskis eigenen Worten unklar gehalten[338]). Einwendungen gegen den deutschen Vorschlag wollte er nicht machen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, das Hindernis einer friedlichen Lösung zu sein. Er hoffte jedoch auf Einwände von Seiten der anderen Mächte. So trachtete Iswolski trotz seiner prekären Lage immer noch, die Politik des Offenlassens der Streitpunkte fortzusetzen.

In dieser Lage suchte England Iswolski beizustehen, indem es im russischen Interesse sich bemühte, Serbien eine Demütigung zu ersparen, und den österreichischen Vorschlag sofortiger vertraulicher Mitteilungen der Mächte über deren künftige Zustimmung zur Annexion ablehnte, um die von Rußland noch immer gewünschte Konferenz nicht zu gefährden. Das bedeutete aber keineswegs, daß es sich überhaupt weigern wollte, die Annexion anzuerkennen. Man machte in England die Zustimmung nur von einer Abänderung des Artikels 29 des Berliner Vertrages zugunsten Montenegros und von einer friedlichen Lösung der serbischen Frage abhängig[339]).

Die englisch-österreichischen Verhandlungen über den Notentext hatten sich am 23. März festgefahren. Oesterreich war fest entschlossen, von seinen Forderungen nicht abzugehen. Grey wollte mit Rücksicht auf Rußland nicht nachgeben. Da trat am 24. März ein Umschwung ein.

Die russische Antwort vom 20. März hatte in Berlin nicht befriedigt[340]). Am 22. März forderte Pourtalès in Petersburg eine klare Antwort, das Versprechen einer bedingungslosen formellen Zustimmung zur Annexion. Andernfalls wollte Deutschland bei einer ablehnenden oder ausweichenden Antwort „den Dingen freien Lauf lassen und Rußland für die Folgen verantwortlich machen". Am 24. März gab Iswolski das Versprechen, bei einer österreichischen Anfrage seine bedingungslose formelle Zustimmung zu geben[341]).

Es erhebt sich unwillkürlich die Frage, warum Iswolski so schnell und so bedingungslos nachgegeben hat. Dazu müssen wir uns die Lage des russischen Außenministers klarmachen. England hatte stets darauf hingewiesen, daß seine Unterstützung nur eine diplomatische sein werde, und Frankreichs Schritt vom 26. Februar konnte als Vorbehalt und Einschränkung der Bündnisverpflichtung gegenüber Rußland verstanden werden, für den Fall, daß sich an der serbischen Frage ein Krieg entzünden sollte. Die Frage, ob er das wirklich bedeutete, tritt zurück hinter der Art, wie Iswolski seine Lage ansah. Er fühlte sich isoliert und stellte fest, daß Frankreich selbst diplo-

[337]) B. D. V. 714. S. 702. G. p. XXVI. 2. 9458. S. 691. Tel. Pourtalès'. 20. 3. 1909.

[338]) B. D. V. 722. 729. S. 708 u. S. 711. Nicolson an Grey. 20. 3. 1909.

[339]) B. D. V. 750. S. 724. Grey an Cartwright. 23. 3. 1909.

[340]) G. p. XXVI. 2. 9460. S. 693. Bülow an Poutalès. 21. 3. 1909. G. p. XXVI. 2. 9461. S. 696. Bülow an Tschirschky. 21. 3. 1909.

[341]) B. D. V. 753. S. 727. Nicolson an Grey. 23. 3. 1909.

matisch ihn nur très mollement unterstützte. Seine Lage war kritisch und er glaubte jetzt des Bundesgenossen und des Ententepartners nicht mehr sicher zu sein; hatte er doch von dem Vorschlag Cartwrights in Wien Kenntnis erhalten [342]).

Es bleibt noch die Frage, ob die Lage überhaupt so kritisch war, ob ein Krieg wirklich drohte. Iswolski glaubte Anzeichen zu haben, daß Oesterreich Vorbereitungen traf [343]). In Wien hatte man auch tatsächlich gewisse Maßnahmen ergriffen. Anfang März waren an die österreichischen Vertretungen in Belgrad und Cettinje Instruktionen für den Fall ernsterer Verwicklungen ergangen [344]). Am 16. März war in Berlin angefragt worden, ob Deutschland die diplomatische Vertretung und den Schutz der österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen zu übernehmen gewillt sei. Dem war am 15. März die Zustimmung Kaiser Franz Josephs zu Truppenverschiebungen nach Bosnien vorangegangen [345]). Diese Vorgänge werden in Rußland nicht unbekannt geblieben sein.

In diesem Zusammenhange ist es wohl angebracht, einen Blick auf die österreichischen Absichten zu werfen. In einem Schreiben Aehrenthals an Bülow vom 20. Februar [346]) betonte der Oesterreicher zwar, daß er keinen Krieg wolle, daß aber durch das Verhalten Serbiens eine Lage geschaffen werden könnte, welche die österreichische Politik „mit Rücksicht auf die Bedeutung, welche die Annexion für die vitalen Interessen der Monarchie besitze, zwingen könnte, wenn es unbedingt notwendig wäre, einen Waffengang mit dem Save-Königreich ins Auge zu fassen". Und in dem gleichen Schreiben stellte er fest: wenn Serbien auf Verlangen Oesterreichs keine zufriedenstellenden Erklärungen abgebe, „dann wäre allerdings der Moment für die Stellung eines Ultimatums gekommen, welches dann unser Verhältnis in die letzte und entscheidende Phase bringen würde". Auch scheint man in Oesterreich in einem Momente höchster Spannung kurz vor der schließlichen Lösung an eine gewaltsame Beendigung der Krise gedacht zu haben [347]).

So unrecht hatte also Iswolski nicht, wenn er den Ausbruch eines Krieges befürchtete. Aehrenthal ließ ja auch in England keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er, falls die englische Vermittlung fehlschlagen sollte, eine Note an Serbien senden werde, die, wenn sie auch nicht direkt ein Ultimatum wäre, so doch ultimativen Charakter

---

[342]) B. D. V. 753. S. 727. 761. S. 732. 764. S. 736. 813. S. 766, Nicolson an Grey vom 23., 24. u. 31. 3. 1909.

[343]) B. D. V. 753. S. 727. 761. S. 732. 764. S. 736.

[344]) Oesterr. Akt. II. 1271 Anmerkung. S. 138.

[345]) Conrad I. S. 156.

[346]) Oesterr. Akt. I. 1022. S. 852. Aehrenthal an Bülow. 20. 2. 1909.

[347]) Conrad berichtet in seinem Werk: „Aus meiner Dienstzeit" I. S. 162, daß man sich in Oesterreich am 29. März zu einer gewaltsamen Lösung entschlossen und gleichzeitig auch die teilweise Mobilmachung beschlossen habe. Beides sei unmittelbar darauf wieder rückgängig gemacht worden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Conrad bei seiner Datumsangabe ein Gedächtnisfehler unterlaufen ist. Denn der österreichische Schritt zu einer gewaltsamen Lösung und einer teilweisen Mobilmachung würde vielmehr der Situation entsprechen, die vom 26. bis 28. März vormittags bestand. Siehe unten S. 67.

tragen würde[348]). Alle Zusicherungen, gegen Serbien nichts zu unternehmen, bezogen sich nur auf die Dauer der englischen Bemühungen. Angesichts dieser ganzen bedrohlichen Lage mußten die Worte der deutschen Note an Rußland, daß Deutschland bei einer ungenügenden Antwort „den Dingen ihren Lauf lassen" wolle, für Iswolski eine Bedeutung bekommen, der über den ursprünglichen Sinn, der sich auf die von Aehrenthal angedrohte Veröffentlichung der geheimen Schriftstücke bezog, hinausging. Zu einem Krieg aber durfte es Iswolski ja nicht kommen lassen, das war ihm durch die Ministerratssitzung vom 13. März zur Pflicht gemacht worden. So sah sich Iswolski genötigt nachzugeben[349]).

Als Nicolson von der Absicht Iswolskis erfahren hatte, der deutschen Aufforderung Folge zu leisten, hatte er die sofortige Zustimmung Rußlands, die er als eine Unterwerfung ansah, hinauszuschieben versucht[350]). Er hatte Iswolski geraten, sich mit der englischen und französischen Regierung in Verbindung zu setzen. Denn er fürchtete die ungünstigsten Auswirkungen für die englisch-österreichischen Verhandlungen. Gegenüber den russischen Befürchtungen vor einem österreichischen Angriff auf Serbien hatte er auf die friedlichen Versicherungen Aehrenthals bei Beginn der Vermittlungsaktion Greys hingewiesen. Seine Bemühungen waren erfolglos geblieben. Die russische Zusage wurde aufrechterhalten.

Die Lage war durch den Entschluß Rußlands somit wesentlich verändert. Sie wurde es noch mehr durch Iswolskis nunmehrige Haltung zu den von England und Oesterreich vorgeschlagenen Textentwürfen. Iswolski hatte ja nunmehr seine vorherige Zustimmung zur Anerkennung der Annexion gegeben. So stand er dem darauf basierenden Aehrenthalschen Text, der Serbien einfach auf den Beschluß der Mächte verwies, günstiger gegenüber als dem Vorschlag Greys, nach dem die Mächte in Belgrad den Rat geben sollten, jede Veränderung, und sei sie auch durch ein fait accompli erfolgt, anzuerkennen[351]). Zudem wünschte man in Rußland wohl auch, aus der üblen Situation endlich möglichst schnell herauszukommen, nachdem man in der Hauptsache bereits nachgegeben hatte. Da auch eine Weigerung Serbiens nach der spontanen Erklärung des Wiener serbischen Gesandten an Cartwright, wonach Serbien fast jeden Text anzunehmen bereit war, nicht befürchtet zu werden brauchte[352]), gab Grey den russischen Wünschen nach[353]). Hardinge

[348]) Aehrenthal dachte nach B. D. V. 745 daran, daß Oesterreich bei einem Fehlschlagen der englischen Vermittlung sich die Zusicherungen Serbiens auf eine andere Weise holen werde. Nach Cartwright B. D. V. 735. war dabei an ein Ultimatum zu denken.

[349]) Nach dem oben Dargelegten möchte ich dem persönlichen Motive Iswolskis, der die angedrohte Veröffentlichung der geheimen Pièces und damit seine Bloßstellung befürchtete, nicht die große Bedeutung für das schnelle Umfallen des russischen Staatsmannes zuweisen, wie Read es tut S. 56 ff. Damit streite ich ein Mitwirken dieses Momentes nicht ab, sehe aber trotzdem als den Hauptgrund für den Entschluß Iswolskis die ungünstige politische Lage Rußlands an.

[350]) B. D. V. 753. 761. 764.

[351]) B. D. V. 749. 754. S. 724 u. S. 729. Nicolson an Grey. 23. 3. 1909.

[352]) B. D. V. 745. S. 722. Cartwright an Grey. 23. 3. 1909.

brachte die englische Auffassung in die Worte[354]): man habe nicht päpstlicher als der Papst sein wollen. Iswolski hatte an dem österreichischen Text nur einige die Schärfe des Tone mildernde Wortänderungen vorgeschlagen. Grey ließ jedoch, um die Note annehmbarer zu machen, bei der Erklärung, daß Serbien seine protestierende Haltung aufgebe, die Worte stehen, die diese Umstellung Serbiens „vom gegenwärtigen Augenblick" an versicherten[355]). Denn das war während der ganzen Verhandlungen eine Hauptforderung Oesterreichs gewesen. Von sich aus änderte er die Stelle, an der nach dem österreichischen Texte Serbien die Abrüstung als seinen eigenen friedlichen Versicherungen entsprechend begründete, dahin ab, daß die Abrüstung im Vertrauen auf die friedlichen Versicherungen Oesterreichs geschehe. Oesterreich lehnte aber die Anregungen, die den Ton der Note zu mildern suchten, fast restlos ab. Nur bei der von England vorgeschlagenen Aenderung wurde ein Kompromiß erzielt. Serbien begründete darnach seine Abrüstung sowohl als seinen anderen Erklärungen entsprechend wie auch mit dem Vertrauen, das es zu den friedlichen Absichten Oesterreichs habe. Grey nahm schließlich am 26. März die von Aehrenthal durchkorrigierte Note an .Er tat es, um nicht durch Haarspalterei den Frieden zu gefährden[356]). Die Note lautete somit in ihrer endgültigen Formulierung[357]): „La Serbie reconnaît, qu'elle n'a pas été atteinte dans ses droits par le fait accompli créé en Bosnie-Herzegowine et qu'elle se conformera par conséquent à telle décision que les Puissances prendront par rapport à l'Article 25 du Traité de Berlin. Se rendant aux conseils des Grands Puissances, la Serbie s'engage dès à présent à abandonner l'attitude de protestation et d'opposition qu'elle a observé à l'égard de l'annexion depuis l'automne dernier et s' engage en outre à changer les cours de sa politique actuelle envers l'Autriche-Hongrie pour vivre désormais avec cette dernière sur le pied d'un bon voisinage.

Conformement à ces déclarations et confiante dans les intentions pacifiques de l'Autriche-Hongrie, la Serbie ramènera son armée à l'état du printemps de 1908 en ce qui concerne son organisation, sa dislocation et son effectif. Elle désarmera et licenciera ses volontaires et ses bandes, et elle empêchera la formation des nouvelles unités irrégulières sur son territoire".

---

[353]) B. D. V. 757. S. 730. Grey an Nicolson. 24. 3. 1909. B. D. V. 758. S. 731. Grey an Cartwright. 24. 3. 1909.

[354]) B. D. V. 807. Anmerkung. Hardinge an Nicolson. 30. 3. 1909. Nach Lübbing S. 60 „brachte England in diesem letzten Stadium der Krise Serbien weit mehr Sympathien entgegen als Rußland". Ebenso S. 96: „Keine europäische Macht, auch nicht das Serbien besonders nahe stehende Rußland, ließ sich zu einer solchen Parteinahme für Serbien hinreißen". An obiger Stelle wird klar, daß England nur dem ihm selbst unangenehmen Wunsch Rußlands zuliebe (s. o. S. 29. 30. 40. 46. 50 f.) sich so weit für Serbien eingesetzt hatte.

[355]) B. D. V. 758. S. 731. Grey an Cartwright. 24. 3. 1909. B. D. V. 766. S. 737. Cartwright an Grey. 25. 3. 1909.

[356]) B. D. V. 771. S. 741. Grey an Nicolson. 26. 3. 1909.

[357]) B. D. V. 773. S. 742. Cartwright an Grey. 26. 3. 1909. B. D. V. 782. S. 747. Grey an Nicolson. 27. 3. 1909.

Die Zustimmung der Mächte zu diesem Textentwurf zu erreichen, stieß nunmehr auf keine Schwierigkeiten. Rußland hatte sich bereits am 27. März für die Annahme des Textes ausgesprochen [358]).

England hatte bei der Formulierung des Wortlautes der serbischen Note nachgegeben. In der Frage der Zustimmung zum österreichisch-türkischen Abkommen tat es das nicht ohne weiteres. Wir sahen schon, wie Nicolson sich bemühte, die bedingungslose Zustimmung Rußlands, die er als Unterwerfung ansah, zu verhindern. Als Deutschland nach Empfang der russischen Zusage mit dem gleichen Vorschlag an England herantrat [359]), brach der englische Aerger über den Berliner Erfolg offen hervor. Man empfand den deutschen Schritt als eine Pression der man nicht wie Rußland gewillt war nachzugeben. Grey machte vielmehr die englische Zustimmung von Bedingungen abhängig. [360]). Seine Antwort lautete: England sei nicht geneigt, die gewünschte Zusicherung zu erteilen, ehe nicht die serbische Frage in friedlicher Weise nach Richtlinien, welche es und die anderen Mächte befriedigten, beigelegt, und ehe nicht ein Lösung anderer aus der Annexion Bosniens durch Oesterreich sich ergebenden Fragen, besonders der Abänderung des Artikels 29, gesichert sei. Nach Erreichung dieses Ergebnisses werde die englische Regierung bereit sein, jedem friedlichen Vergleich, der auf gegenseitigem Wohlwollen unter den Mächten basiere, zuzustimmen. Grey gab diese Antwort, die er auch Mensdorff mitteilte, in einem Augenblick, als der Abschluß der englisch-österreichischen Verhandlungen noch nicht endgültig gesichert war. Wenn bei ihr also auch die Absicht mitgespielt haben wird, den Hebel der englischen Zustimmung zur Annexion nicht aus der Hand zu geben, um durch die dadurch hervorgerufene Ungewißheit bremsend auf die österreichischen Entschlüsse zu wirken, so wird doch weniger die Furcht vor einer intransigenten Haltung Oesterreichs die obige Antwort veranlaßt haben, als vielmehr eine ärgerliche Stimmung, hervorgerufen durch die den eigenen Bemühungen parallel laufende deutsche Vermittlung, deren Erfolg und die Niederlage des Ententegenossen.

Von Frankreich erhielt Deutschland eine gleiche Antwort, die nur im Ton entgegenkommender war [361]). Die italienische Antwort machte nur das Entgegenkommen Oesterreichs hinsichtlich des Artikels 29 zur Bedingung [362]).

Inzwischen war man sich über den Textentwurf einig geworden. Aehrenthal wünschte deshalb Klarheit über die englische Haltung. Er ersuchte Grey, ihm mündlich, aber offiziell zu versichern, daß Oesterreich eine Zusage ohne Vorbehalte bekomme, wenn es sich an England um Aufhebung des Artikels 25 wende [363]). Dafür wollte Aehrenthal mit

[358]) B. D. V. 776. S. 744. Cartwright an Grey. 26. 3. 1909.
[359]) B. D. V. 763. Herausgeber. S. 735. Memorandum Montgomerys vom 24. 3. 1909.
[360]) B. D. V. 768. 770. S. 739 f. Grey an Goschen. 25. 3. 1909. B. D. V. 774. S. 743. Grey an Cartwright. 26. 3. 1909.
[361]) B. D. V. 783. S. 748. Bertie an Grey. 27. 3. 1909. Benckendorff-Siebert I. 57. S. 84. Tel. Iswolskis nach Berlin. 26. 3. 1909.
[362]) B. D V 769. S. 739. Rodd an Grey. 25. 3. 1909.
[363]) B. D. V. 785. S. 749. Cartwright an Grey. 27. 3. 1909.

seinem Ersuchen warten, bis die Vermittlung der Mächte geglückt oder gescheitert sei. Er rechnete übrigens mit einem Erfolg. Grey erklärte daraufhin, unter der Bedingung, daß dieser sein Ersuchen erst nach der Vermittlung stelle und die serbische Note akzeptiere, vorbehaltlos der Aufhebung des Artikels 25 zustimmen zu wollen; auch dann war er dazu bereit, wenn Serbien die Absendung der Note verweigern würde. Die Bedingung betreffs des Artikels 29 sah er durch die inzwischen zu Italiens Zufriedenheit erfolgte Regelung erfüllt[364]). Ein österreichischer Schritt, den Mensdorff in der Nacht vom 27. zum 28. März ausführte, um die gewünschte englische Zusicherung zu bekommen, die noch nicht in Wien eingetroffen war, erledigte sich somit[365]).

Der Weg zur endgültigen Regelung der serbischen Frage war damit frei. Auf englischen Wunsch gab Aehrenthal zur Erleichterung des Schrittes in Belgrad den Mächten die Erklärung, daß Oesterreich nicht im Sinne habe, der normalen Entwicklung der serbischen Armee Fesseln anzulegen, und friedliche Versicherungen von der Art ab, wie er sie bei Beginn der Verhandlungen England gegeben hatte[366]). Am 30. März erfolgte die Kollektivdémarche der Mächte in Belgrad[367]). Serbien wurde dabei, besonders von englischer Seite daraufhingewiesen, daß eine wörtliche Annahme des Textes notwendig sei, und daß es sich klar sein müsse, daß es die Folgen einer Weigerung zu tragen habe. Am 31. März wurde die Note, nachdem sie vorher auf englische Aufforderung hin, Cartwright zur Kontrolle vorgelegt worden war, vom serbischen Vertreter in Wien überreicht[368]). Oesterreich erklärte seine Zufriedenheit[369]).

Der zweite Vorbehalt, den England gemacht hatte, die Abänderung des Artikels 29 zugunsten Montenegros, machte keine Schwierigkeiten mehr. Von England unterstützt, gelang es Italien und Oesterreich, die zu einer Einigung gelangt waren, sie in Montenegro zur Annahme zu bringen; ebenso eine Erklärung Montenegros, die Entscheidung der Mächte über den Artikel 25 anzunehmen, und forthin freundschaftliche Beziehungen und gute Nachbarschaft mit Oesterreich zu unterhalten[370]). Iswolski protestierte zwar dagegen, daß die montenegrinische Angelegenheit zwischen Italien und Oesterreich, ohne ihn zu fragen, vorhandelt würde. Er ließ es Nicolson gegenüber nicht an Vorwürfen fehlen und sprach nach dieser neuen Niederlage von der Notwendigkeit seines Rücktrittes[371]). Dieser Einspruch wurde jedoch von ihm nicht aufrechterhalten und beeinflußte den Gang der Verhandlungen nicht weiter.

---

[364]) B. D. V. 786. S. 750. Grey an Cartwright. 27. 3. 1909.
[365]) B. D. V. 789. S. 752. Mensdorff an Grey. 28. 3. 1909 und ein Memorandum Greys.
[366]) B. D. V. 793. S. 754. Cartwright an Grey. 28. 3. 1909.
[367]) B. D. V. 805. S. 762. Whitehead an Grey. 30. 3. 1909.
[368]) B. D. V. 809. S. 765. Cartwright an Grey. 31. 3. 1909.
[369]) B. D. V. 819. S. 769. Grey an Cartwright. 1. 4. 1909.
[370]) B. D. V. Anhang II. S. 819. Auszug aus einem Memorandum Parkers vom 29. 7. 1909.
[371]) B. D. V. 828. S. 774. Nicolson an Grey. 6. 4. 1909.

Nach der friedlichen Lösung der serbischen Krise und der Abänderung des Artikels 29 nahm Grey keinen Anstand mehr, seinem Versprechen nachzukommen. Am 16. April beauftragte er Cartwright, an Aehrenthal eine Note zu richten, in der er diesen über die Zustimmung Englands zur Abschaffung des Artikels 25 des Berliner Vertrages unterrichten sollte[372]). Entsprechende Erklärungen der anderen Mächte waren teils vorangegangen, teils folgten sie dem englischen Schritte.

Als Ende April auch das am 19. April unterzeichnete bulgarisch-türkische Protokoll die Billigung der Mächte fand[373]), dem die Anerkennung der bulgarischen Unabhängigkeit folgte, war die seit dem Herbst 1908 dauernde Krise endgültig vorüber.

Der Gedanke der Konferenz erwies sich angesichts der erreichten Lösung als überflüssig. Er hatte schon im Verlauf der Krise eine wesentliche Aenderung erfahren. Tittoni war Mitte März mit dem Vorschlag hervorgetreten, die Konferenz auf die drei Punkte des österreichisch-türkischen Protokolls, des russisch-türkischen Abkommens und des Artikels 29 zu beschränken[374]). Von England wurde der Gedanke aufgenommen und sogar gegen Rußland vertreten[375]). In England hätte man am liebsten die Konferenz damals schon aufgegeben; dem Gedanken eines Notenaustausches, auf dem der deutsche Schritt in Petersburg hinzuzielen schien, stand man nicht unsympathisch gegenüber[376]). Die Rücksicht auf Rußland jedoch ließ England an dem Konferenzgedanken festhalten[377]). Und Rußland hatte bis zuletzt die Konferenz nicht aufgeben wollen. Nach einer Unterredung Nicolsons mit Iswolski schien bei letzterem sogar noch der Gedanke zu spuken, den Artikel 25 auf einer Konferenz durch einen anderen zu ersetzen[378]). Indessen standen Deutschland und Oesterreich, die unter Umständen den Tittonischen Vorschlag angenommen haben würden, der Konferenz ablehnend gegenüber[379]). Da die anderen Mächte, wie ja auch England ebenfalls wenig interessiert waren, ließ man den Konferenzgedanken stillschweigend fallen.

[372]) B. D. V. 839. S. 786. Grey an Cartwright. 16. 4. 1909.

[373]) B. D. V. 853. S. 791. Lowther an Grey. 24. 4. 1909.

[374]) B. D. V. 726. S. 710. Comte de Bosdari an Grey. 20. 3. 1909. G. P. XXVI. 2. 9510. S. 754. Schreiben Aehrenthals nach Berlin. 15. 3. 1909. G. P. XXVI. 2. 9511. S. 754. Dem österreichischen Botschafter übergebenes Aide-mémoire. 16. 3. 1909.

[375]) G. P. XXVI. 2. 9520. S. 763. Tel. Metternichs. 20. 3. 1909. Bencken-dorff-Siebert I. 52. S. 78. Tel. aus London. 19. 3. 1909.

[376]) B. D. V. 714. S. 702. Grey an Nicolson. 18. 3. 1909.

[377]) Lübbing schließt S. 55 und 95 aus Telegrammen Tschirschkys und Marschalls (G. P. XXVI. 2. 9519 23.), daß England in dem letzten Stadium der Krise den Gedanken einer Konferenz propagiert und Grey „sich für die Verwirklichung dieses Konferenzgedankens mit allem Nachdruck eingesetzt hat". Dem widerspricht ebenfalls in den deutschen Akten das Telegramm Metternichs G. P. XXVI. 2. 9520. Auch würde eine solche Haltung der Stellung Englands während der ganzen Krise widersprochen haben, in deren Verlauf es den Konferenzgedanken im Grunde doch stets mit Zurückhaltung gegenüber gestanden hat. Siehe oben S. 14. 49. 61.

[378]) B. D. V. 753. S. 727. Nicolson an Grey. 23. 3. 1909.

[379]) G. P. 9510. 9511. S. 754.

VII. Zusammenfassung.

Der Eindruck der bosnischen Krise in England.

So war die Krise, die seit dem Herbst 1908 Europa in Atem hielt, doch zu einem friedlichen Ausgang gelangt. Rußland, auf dessen Rechnung die lange Dauer der Krise kam, hatte seinen Widerstand aufgeben müssen. Die Frage, ob es zu einem Kriege gekommen wäre, wenn das Zarenreich stärker dagestanden hätte, ist kaum zu beantworten. Denn bei einem stärkeren Rußland wäre Oesterreich wohl nachgiebiger gewesen; Aehrenthal rechnete jedenfalls bei seinem ganzen Vorgehen sehr stark mit der Tatsache, daß Rußland es nicht zu einem Bruche kommen lassen könne[380]). Diese Ausnutzung der russischen Schwäche rief in England eine tiefe Verstimmung hervor. Man war ärgerlich darüber, daß Aehrenthal sich in Formfragen so unnachgiebig zeigte. Vor allem aber sah man das deutsche Eingreifen mit Erbitterung an. Denn man hielt in London den Druck, der Rußland zum überstürzten Nachgeben zwang, für überflüssig[381]). Aus Aerger darüber hatte Grey schon, als Deutschland mit der gleichen Aufforderung wie an Rußland auch an England herantrat, eine ablehnende und unliebenswürdige Antwort erteilt[382]). Ebenso forderte England Deutschland nicht zur Teilnahme an der Démarche vom 30. März in Belgrad auf; und es wurde von englischer Seite nicht gern gesehen, daß der deutsche Gesandte in Serbien, auf russische Aufforderung hin aus eigener Initiative sich daran beteiligte[383]).

Für den übrigen Verlauf der Krise kann man jedoch der englischen Regierung nicht den Vorwurf einer intransigenten Haltung machen. Die Auffassung Aehrenthals, daß man in London aus dem Glauben heraus, daß die österreichische Politik von Berlin inspiriert werde, der Wiener Regierung auf jede Weise Schwierigkeiten bereite, ist unzutreffend[384]). England hat seine Interessen vertreten. Durch sein Eintreten für die Türkei sicherte es sich deren Sympathien. Schwierigkeiten bereitete vor allem das Verhältnis zu Rußland. Die englische Haltung war hier von mehreren Faktoren abhängig. Die Interessen Englands in Asien und der Gegensatz zu Deutschland ließen es die enge Fühlungnahme mit Rußland als notwendigstes

---

[380]) Oesterr. Akt. I. 1022. S. 852. Aehrenthal an Bülow. 20. 2. 1909. Deshalb ist es gewagt, so sicher wie Lübbing S. 85 zu erklären: „Wenn Rußland militärisch so gut vorbereitet gewesen wäre wie im Juli 1914, wäre der Weltkrieg 1908 zum Ausbruch gekommen".

[381]) Lübbing bezeichnet S. 67 ebenfalls die deutsche Démarche als überflüssig und nicht gerechtfertigt. Demgegenüber steht aber fest, daß Grey den österreichischen Forderungen in der serbischen Frage erst nachgab, als Rußland auf das deutsche Ansinnen eingegangen war. Siehe oben S. 93, 97.

[382]) Siehe oben S. 66.

[383]) B. D. V. 807. S. 763. Vermerke zu einem Tel. Goschens vom 30. 3. 1909.

[384]) Diese sogenannte Esel-Sack-Theorie entwickelte Aehrenthal in einem Privatschreiben an Mensdorff vom 30. November 1908. Oesterr. Akt. I. 681. S. 536.

Gebot der englischen Politik ansehen[385]). Diese Hauptlinie der englischen Politik wurde aber im Anfange der Krise durchbrochen durch die Rücksicht auf die Türkei, die England zwang, sich den Meerengenwünschen Iswolskis entgegenzustellen. Im weiteren Verlauf der Krise wurde es dann die Aufgabe der Engländer, den russischen Balkanwünschen aus Dank für die nachgiebige Haltung des russischen Außenministers in London Rechnung zu tragen und mit dem englischen Ziele der Erhaltung des Friedens in Einklang zu bringen[386]). So sahen wir England wiederholt auf die russische Politik bremsend und mildernd einwirken. Man tadelte die russische Haltung, die durch das Offenlassen der Streitfragen ein Nachgeben vermeiden wollte, und damit nach englischem Urteil den Frieden gefährdete[387]). Es trug durch sein Verhalten in der Frage des Balkanbundes[388]) und das Hinwirken auf eine österreichisch-türkische Verständigung[389]) dazu bei, der russischen Taktik immer mehr den Boden zu nehmen. Vor allem aber sahen wir England, je mehr es die Unmöglichkeit einsah, von Oesterreich territoriale Kompensationen bewilligt zu erhalten, um so stärker in dieser Frage auf Rußland wirken, bis es schließlich zusammen mit Frankreich Iswolski zur Aufgabe dieses russischen Hauptwunsches drängte[390]). Die englische Politik war also keine bedingungslose Unterstützung der russischen Politik gewesen[391]). Erst

[385]) Siehe oben S. 47.

[386]) Ich kann bei England keine kriegerischen Absichten feststellen, wie es Lübbing S. 85 ff. tut. Die Antwort Greys auf die Frage Benckendorffs B. D. V. 441., wie England sich in einer Krise stellen würde, die über dem Balkan ausbräche und Deutschland auf der Seite Oesterreichs sehen würde, war ausweichend und läßt keinen sicheren Schluß auf Englands Stellung in einem eventuell ausbrechenden Kriege zu. Und in den Worten Greys B. D. V. 621.: Die Zeit ist gekommen, wo Rußland sich entscheiden sollte, ob es Serbien bewaffnete Unterstützung zur Erlangung von Gebietsentschädigungen leisten oder ihm im kritischen Augenblicke sagen will, daß im Interesse des Friedens diese Forderungen nicht unterstützt werden können. sehe ich auf Grund des ganzen sonstigen Tenors dieses Telegrammes, in dem er Rußland unter anderem auch in Erinnerung zurückrufen ließ, daß England nur seine diplomatische Unterstützung zugesagt habe, eine Mahnung an Rußland. Andere Nachrichten über eine englische Kriegshetze, die Lübbing anführt, tragen zu sehr den Stempel des Gerüchtes an sich. Der viel wichtigere Eindruck Mensdorffs Oesterr. Akt. I. 660. und Metternichs G. P. XXVI. 1. 9124. besagte das Gegenteil. Ihrer Ansicht nach wünschte England den Frieden. Militärische Vorbereitungen, wie sie von England und Frankreich gemeldet wurden, lassen, wenn sie im Momente höchster Spannung getroffen werden, noch keinen Schluß auf kriegerische Absichten zu. Oesterreich sah sich ja auch genötigt, gegen Serbien Vorbereitungen zu treffen. – Nach B. D. V. 802. die Herausgeber. S. 761 hat das britische Kriegsamt die Feststellung abgegeben, „daß seitens des (britischen) Kriegsamtes während der bosnischen Krise keine Mobilmachungsmaßnahmen oder Vorsichtsmaßnahmen ergriffen worden sind".

[387]) Siehe oben S. 30.

[388]) Siehe oben S. 32.

[389]) Siehe oben S. 39 f.

[390]) Siehe oben S. 51.

[391]) Ich stehe hier im Gegensatz zu Lübbing. Dieser kommt S. 94 zu dem Ergebnis: „Die englische Politik . . . war durch ein ängstliches Werben um die Freundschaft Rußlands charakterisiert." Ein ängstliches Werben um Rußland war ja aber schon deshalb nicht nötig, weil der scharfe Gegensatz, in den das Zarenreich zu den Mittelmächten geraten war, ein Abschwenken Rußlands nach dieser Seite sowieso unmöglich machte.

gegen Schluß der Krise, als Rußland durch die Aufgabe der territorialen Forderungen den Haupthinderungsgund einer Lösung beseitigt hatte, setzte sich England sehr stark für Serbien und Rußland ein und versuchte gegenüber den österreichischen Forderungen eine Beendigung der Krise zu vermeiden, die nach englischer Auffassung demütigend war [392]).

Es war nur zu natürlich, daß man sich in England nach Beendigung der langdauernden Krise jetzt mit ihrem Ergebnis auseinandersetzte. Hart wurde dabei das übereilte Nachgeben Iswolskis verurteilt. Hardinge bezeichnete sein Verhalten als eine Kapitulation, die gar zu kläglich sei [393]). Iswolski, der von Nicolson über die englische Beurteilung seines Umfallens nicht im unklaren gelassen worden war, suchte sich neben dem Hinweis auf Rußlands isolierte Stellung dadurch zu verteidigen, daß er auf den Vorschlag des englischen Botschafters in Wien hinwies, der Aehrenthal die Anregung dazu gegeben habe, die Mächte um die Aufhebung des Artikels 25 zu ersuchen [394]). Bei Hardinge löste die Kunde von diesem Cartwright-Vorschlag dann auch ein unbehagliches Gefühl aus [395]). Grey blieb aber der Meinung, daß ein bedingungsloses Nachgeben von Cartwright nicht vorgeschlagen worden sei und nicht nötig gewesen wäre; Rußland wäre der Anblick einer Demütigung erspart worden [396]).

Im übrigen sah Grey das Ergebnis der Krise als garnicht so ungünstig an [397]). Er hatte ja auch ein für England sehr wesentliches Ziel erreicht und trotz der ursprünglichen Weigerung Oesterreichs eine Entschädigung von $2\,^1/_2$ Millionen Pfund für die Türkei durchgesetzt. Und auch bei Rußland, das freilich für Serbien keine Kompensationen hatte durchsetzen können, stellte er die Aufhebung von Bestimmungen, die die Souveränität Montenegros beschränkt hatten und vor allem den Gewinn der Sympathien Bulgariens sowie die Erbitterung der slawischen Völker gegen Oesterreich als positive Faktoren in Rechnung. Entschieden wurde im Foreign Office die Ansicht bestritten, daß die Ententegenossen sich den Mittelmächten als unterlegen erwiesen hätten [398]).

Diese im Foreign Office herrschenden Ansichten standen im Gegensatz zu dem düsteren Bilde, das Nicolson malte [399]). Er kam bei der Betrachtung der Krise zu dem Ergebnis, daß sie den völligen Zusammenbruch der englischen Politik der letzten Jahre bedeute. Aus-

---

[392]) Siehe oben S. 62.
[393]) B. D. V. 807, Anmerkung. S. 763. Hardinge an Nicolson. 30. 3. 1909.
[394]) B. D. V. 813. S. 766. Nicolson an Grey. 31. 3. 1909.
[395]) B. D. V. 807, Anmerkung. S. 763.
[396]) B. D. V. 823. S. 771. Grey an Nicolson vom 2. 4. 1909.
[397]) B. D. V. 823. S. 771.
[398]) So von Mallet B. D. V. 801, Vermerke. Grey fügte dem hinzu, daß Rußland ja England und Frankreich keine Gelegenheit gegeben habe, bessere Bedingungen zustande zu bringen.
[399]) B. D. V. 764. S. 736. Nicolson an Grey vom 24. 3. 1909.

gehend von dem Glaubenssatz der leitenden englischen Männer, daß Deutschland die Vorherrschaft in Europa anstrebe, sah er in dem Vorgehen Deutschlands und Oesterreichs einen sorgfältig durchdachten Plan zur Durchführung gebracht, der den Zweck verfolgte, England, das Hindernis für dies ehrgeizige deutsche Ziel, durch Isolierung auszuschalten. Nicolson glaubte nunmehr das Gelingen dieses Planes in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Seiner Ansicht nach hatte das russisch-französische Bündnis die Probe nicht bestanden. Rußland müsse also angesichts des deutschen Druckes seine Politik revidieren und mit Deutschland in ein gutes Verhältnis zu treten suchen. Von Frankreich erwartete er, daß es dem russischen Beispiel folgen würde, zumal es durch das Marokkoabkommen vom Februar 1909 bereits selbst schon einen ersten Schritt in dieser Richtung getan habe. Die völlige Sprengung der Tripleentente und damit die Isolierung Englands glaubte Nicolson nur dadurch verhindern zu können, daß England die Entente mit Rußland ausdehne und festige, indem es ihr den Charakter eines Bündnisses gebe.

Damit war die Frage nach der weiteren Entwicklung der englisch-russischen Beziehungen aufgeworfen. Wir hatten anläßlich der Revaler Begegnung gesehen, daß für England die Ententen mit Frankreich und Rußland zur Grundlage seiner Politik geworden waren[100]). Diese Auffassung wurde durch die Annexionskrise in keiner Weise geändert. Als sich anläßlich des Besuches Eduards VII. in Berlin in Petersburg eine gewisse Unruhe bemerkbar gemacht hatte, hatten wir eine Aeußerung Hardinges kennengelernt, in der er feststellte, daß England auf Grund seiner asiatischen Interessen selbst um einer Herabsetzung des deutschen Flottenprogrammes willen nicht gewillt sei, seine Entente mit Rußland preiszugeben[101]). Ebenso ließen die Erfahrungen der Krise Hardinge auch nicht einen Augenblick Zweifel über die Notwendigkeit enger Beziehungen zu Rußland kommen.

In einem Memorandum vom Frühjahr 1909 sehen wir in die Gedankengänge dieses Mitarbeiters Greys hinein[102]). Im Mittelpunkt seiner Betrachtungen stand die Ueberzeugung, die zum Dogma der englischen Politik geworden war und auch durch die Annexionskrise keiner anderen Auffassung Platz gemacht hatte, daß Deutschland nach einer Hegemoniestellung strebe. Vor allem aber beschäftigte er sich mit den Erfahrungen der Krise. Auf den Engländer mußte der enge Zusammenhalt Deutschlands und Oesterreichs den größten Eindruck machen. Er rechnete denn auch für die Zukunft mit einer engen Zusammenarbeit, und der Dreadnought-Bau Oesterreichs schien ihm „auf eine sehr nahe Beziehung zwischen den Bestrebungen des

[100]) Siehe oben S. 6.
[101]) Siehe oben S. 47.
[102]) B. D. V. Anhang III. S. 823. Das Memorandum befaßte sich mit der Frage, wie England sich in dem Falle verhalten solle, daß in Rußland eine reaktionäre Regierung vor dem Entschluß, eine Annäherung an Deutschland zu vollziehen, in England eine Bündnissondierung vornehmen würde. Hardinge ging dabei auf die Folgen einer englischen Ablehnung dieses russischen Werbens ein, die er in einer Isolierung Englands sah.

deutschen Kaiserreiches und der Doppelmonarchie hinzuweisen“ [403]). Dies Vorhandensein eines engverbundenen und starken Blockes der Mittelmächte sowie die augenblickliche Schwäche des Zweibundes ließen Hardinge die politische Lage so ungünstig verschoben erscheinen [404]), daß er eine militärische Vorherrschaft dieser beiden Mächte für möglich hielt. Zudem wurden Deutschland, und durch seinen Dreadnough-Bau an der Seite Deutschlands auch Oesterreich zur See immer stärker und gefährlicher. Alle diese Tatsachen schienen zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes die Folgerung von Bündnissen mit Frankreich und Rußland nahe zu legen. Hier aber erwies sich Hardinge als extremer Gegner einer jeden Politik, die England auf längere Zeit festlegen würde. Er verneinte ein Bündnis selbst für den Fall einer völligen Isolierung und sogar einer Gegnerschaft Frankreichs und Rußlands, solange die englische Verteidigungsstellung intakt war. Erst wenn Englands Ueberlegenheit zur See nicht mehr vorhanden sei, wollte er dem einzigen noch bleibenden, nichtsdestoweniger unsicheren Weg gehen, ein Bündnis mit Frankreich und Rußland zu schließen.

Bei dieser Einstellung ist zu beachten, daß sie gegenüber Voraussetzungen eingenommen wurde, wie sie auch nach Hardinges eigener Annahme so ungünstig niemals eintreten würden. Denn dieser rechnete selbst für den Fall, daß eine reaktionäre Regierung in Rußland eine Wendung zu Deutschland hin vollzöge, doch immer noch mit einer neutralen Haltung Rußlands in einer englisch-deutschen Auseinandersetzung. Und solange in Rußland Stolypin und in Frankreich Clémenceau das Heft in der Hand hatten, war ja eine antienglische Wendung beider Länder überhaupt nicht zu befürchten. Ebenso konnten seiner Meinung nach, abgesehen von der persönlichen Abneigung des Zaren gegen den deutschen Kaiser, die ein Wieder-Aufleben des Drei-Kaiser-Bundes unmöglich machte, und selbst wenn die gegenwärtig heftige antideutsche Stimmung in Rußland nicht in Rechnung gesetzt wurde [405]), die rivalisierenden Bestrebungen zwischen Oesterreich und Rußland doch stets nur eine zeitweilige Lösung finden [406]). Die Gegnerschaft auf dem Balkan sah er als zu tief verwurzelt an, als daß ein Zusammenwirken beider Mächte wirklich wahrhaft und freundlich gestaltet werden könne. So ist es verständlich, daß Hardinge dem Bündnisgedanken ablehnend gegenüberstand [407]).

---

[403]) Den Zeitpunkt einer aktiveren österreichischen Politik im Verein mit Deutschland, der mit der Vollendung der österreichischen Dreadnoughts etwa zusammenfallen würde, sah Hardinge mit der Thronbesteigung Franz Ferdinands kommen.

[404]) Interessant, daß Hardinge Italien als neutralen Faktor wertete.

[405]) B. D. V. 807 Anmerkung. S. 764. Hardinge an Nicolson vom 30. 3. 1909.

[406]) B. D. V. 701 Vermerke zu einem Tel. Nicolsons an Grey vom 17. 3. 1909.

[407]) Da die Fragestellung des Memorandums nur die Bündnissondierung einer reaktionären russischen Regierung vorsah, so könnte es den Anschein haben, als ob Hardinges Ablehnung des Bündnisgedankens nur für diesen speziellen Fall gelte. Demgegenüber ist doch festzuhalten, daß die Betrachtungen Hardinges über die für den Fall einer Isolierung einzunehmende Haltung Eng-

Nicht so ablehnend verhielt sich Grey[408]). Freilich war auch er von den Ansichten und Befürchtungen Nicolsons überrascht und lehnte wie sein Mitarbeiter ein Bündnis mit Rußland ab. Er wies, was für ihn charakteristisch war, auf den Widerspruch der öffentlichen Meinung gegen eine Bindung an das für das englische Empfinden zu reaktionäre Rußland und gegen eine ausdrückliche Verpflichtung zu einem Kriege auf dem Kontinent unter noch nicht vorherzusehenden Bedingungen hin. Er war gewillt, einstweilen die Entente zum Zwecke gegenseitiger Fühlungnahme und wechselseitiger Unterstützung beizubehalten. Aber er ging doch in seiner Ablehnung des Bündnisses nicht so weit wie Hardinge. Das „einstweilen" deutete an, daß er die Möglichkeit im Auge behielt, gegebenenfalls eine engere Bindung einzugehen.

Diese Tendenz zu einer immer größeren Annäherung an die Ententegenossen sollte immer wieder wirksam werden. Das konnte auch gar nicht anders sein, solange man der deutschen Politik mit Mißtrauen begegnete. Und darin vollzog sich bis zum Weltkrieg keine wesentliche Veränderung. Noch im selben Jahre, im Herbst 1909, schlug ein Anlauf zur Lösung der Flottenfrage und, damit gekoppelt, zu einer Aenderung in der allgemeinen Orientierung der Politik beider Länder infolge des englischen Mißtrauens gegen Deutschland fehl. Denn in England konnte man sich nicht entschließen, Deutschland für sein Entgegenkommen in der Flottenfrage ein Neutralitätsversprechen zu geben, wie es von der deutschen Regierung gefordert wurde, weil man befürchtete, Deutschland damit selbst den Weg zur Suprematie freizumachen[409]). England wurde somit immer mehr auf die Seite Frankreichs und Rußlands gedrängt. Verstärkend auf diese Tendenz mußte nach allem, was wir gesehen haben, das Eintreten Nicolsons in das Foreign Office im Jahre 1910 wirken. Alle Ansätze zu einem besseren und vertrauensvolleren Verhältnis zu Deutschland wurden demgegenüber wirkungslos. Das schließliche Ergebnis dieser Entwicklung war der Eintritt Englands in den Weltkrieg an der Seite seiner Ententegenossen Frankreich und Rußland.

---

lands grundsätzlichen Charakter tragen, und hier somit eine prinzipielle Einstellung zur Bündnisfrage vorliegt.

[408]) B. D. V. 823. S. 771. Grey an Nicolson vom 2. 4. 1909.

[409]) B. D. V. 204 Vermerke zu einem Bericht Goschens an Grey. S. 309 ff.

Literaturverzeichnis

Akten.

Die Auswärtige Politik Serbiens 1903—1914. Hrsg. v. M. Boghitschewitsch. Bd. I. Berlin 1929. Zit.: Boghitschewitsch.

Belgische Aktenstücke 1905—1914. Hrsg. v. Auswärtigem Amt in Berlin 1915. Zit.: Belg. Akt.

British Documents on the Origins of the War. Bd. III—VI. London 1928—1930. Zit.: B. D.

Graf Benckendorffs diplomatischer Schriftwechsel. Hrsg. v. B. v. Siebert. Bd. I. Berlin/Leipzig 1928. Zit.: Benckendorff-Siebert.

Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914. Hrsg. v. J. Lepsius, A. Mendelssohn-Bartholdy, Fr. Thimme. Bd. XXII, XXV, 2. Berlin 1925. XXVI, Berlin 1927. Zit.: G. P.

Oesterreich-Ungarns Außenpolitik 1908—1914. Bearb. v. L. Bittner, H. Uebersberger. Bd. I, II. Wien 1930. Zit.: Oesterr. Akt.

Zur europäischen Politik 1897—1914. Hrsg. v. B. Schwertfeger. Bd. III, IV. Berlin 1919. Zit.: Schwertfeger. Belg. Akt.

Memoirenwerke.

H. H. Asquith: The Genesis of the War. London 1923.

Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten. Bd. II. Berlin 1930.

Sir V. Chirol: Fifty Years in a Changing World. London 1927.

Sir J. A. Fisher: Memories. London 1919.

Viscount Grey of Fallodon: Twenty-five Years 1892—1916. 2 Bde. London 1925.

R. B. Haldane: Before the War. London 1920.

Sir A. Hardinge: A Diplomatist in Europe. London 1927.

Conrad v. Hötzendorff: Aus meiner Dienstzeit. Bd. I. Wien 1921.

A. P. Iswolski: Mémoires de Alexandre Iswolski, ancien ambassadeur de Russie à Paris 1906—1910. Paris 1923.

N. V. Charykow: Glimpses of High Politics. Through War and Peace. 1855—1929. London 1931.

Biographische Werke.

J. A. Farrer: England under Eduard VII. London 1922.

Stephen Gwynn: The Letters and Friendships of Sir Cecil Spring-Rice. 2 Bde. London 1929.

Sidney Lee: King Edward VII. A Biography. Bd. II. London 1927.

E. Jäckh: Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch. Stuttgart 1924.

H. Nicolson: Sir Arthur Nicolson. First Lord Carnock. A Study in Old Diplomacy. London 1930.

Darstellungen.

W. Becker: Fürst Bülow und England. Greifswald 1929.

O. Bickel: Rußland und die Entstehung des Balkanbundes 1912. Königsberg 1933.

M. Boghitschewitsch: Kriegsursachen. Zürich 1919.

E. Brandenburg: Von Bismarck zum Weltkrieg. Berlin 1924.

S. J. Ewarts: The Roots and Causes of the War 1914—1918. New York 1925.

S. B. Fay: The Origins of the World War. New York 1930.

A. Frankenfeld: Oesterreichs Spiel mit dem Kriege. Das Verhängnis deutscher Nibelungentreue. Dresden 1928.
H. Friedjung: Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914. Bd. II. Berlin 1922.
G. P. Gooch: Recent Revelations of European Diplomacy. London 1928.
G. P. Gooch: History of Modern Europe. London 1923.
J. Haller: Die Aera Bülow, eine historisch-politische Studie. Berlin 1922.
F. Hartung: Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles 1871—1919. 3. Auflage. Bonn/Leipzig 1930.
H. Freiherr v. Hoyningen genannt Huene: Untersuchungen zur Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems. Breslau 1934.
A. Hoyos: Der deutsch-englische Gegensatz und sein Einfluß auf die Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns. Berlin/Leipzig 1922.
H. Lübbing: Englands Stellung zur bosnischen Krise. Diss. Münster 1933.
H. Lutz: Lord Grey und der Weltkrieg. Stuttgart Berlin 1927.
H. Lutz: Eyre Crowe, Der böse Geist des Foreign Office. Stuttgart Berlin 1931.
H. Oncken: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges. Leipzig 1933.
E. Rathmann: Die Balkanfrage 1904—1908 und das Werden der Tripleentente. Halle 1932.
J. M. Read: Das Problem der deutschen Vermittlung beim Ausgang der Bosnischen Krise. Berlin 1933.
E. Richter: Lord Cromer, Aegypten und die Entstehung der englisch-französischen Entente von 1904. Diss. Leipzig 1931.
G. Ritter: Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft. Freiburg 1929.
E. B. Schmitt: The Coming of the War 1914. 2 Bde. New York 1930.
R. W. Seton-Watson: Die südslawische Frage im Habsburgerreich. Deutsche Ausgabe. Berlin 1913.
Fr. Stieve: Iswolski und der Weltkrieg. Berlin 1924.
Fr. Stieve: Die Tragödie der Bundesgenossen. Berlin 1930.
D. H. Wedel: Austro-German Diplomatic Relations. 1908—1914. London 1932.

Aufsätze.

E. Gottschalk: Die diplomatische Geschichte der serbischen Note vom 31. März 1909. K. S. F. 1932. Bd. 10. S. 776.
H. Herzfeld: Der deutsche Flottenbau und die englische Politik. Arch. f. Pol. u. Gesch. 1926. Bd. 6. S. 97.
E. Kabisch: England und die Annexionskrise 1908/09. K. S. F. 1930. Bd. 8. S. 915.
W. L. Langer: Russia, the Straits Question, and the European Powers 1904—1908. The English Historical Review. 1929.
M. Montgelas: Die englische Garantie an Frankreich 1904/05. K. S. F. 1928. Bd. 6. S. 978.
M. Montgelas: Rußland und Europa 1904/1914. K. S. F. 1930. Bd. 8. S. 333.
P. Ostwald: Rußlands Weg in das Lager der Entente. Eur. Gespr. 1930. Bd. 8. S. 601.
G. Roloff: Die Entstehung der englisch-russischen Entente. K. S. F. 1930. Bd. 8. S. 805.
H. Rothfels: Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik. Arch. f. Pol. u. Gesch. 1926. Bd. 7. S. 599.
H. Rothfels: Studien zur Annexionskrise 1908/09. H. Z. 147. S. 320.
Fr. Thimme: Das Memorandum E. A. Crowes vom 1. Januar 1907. K. S. F. 1929. Bd. 7. S. 732.
H. Uebersberger: Zur Vorkriegsgeschichte Serbiens. K. S. F. 1933. Bd. 11. S. 15.
K. Freiherr v. Werkmann: Die Ischler Monarchenbegegnung vom Sommer 1908. Arch. f. Pol. u. Gesch. 1925. Bd. 5. S. 535.

Lebenslauf

Am 25. September 1909 wurde ich, Ingo Burisch, evangelischer Konfession, in Halle (Saale) geboren als Sohn des Beamten der Landesbauernschaft Karl Burisch und seiner Ehefrau Berta, geborene Mirus.

Vom Jahre 1916 bis 1919 besuchte ich die Vorschule des Stadtgymnasiums und von 1919 bis 1929 das Stadtgymnasium zu Halle. Nach bestandenem Abitur ließ ich mich im Sommer-Semester 1929 an der Universität Halle immatrikulieren. Bis zu meiner Exmatrikulation nach Ablauf des Wintersemesters 1932/33 studierte ich Geschichte, Turnen, Deutsch und Philosophie; daneben hörte ich Vorlesungen in Erdkunde.

Meine akademischen Lehrer in Halle waren: Baesecke, Otto Becker, Bremer, Conrad, Haring, Heldmann, Hans Herzferld, Hett, Holtzmann, Laqueur, Lintzel, Menzer, v. Ruville, Schlüter, Schnabel, F. J. Schneider, Schnell, Utitz, Wilhelm Weber, Weigelt, Wertheimer, Witte, Ziehen.

Allen diesen Herren bin ich zu großem Dank verpflichtet, besonders aber dem Herrn Professor Hans Herzfeld, der die Anregung zu vorliegender Arbeit gab und mir stets freundlichst mit seinem Rate zur Seite stand.

Eduard Klinz Buchdruck-Werkstätten Halle (Saale), Dölauer Straße 14
Spezialdruckerei für wissenschaftliche Werke und Dissertationen